

Jahresabschluss und Lagebericht
der Deutschen Bank AG 2009

Leistung aus Leidenschaft



Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Theodor-Heuss-Allee 70
60262 Frankfurt am Main
Telefon: (069) 910-00
deutsche.bank@db.com

01 Lagebericht

Unser Unternehmen	2
Wirtschaftliche Entwicklung in 2009	3
Zusammenfassung der geschäftlichen Entwicklung	4
Erfolgsrechnung	5
Bilanz	9
Vergütungsbericht	12
Sonstige Angaben	20
Internes Kontrollsystem im Hinblick auf die Rechnungslegung	25
Risikobericht	30
Ausblick	36

02 Jahresabschluss

Bilanz	44
Gewinn-und-Verlust-Rechnung	46

03 Anhang

Grundlagen und Methoden	48
Erläuterungen zur Bilanz	51
Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung	67
Sonstige Angaben	68

04 Bestätigungen

Versicherung der gesetzlichen Vertreter	71
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	72

05 Gremien

Vorstand	73
Aufsichtsrat	74
Advisory Boards	76

Lagebericht

Unser Unternehmen

Der Deutsche Bank-Konzern, der seinen Hauptsitz in Frankfurt am Main hat, ist Deutschlands größte Bank und gehört mit einer Konzernbilanzsumme von 1.501 Mrd € (Stand: 31. Dezember 2009) zu den führenden Finanzdienstleistern in Europa und weltweit. Zum Jahresende 2009 war der Deutsche Bank-Konzern in 72 Ländern tätig. Die Bank bietet Privat-, Firmen- und institutionellen Kunden weltweit eine Vielzahl von Investment-, Finanz- und damit verbundenen Produkten und Dienstleistungen an.

Der Deutsche Bank-Konzern gliedert sich in die Konzernbereiche Corporate and Investment Bank (CIB), Private Clients and Asset Management (PCAM) sowie Corporate Investments (CI). Die Deutsche Bank AG als Muttergesellschaft ist in derselben Struktur organisiert, hat aber im Vergleich zum Konzern unterschiedliche Schwerpunkte in der Geschäftstätigkeit. Die Deutsche Bank AG tätigt ihre Geschäfte durch die deutsche Geschäftseinheit, bestehend aus in der Zweigniederlassung Frankfurt am Main zusammengefassten inländischen Filialen, sowie durch 60 ausländische Geschäftsstellen.

CIB gliedert sich in die Unternehmensbereiche Corporate Banking & Securities (CB&S) und Global Transaction Banking (GTB). CB&S besteht aus den Geschäftsbereichen Global Markets und Corporate Finance, die weltweit das Emissionsgeschäft, den Verkauf und Handel von Wertpapieren, das Beratungsgeschäft bei Fusionen und Übernahmen sowie das Corporate-Finance-Geschäft abdecken. Zu GTB gehört das Produktangebot in den Geschäftszweigen Trade Finance, Cash Management und Trust & Securities Services für Finanzdienstleister und andere Unternehmen.

PCAM ist in die Unternehmensbereiche Asset and Wealth Management (AWM) und Private & Business Clients (PBC) gegliedert. AWM umfasst die beiden Geschäftsbereiche Private Wealth Management (PWM) und Asset Management (AM). PWM betreut weltweit vermögende und sehr vermögende Privatkunden, deren Familien sowie ausgewählte Institutionen. Dieser sehr anspruchsvollen Kundschaft bieten wir einen ganzheitlichen Service, zu dem die individuelle Vermögensverwaltung, einschließlich der Beratung bei der Nachfolgeplanung und bei philanthropischen Überlegungen, gehört. Der Geschäftsbereich Asset Management wird primär durch Tochtergesellschaften der Deutschen Bank AG vertreten, jedoch profitiert die Muttergesellschaft vom Geschäftsbereich Asset Management durch erbrachte Dienstleistungen sowie Gewinnabführungen und Dividenden. PBC richtet sich an Privatkunden sowie an kleine und mittlere Unternehmen, denen wir ein breites Spektrum von Bankdienstleistungen wie Kontoführung, Kredit- und Einlagengeschäft sowie Vermögensanlageberatung anbieten.

Der Konzernbereich Corporate Investments umfasst unsere wesentlichen globalen Beteiligungen. Die Geschäftstätigkeit wird daher fast ausschließlich außerhalb der Deutschen Bank AG erbracht.

Wirtschaftliche Entwicklung in 2009

Infolge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise verzeichnete die globale Wirtschaftsleistung in 2009 erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg einen Rückgang. Die Einbuße im Jahresdurchschnitt war vor allem dem schlechten Winterhalbjahr 2008/09 geschuldet. In Asien, insbesondere in China, sowie in Teilen Lateinamerikas drehte die Konjunktur zuerst; in den großen Industrieländern wuchs das BIP ab der Jahresmitte wieder, wobei die Erholung in den USA etwas dynamischer als in Japan und der Eurozone ausfiel. Im Gesamtjahr 2009 ist die US-amerikanische Wirtschaft noch um 2,4 % geschrumpft. In Japan und der Eurozone fielen die Verluste mit 5 % beziehungsweise knapp 4 % noch deutlicher aus. In Deutschland führte ein massiver Einbruch der Exporte und der Investitionen zu einem BIP-Rückgang von 5 %. Die konjunkturelle Erholung im Sommerhalbjahr hat im Schlussquartal etwas an Kraft verloren.

Staatliche Garantien für Finanzinstitute in nahezu allen wichtigen Ländern sowie eine massive Liquiditätsbereitstellung durch die Notenbanken führten im Jahresverlauf zu deutlich gesunkenen Spannungen an den Geld- und Kapitalmärkten. Die US-Notenbank behielt ihren Zielkorridor für 2009 von 0 % bis 0,25 % für Fed Funds bei. Die EZB senkte ihren Leitzins von 2,5 % zu Jahresbeginn bis Mitte Mai in vier Schritten auf ein Rekordtief von 1 %. Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen hatten zum Jahreswechsel 2008/09 historische Tiefststände erreicht. Im Januar lag die Rendite US-amerikanischer Staatsanleihen bei 2,2 %, die von Bundesanleihen bei 2,9 %. Der sich aufhellende Konjunkturausblick ließ die Renditen im Mai bis auf knapp 4 % in den USA und 3,75 % in Deutschland steigen. Bis in den Dezember fielen die Renditen dann wieder leicht, bevor gegen Jahresende Sorgen über eine ausufernde Staatsverschuldung diesen Trend beendeten. Im Zuge der Finanzmarktkrise haben sich die Renditeabstände von Staatsanleihen der Länder des Euroraums zum Teil erheblich ausgeweitet. Die globalen Aktienmärkte erreichten ihren Tiefpunkt Anfang März und stiegen im weiteren Jahresverlauf nahezu kontinuierlich. Aufgrund des sich aufhellenden Konjunkturausblicks, zu dem später eine Stabilisierung der Gewinnerwartungen für 2010 trat, konnten der S&P 500 und der DAX Kursgewinne von rund 21 % im Jahresverlauf verzeichnen. Im Vergleich zum März betrug der Anstieg sogar gut 60 %.

Die globale Finanzkrise prägte den weltweiten Bankensektor in 2009 im dritten Jahr in Folge. Nach den massiven Marktverwerfungen, Wertberichtigungen und kurzfristigen Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte in 2008, rückten nunmehr Anpassungen in den Geschäftsmodellen vieler Banken sowie Diskussionen über eine grundlegende Überarbeitung des regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Rahmens für die Finanzbranche in den Vordergrund.

Nach der Unsicherheit über die Solvenz von Finanzinstituten und die Tiefe der weltweiten Rezession zum Jahresanfang setzte infolge der beispiellosen Stützungsmaßnahmen für den Finanzsektor und die Konjunktur im Frühjahr eine allmähliche Stabilisierung an den Finanzmärkten ein. Vom stark gestiegenen Finanzierungsbedarf insbesondere der Industriestaaten angesichts eines massiven Anstiegs der Defizite in den öffentlichen Haushalten profitierte das Emissions- und Handelsgeschäft der Investmentbanken. Auch größere Unternehmen griffen in wachsendem Maß auf die Ausgabe neuen Fremd- oder Eigenkapitals zurück, da die Risikoneigung der Investoren im Einklang mit der gesamtwirtschaftlichen Erholung und der Stabilisierung des Finanzsektors wieder anzog. Die Erträge aus der Begleitung von Fusionen und Übernahmen gingen dagegen nach einem bereits schwachen Vorjahr weiter zurück.

Im Kreditgeschäft kam es in zahlreichen Ländern zu einem Rückgang des ausstehenden Volumens der Kredite an Firmen- und Privatkunden. Vor dem Hintergrund einer stark schrumpfenden Wirtschaftsleistung trugen hierzu sowohl eine geringere Nachfrage nach Krediten für Investitionen sowie Konsum- und Immobilienfinanzierungen als auch verschärfte Kreditstandards der Banken bei. Angesichts verbesserter makroökonomischer Perspektiven zeichnete sich in der zweiten Jahreshälfte eine moderate Erholung der Kreditnachfrage ab. Gleichzeitig erreichten die Kreditausfälle in Europa und in den USA aufgrund von Überkapazitäten in einigen Industriebranchen, eines starken Anstiegs der Unternehmens- und Privatinsolvenzen sowie einer deutlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit in vielen Ländern neue historische Höchststände.

Für die Bewältigung der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise wurde eine Reihe bedeutender Initiativen zur Reform der nationalen und internationalen Finanzmarktarchitektur gestartet. Aufsichtsbehörden in vielen Ländern begannen sich deutlich intensiver mit der Überwachung der im Finanzsystem insgesamt bestehenden Risiken (der sogenannten „makroprudenziellen Aufsicht“) zu befassen und die Aufsicht über große, international tätige Institute zu verstärken. Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht unterbreitete Vorschläge zu einer erheblich höheren (und höherwertigeren) Kapitalausstattung, einer besseren Liquiditäts- und Refinanzierungsposition sowie dem Aufbau von antizyklischen Puffern, mit dem Ziel, die Widerstandskraft der Finanzinstitute in wirtschaftlich schwierigen Zeiten zu erhöhen.

Zusammenfassung der geschäftlichen Entwicklung

Die Deutsche Bank AG erzielte im Geschäftsjahr 2009 einen Jahresüberschuss von 1,2 Mrd € nach einem Jahresfehlbetrag von 2,2 Mrd € im Vorjahr, wesentlich bedingt durch das deutlich verbesserte Nettoergebnis aus Finanzgeschäften.

Die Summe der Erträge, bestehend aus Zins- und Provisionsüberschuss sowie Nettoertrag aus Finanzgeschäften, stieg um 9,3 Mrd € auf 16,1 Mrd €. Der Ertrag aus Finanzgeschäften ist im Wesentlichen für die Verbesserung des Ergebnisses verantwortlich. Die Bank steigerte den Nettoertrag aus Finanzgeschäften, insbesondere im ersten Halbjahr 2009, in den Bereichen Devisenhandel, Geldhandel und Zinsprodukte als Resultat höherer Margen und gesteigener Kundenaktivität. Darüber hinaus führte das Ausbleiben der durch kreditrisikobedingte Abwertungen verursachten Verluste des Vorjahres zu einer deutlichen Verbesserung des Nettoergebnisses aus Finanzgeschäften um insgesamt 9,8 Mrd €.

Der Verwaltungsaufwand stieg um 2,0 Mrd € auf 11,4 Mrd €. Diese Entwicklung wurde hauptsächlich durch den Anstieg des Personalaufwands um 1,3 Mrd € verursacht, bedingt durch einen Anstieg der leistungsabhängigen Vergütung, der den Anstieg der Erträge widerspiegelt.

Der Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen ergab minus 2,0 Mrd € (2008: +182 Mio €). Höhere sonstige betriebliche Aufwendungen entstanden unter anderem aus dem Abschluss eines Vergleichs mit Huntsman Corp. in Höhe von 316 Mio € sowie dem Angebot der Bank, bestimmte Produkte von Privataneignern zurückzunehmen, mit einem Betrag von 200 Mio €. Das sonstige betriebliche Ergebnis des Vorjahres enthielt einen Gewinn aus der Verschmelzung von Tochtergesellschaften auf die Deutsche Bank AG in Höhe von 1,5 Mrd €, der in diesem Jahr nicht wiederholt wurde.

In 2009 verringerten sich die Kosten der Risikovorsorge, bestehend aus der Veränderung der Kreditrisikovorsorge und dem Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve, um 1,0 Mrd € auf 1,9 Mrd €. Die Kreditrisikovorsorge stieg, überwiegend bedingt durch bestimmte Positionen in reklassifizierten Kredithandelspositionen, die nach Umgliederung zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, an. Zusätzlich wurde eine Risikovorsorge in Bezug auf einen Kredit an eine Konzerngesellschaft, die die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ hält, in Höhe von 575 Mio € gebildet. Dieser Anstieg wurde überkompensiert durch den Wegfall von Verlusten im Vorjahr aus der Bewertung und Veräußerung von Wertpapieren der Liquiditätsreserve, die mehrheitlich durch Positionen in Eigenen Aktien verursacht waren.

Der Saldo der Ergebniskomponenten außerhalb des Betriebsergebnisses, einschließlich Steuern, reduzierte sich um 2,8 Mrd € auf 455 Mio € mangels Wiederholung der im Vorjahr erfolgten Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken in Höhe von 3,5 Mrd €. Dies wurde teilweise kompensiert durch deutlich gegenüber dem Vorjahr reduzierte Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen.

Das Eigenkapital (ohne Bilanzgewinn) stieg um 1,4 Mrd € auf 22,0 Mrd € an, bedingt durch eine Kapitalerhöhung im Zusammenhang mit der Akquisition einer Minderheitsbeteiligung an der Deutschen Postbank AG sowie die Einstellung von Teilen des Jahresüberschusses in die Gewinnrücklage.

Die Bank konnte ihre solide Kapitalposition ausbauen und die stabile Liquiditäts- und Refinanzierungsbasis halten. Sie verfügt weiterhin über eine ausreichend große strategische Liquiditätsreserve. Zudem ist ihre Bilanzsumme signifikant reduziert worden, hauptsächlich durch niedrigere Marktwerte von Derivaten, bedingt durch die geringere Volatilität an den Märkten.

Der Vorstand wird gemeinsam mit dem Aufsichtsrat der Hauptversammlung eine Dividende in Höhe von 75 Cent je Stückaktie vorschlagen.

Erfolgsrechnung

Zinsüberschuss gesunken

Der Zinsüberschuss sank um 697 Mio € (minus 8,6 %) auf 7,4 Mrd €. Diese Entwicklung war überwiegend durch den Rückgang von laufenden Erträgen um 3,7 Mrd € auf 3,4 Mrd € bedingt. Der Rückgang der laufenden Erträge ist überwiegend auf deutlich gesunkene Erträge aus Gewinnabführungs- und vergleichbaren Verträgen sowie Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen zurückzuführen.

Teilweise kompensierend hierzu war ein Anstieg des übrigen Zinsüberschusses um 3,0 Mrd €. Dieser resultiert mehrheitlich aus gesunkenen Swapzinsaufwendungen.

Anstieg des Provisionsüberschusses

Im Provisionsgeschäft erzielte die Bank einen Überschuss von 5,0 Mrd €, der damit um 215 Mio € oder 4,5 % über dem Vorjahreswert lag. Der größte Zuwachs resultierte aus Nettoerträgen im Emissionsgeschäft im Zusammenhang mit Schuldtiteln und Aktien, die um 342 Mio € auf 553 Mio € anstiegen. Eine Verringerung der

Kommissionsnettoerträge im Wertpapiergeschäft um 138 Mio € auf 644 Mio € wurde durch einen Anstieg der Provisionserträge für übrige Dienstleistungen ausgeglichen. Ein Rückgang der Erträge um 164 Mio € auf 153 Mio € im Bereich Mergers & Acquisitions (M&A) spiegelt die Entwicklung des globalen M&A-Gebührenumsatzes wider, der um 41 % im Vergleich zum Vorjahr (gemäß *Dealogic*) sank.

Nettoergebnis aus Finanzgeschäften erholt

Von der Erholung der Geld- und Kapitalmärkte profitierten die Handelsbereiche der Bank. Die Bank zeigt für 2009 ein positives Nettoergebnis aus Finanzgeschäften in Höhe von 3,6 Mrd € nach einem Handelsverlust von 6,2 Mrd € in 2008. Diese Entwicklung war bedingt durch bessere operative Ergebnisse und weniger Verluste aus Bewertungen und Verkäufen als im Vorjahr. Diejenigen Geschäftsbereiche, die im Vorjahr am meisten beeinträchtigt worden waren, zeigten die stärksten Verbesserungen, insbesondere Global Markets Equity, Global Credit Trading und der Eigenhandel in Aktien.

Jedoch war das Nettoergebnis aus Finanzgeschäften von Global Credit Trading insgesamt noch negativ. Dies wurde im Wesentlichen verursacht durch Verluste auf Positionen der früheren Krediteigenhandelseinheit und Bewertungsanpassungen im Zusammenhang mit Risikopositionen gegenüber Monolineversicherern. Zusätzliche Aufwendungen von circa 350 Mio € beziehen sich auf Ocala Funding LLC, eine Gesellschaft zur Emission von Commercial Papers in den USA.

Die Handelsbereiche im Devisen- und Geldmarktgeschäft konnten das hohe Ertragsniveau des Vorjahres halten und steuerten einen signifikanten Anteil zum Nettoergebnis aus Finanzgeschäften bei.

Höhere Personal- und Sachkosten

Die Personalaufwendungen stiegen um 1,3 Mrd € auf 6,0 Mrd €, vornehmlich aufgrund der höheren erfolgsabhängigen Vergütungen, die das verbesserte operative Ergebnis widerspiegeln. Entsprechend erhöhten sich die Sozialabgaben um 0,3 Mrd €. Die Vergütungsaufwendungen beinhalteten einen Betrag von 225 Mio € im Zusammenhang mit der von der britischen Regierung angekündigten Bonussteuer für Banken.

Die Anzahl der Mitarbeiter nahm per saldo um 2.124 auf 28.753 ab.

Nachstehende Tabelle zeigt die Zuordnung der Mitarbeiter nach geografischen Regionen.

	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung
Bundesrepublik Deutschland	12.156	12.317	- 161
Europa ohne Deutschland	8.232	9.207	- 975
Amerika	1.806	2.027	- 221
Afrika/Asien/Australien	6.559	7.326	- 767
Insgesamt	28.753	30.877	- 2.124

Die Abnahme der Mitarbeiterzahl entfiel vor allem auf Niederlassungen in den Ländern Großbritannien, Singapur, Indien sowie die deutsche Geschäftseinheit. Im Ausland wurden neue Filialen in Abu Dhabi, Dublin sowie in vier indischen Städten eröffnet.

Die Anderen Verwaltungsaufwendungen (ohne Abschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen) erhöhten sich um 664 Mio € auf 5,1 Mrd €. Der Zuwachs war in erster Linie auf den Anstieg von Kosten aus der Inanspruchnahme konzerninterner Dienstleistungen um 469 Mio € auf 1,8 Mrd € zurückzuführen. Die übrige Entwicklung war vorwiegend von höheren Mietaufwendungen und Kosten der Einlagensicherung bestimmt. Die stärksten Rückgänge entfielen auf Kosten für Zeitarbeitskräfte und Reisekosten.

Auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen wurden im Berichtsjahr Abschreibungen von 252 Mio € vorgenommen (Vorjahr: 257 Mio €).

Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge und Aufwendungen

Aus sonstigen betrieblichen Erträgen und sonstigen betrieblichen Aufwendungen verblieb per saldo ein Nettoaufwand von 2,0 Mrd € (Vorjahr: Nettoertrag von 182 Mio €). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthielten unverändert zum Vorjahr größtenteils Verluste und Bewertungsanpassungen aus zur Veräußerung bestimmten Forderungen. Zusätzlich enthielten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen einen Aufwand aus dem Abschluss eines Vergleichs mit Huntsman Corp. in Höhe von 316 Mio € sowie einen Betrag von 200 Mio € im Zusammenhang mit dem Angebot der Bank, bestimmte Produkte von Privatanlegern zurückzunehmen. In den sonstigen betrieblichen Erträgen war im Vorjahr ein Gewinn aus der Verschmelzung von Tochtergesellschaften auf die Deutsche Bank AG in Höhe von 1,5 Mrd € enthalten.

Kosten der Risikovorsorge reduziert

In 2009 verringerten sich die Kosten der Risikovorsorge, bestehend aus der Veränderung der Kreditrisikovorsorge und dem Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve, um 1,0 Mrd € auf 1,9 Mrd €. Die Kreditrisikovorsorge stieg, überwiegend bedingt durch bestimmte Positionen in reklassifizierten Kredithandelspositionen, die nach Umgliederung zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, an. Zusätzlich wurde eine Risikovorsorge in Bezug auf einen Kredit an eine Konzerngesellschaft, die die Immobilie „The Cosmopolitan Resort and Casino“ hält, in Höhe von 575 Mio € gebildet. Dieser Anstieg wurde überkompensiert durch den Wegfall von Verlusten im Vorjahr aus der Bewertung und Veräußerung von Wertpapieren der Liquiditätsreserve, die mehrheitlich durch Positionen in Eigenen Aktien verursacht waren.

Übrige Erträge/Aufwendungen

Der Saldo der Übrigen Erträge und Aufwendungen beträgt minus 307 Mio € (2008: minus 1,6 Mrd €). Die Reduzierung des Verlusts resultiert aus bedeutenden Abschreibungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen des Vorjahres, insbesondere hinsichtlich Einheiten in Nordamerika. Der diesjährige Aufwand ist im Wesentlichen verursacht durch weitere Wertberichtigungen auf Anteile an verbundenen Unternehmen in Asien und Europa nach der gemäß § 340c Absatz 2 HGB vorgenommenen Verrechnung mit Erträgen, die unter Ausnutzung des handelsrechtlichen Wahlrechts auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben wurden.

Steuern

Die Steuern vom Einkommen und Ertrag beliefen sich im Berichtsjahr auf minus 762 Mio €. Der Steuerertrag ist im Wesentlichen auf die Auslandsfilialen zurückzuführen. Deren latenter Steuerertrag betrug im Berichtsjahr 700 Mio €. Darüber hinaus trug die Auflösung von steuerlichen Risikovorsorgen im Zusammenhang mit dem Abschluss steuerlicher Betriebsprüfungen zum Steuerertrag bei.

Jahresüberschuss

Für das Geschäftsjahr 2009 weist die Bank einen Jahresüberschuss von 1,2 Mrd € aus, der hauptsächlich auf die Erholung des Nettoergebnisses aus Finanzgeschäften zurückzuführen ist.

Gewinnverwendungsvorschlag: Anhebung der Dividende auf 75 Cent

Nach Zuführung von 580 Mio € zu den Gewinnrücklagen und Auflösung der Rücklage für Eigene Aktien in Höhe von 199 Mio € beläuft sich der Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2009 auf 793 Mio €. Die Bank wird der Hauptversammlung vorschlagen, den Bilanzgewinn zur Zahlung einer Dividende von 75 Cent je Stückaktie zu verwenden und den verbleibenden Bilanzgewinn in Höhe von 328 Mio € auf neue Rechnung vorzutragen.

Aus der Gewinn-und-Verlust-Rechnung der Deutschen Bank AG.

in Mio €	2009	2008	Veränderung	
			in Mio €	in %
Zinserträge ¹	17.999	35.155	- 17.156	- 48,8
Laufende Erträge ²	3.456	7.120	- 3.664	- 51,5
Zinserträge insgesamt	21.455	42.275	- 20.820	- 49,2
Zinsaufwendungen	14.030	34.153	- 20.123	- 58,9
Zinsüberschuss	7.425	8.122	- 697	- 8,6
Provisionserträge	6.656	6.361	+ 295	+ 4,6
Provisionsaufwendungen	1.610	1.530	+ 80	+ 5,2
Provisionsüberschuss	5.046	4.831	+ 215	+ 4,5
Nettoertrag/Nettoaufwand (-) aus Finanzgeschäften	3.598	- 6.201	+ 9.799	
Löhne und Gehälter	4.732	3.743	+ 989	+ 26,4
Soziale Abgaben ³	1.292	958	+ 334	+ 34,9
Personalaufwand	6.024	4.701	+ 1.323	+ 28,1
Andere Verwaltungsaufwendungen ⁴	5.366	4.702	+ 664	+ 14,1
Verwaltungsaufwand	11.390	9.403	+ 1.987	+ 21,1
Saldo der sonstigen betrieblichen Erträge/Aufwendungen	- 2.049	182	- 2.231	
Risikovorsorge	1.912	2.938	- 1.026	- 34,9
Betriebsergebnis	718	- 5.407	+ 6.125	
Saldo der übrigen Erträge/Aufwendungen	- 307	- 1.565	+ 1.258	- 80,4
Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	3.475	- 3.475	
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-), vor Steuern	411	- 3.497	+ 3.908	
Steuern	- 762	- 1.312	+ 550	- 41,9
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (-)	1.173	- 2.185	+ 3.358	
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	1	113	- 112	- 99,1
	1.174	- 2.072	+ 3.246	
Entnahme aus Gewinnrücklagen	199	2.382	- 2.183	- 91,6
- aus der Rücklage für eigene Anteile	199	2.382	- 2.183	- 91,6
- aus anderen Gewinnrücklagen	-	-	-	
Einstellungen in Gewinnrücklagen	580	-	+ 580	
- in die Rücklage für eigene Anteile	-	-	-	
- in andere Gewinnrücklagen	580	-	+ 580	
Bilanzgewinn	793	310	+ 483	

1 Aus Kredit- und Geldmarktgeschäften, festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen.

2 Aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen (einschließlich Gewinnabführungsverträgen) sowie dem Leasinggeschäft.

3 Einschließlich Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung.

4 Einschließlich Normalabschreibungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen.

Bilanz

Die Bilanzsumme der Deutschen Bank AG belief sich am 31. Dezember 2009 auf 1.538,6 Mrd €. Der Rückgang um 712,0 Mrd € (minus 31,6 %) war im Wesentlichen auf marktbedingt niedrigere positive und negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten zurückzuführen. Diese sind brutto unter den sonstigen Vermögensgegenständen und den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Kreditvolumen

Der Rückgang des Kreditvolumens (ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Forderungen aus Wertpapierleih- und Wertpapierkassageschäften) aus dem Vorjahr (minus 9,0 Mrd €) setzte sich im Berichtsjahr mit einer Verringerung um 68,8 Mrd € (minus 19,6 %) auf 282,2 Mrd € fort. Insgesamt waren an Firmen- und institutionelle Kunden 224,5 Mrd € (minus 36,8 Mrd €) sowie an Privat- und Geschäftskunden 5,9 Mrd € (minus 5,3 Mrd €) ausgereicht. Beide Rückgänge sind im Wesentlichen den Auslandsfilialen zuzuordnen. Die im Kreditvolumen enthaltenen Kredite an Kreditinstitute nahmen um 28,0 Mrd € auf 41,7 Mrd € ab.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des Kreditvolumens (ohne durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte und Forderungen aus Wertpapierleih- und Wertpapierkassageschäften).

in Mrd €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung	
			in Mrd €	in %
Forderungen an Kunden	240,5	281,3	- 40,8	- 14,5
mit einer Restlaufzeit von				
bis zu 5 Jahren ¹	219,7	253,7	- 34,0	- 13,4
mehr als 5 Jahren	20,8	27,6	- 6,8	- 24,6
Kredite an Kreditinstitute	41,7	69,7	- 28,0	- 40,2
mit einer Restlaufzeit von				
bis zu 5 Jahren ¹	33,5	55,6	- 22,1	- 39,7
mehr als 5 Jahren	8,2	14,1	- 5,9	- 41,8
Insgesamt	282,2	351,0	- 68,8	- 19,6

¹ Einschließlich täglich fälliger und mit unbestimmter Laufzeit.

Forderungen an Kreditinstitute (ohne Kredite) erhöhten sich, überwiegend durch Zuwachs der durch Wertpapiere unterlegten Geldgeschäfte, um 17,8 Mrd € auf 190,0 Mrd €.

Das Gesamtvolumen der durch Wertpapiere unterlegten Geldgeschäfte, einschließlich der mit Kunden abgeschlossenen Geschäfte, stieg um 7,8 Mrd € auf 115,9 Mrd €.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten gingen infolge niedrigerer kurzfristiger Termineinlagen um 20,8 Mrd € auf 346,9 Mrd € zurück. Die darin enthaltenen Einlagen von unseren Konzernbanken stiegen auf 119,3 Mrd € (+ 15,4 Mrd €).

Wertpapiere

Die Bestände an Wertpapieren stiegen insgesamt leicht, davon Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere um 3,6 Mrd € auf 144,8 Mrd € sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere um 13,7 Mrd € auf 82,2 Mrd €. Der Anstieg der Aktienbestände betrifft im Wesentlichen Handelsbestände bei ausländischen Filialen und spiegelt die Kursentwicklung an den internationalen Aktienmärkten wider.

Beteiligungen

Der unter Beteiligungen ausgewiesene Anteilsbesitz erhöhte sich um 164 Mio € auf 3,1 Mrd €. Zugänge im Beteiligungsbestand von 407 Mio € standen Verkäufe und sonstige Abgänge von insgesamt 243 Mio € gegenüber.

Anteile an verbundenen Unternehmen

Der Buchwert der Anteile an verbundenen Unternehmen stieg um 5,1 Mrd € auf 42,2 Mrd € an. Zugänge im Anteilsbestand von 15,6 Mrd € standen Abgänge in Höhe von 10,5 Mrd € gegenüber.

Der Nettozuwachs ist im Wesentlichen zurückzuführen auf die Einbringung von Wertpapieren des Planvermögens, die zuvor von der Bank gehalten wurden, in ein verbundenes Unternehmen. Ferner wurde die Kapitalbasis von ausländischen Tochterunternehmen gestärkt.

Eigene Aktien

Gemäß Beschluss der Hauptversammlung vom 26. Mai 2009 wurde ein weiteres Aktienrückkaufprogramm aufgelegt, das den Rückkauf von bis zu 10 % unserer ausgegebenen Aktien bis zum 31. Oktober 2010 erlaubt. Von diesem Beschluss haben wir ab Juli 2009 im Wesentlichen für aktienbasierte Vergütungsprogramme Gebrauch gemacht. Von den aus früheren Rückkaufprogrammen aufgebauten Beständen an Eigenen Aktien haben wir den größten Teil veräußert. Der Bestand an Eigenen Aktien verringerte sich auf 0,6 Mio Stück (31. Dezember 2008: 8,2 Mio Stück).

Einlagen von Kunden

Die Einlagen von Kunden verringerten sich um 45,6 Mrd € (minus 12,1 %) auf 331,2 Mrd €.

Der Rückgang war bei den täglich fälligen Geldern (minus 25,3 Mrd €) und bei befristeten Einlagen (minus 21,4 Mrd €) gleichermaßen zu verzeichnen. Im Gegensatz dazu stiegen die Spareinlagen um 1,1 Mrd € auf 9,4 Mrd €. In den Einlagen von Kunden sind durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte in Höhe von 38,1 Mrd € (+ 4,7 Mrd €) enthalten.

Verbriefte Verbindlichkeiten stiegen per saldo um 5,7 Mrd € auf 186,4 Mrd €. Ein Rückgang begebener Schuldverschreibungen (minus 13,1 Mrd €) wurde durch verstärkte Emission von Geldmarktpapieren (+ 4,0 Mrd €) und anderen verbrieften Verbindlichkeiten (+ 14,8 Mrd €) überkompensiert.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Verbindlichkeiten.

in Mrd €	31.12.2009	31.12.2008	Veränderung	
			in Mrd €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	346,9	367,7	- 20,8	- 5,7
täglich fällig	229,3	199,2	+ 30,1	+ 15,1
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	117,6	168,5	- 50,9	- 30,2
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	331,2	376,9	- 45,7	- 12,1
Spareinlagen	9,4	8,3	+ 1,1	+ 13,3
andere Verbindlichkeiten				
täglich fällig	200,6	225,9	- 25,3	- 11,2
mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	121,2	142,7	- 21,5	- 15,1
Verbriefte Verbindlichkeiten	186,4	180,7	+ 5,7	+ 3,2
begebene Schuldverschreibungen	41,9	55,0	- 13,1	- 23,8
andere verbrieftete Verbindlichkeiten	144,5	125,7	+ 18,8	+ 15,0
darunter: Geldmarktpapiere	13,5	9,5	+ 4,0	+ 42,1

Nachrangige Verbindlichkeiten nahmen leicht um 0,7 Mrd € auf 17,7 Mrd € zu.

Eigenkapital

Das Eigenkapital der Deutschen Bank AG (einschließlich des Bilanzgewinns von 0,8 Mrd €) betrug 22,8 Mrd €. Ein Betrag von 0,6 Mrd € wurde in die Gewinnrücklage eingestellt, aus der Rücklage für eigene Anteile waren 0,2 Mrd € aufzulösen, bedingt durch den niedrigeren Bestand an Eigenen Aktien. Im Zusammenhang mit der Beteiligung an der Deutschen Postbank AG haben wir im März 2009 das Kapital um insgesamt 1,0 Mrd € aufgestockt. Die Kapitalerhöhung erfolgte unter Ausschluss des Bezugsrechts für unsere Aktionäre.

Bezüglich des bankaufsichtsrechtlichen Kapitals macht die Bank von § 2a KWG Gebrauch und ermittelt diese Kapitalbasis nur noch auf Konzernebene (siehe Seiten 34 bis 36).

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Der Erwerb der Sal. Oppenheim Gruppe erfolgt im ersten Quartal 2010 und wird auf Basis verschiedener Ausführungsvereinbarungen umgesetzt, auf deren Grundlage der Konzern nach der in IAS 28 gegebenen Definition bereits zum Jahresende 2009 über maßgeblichen Einfluss auf die Sal. Oppenheim Gruppe verfügte. Da bis zum 29. Januar 2010 alle wesentlichen rechtlichen und regulatorischen Genehmigungen erteilt wurden, ist der bilanzielle Erwerbszeitpunkt auf dieses Datum festgelegt worden. Die Sal. Oppenheim Gruppe wird daher im ersten Quartal 2010 in den Konzernabschluss der Deutschen Bank einbezogen.

Für weitere Informationen verweisen wir auf Note [34] des Konzernabschlusses.

Vergütungsbericht

Der Vergütungsbericht erläutert die Grundzüge, die auf die Festlegung der Vergütung von Vorstand und Aufsichtsrat der Deutschen Bank AG Anwendung finden, sowie Höhe und Struktur der Vorstands- und Aufsichtsratsvergütung. Der Vergütungsbericht richtet sich nach den Vorgaben des § 285 Nr. 9 HGB, des Deutschen Rechnungslegungsstandards (DRS) 17, „Berichterstattung über die Vergütung der Organmitglieder“, sowie den Empfehlungen des Deutschen Corporate Governance Kodex.

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Vorstands

Das Aufsichtsratsplenum beschließt für die Mitglieder des Vorstands auf Vorschlag des Präsidialausschusses des Aufsichtsrats das Vergütungssystem, einschließlich der wesentlichen Vertragselemente, und überprüft es regelmäßig. Es legt auch die Gesamtvergütung und ihre Zusammensetzung für die Mitglieder des Vorstands auf Vorschlag des Präsidialausschusses des Aufsichtsrats fest.

Die Mitglieder des Vorstands erhielten für das Geschäftsjahr 2009 für ihre Vorstandstätigkeit eine Vergütung von insgesamt 38.978.972 € (2008: 4.476.684 €). Diese Gesamtvergütung setzte sich aus den folgenden (für das Geschäftsjahr 2009 überwiegend erfolgsabhängigen) Komponenten zusammen.

in € ¹	2009	2008
Erfolgsunabhängige Komponenten:		
Grundgehalt	5.950.000	3.950.000
Sonstige Leistungen	849.346	526.684
Erfolgsabhängige (variable) Komponenten:		
ohne langfristige Anreizwirkung (nicht aufgeschoben) ²	9.587.269	–
mit langfristiger Anreizwirkung (aufgeschoben)	22.592.357	–
Gesamtvergütung	38.978.972	4.476.684

1 Die Zahlen beziehen sich auf Vorstandsmitglieder, die im jeweiligen Berichtsjahr tätig waren, und auf ihre Vorstandstätigkeit.

2 Unmittelbar ausgezahlt.

Mit den Mitgliedern des Vorstands wurden Anstellungsverträge geschlossen. Darin sind folgende Vergütungsbestandteile geregelt:

Erfolgsunabhängige Komponenten. Die erfolgsunabhängigen Komponenten bestehen aus dem Grundgehalt sowie sonstigen Leistungen.

Die Mitglieder des Vorstands erhalten ein Grundgehalt, das in regelmäßigen Abständen überprüft wird. Es wird in monatlichen Raten ausgezahlt. Die sonstigen Leistungen umfassen steuerpflichtige Aufwandserstattungen und den geldwerten Vorteil von Sachbezügen wie Firmenwagen und Fahrgestellung, Versicherungsprämien, geschäftsbezogene Repräsentationsaufwendungen und Sicherheitsmaßnahmen inklusive der gegebenenfalls hierauf übernommenen Steuern.

Erfolgsabhängige Komponenten. Die erfolgsabhängigen Komponenten bestanden für das Jahr 2009 aus einer Bonuszahlung, einem Mid-Term Incentive („MTI“) und für Vorstandsmitglieder, die für den Konzernbereich CIB verantwortlich sind, einer unternehmensbereichsbezogenen Vergütungskomponente („Division Incentive“). Maßgeblich für die jährliche Bonuszahlung, die auf einer Zielgröße basiert, war das Erreichen der geplanten Eigenkapitalrendite. Der MTI (ebenfalls auf einer Zielgröße basierend) wurde aus dem Verhältnis der Aktienrendite der Bank zum entsprechenden Durchschnittswert einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer Unternehmen, bezogen auf einen rollierenden Zweijahreszeitraum, abgeleitet. Der Division Incentive berücksichtigt den Erfolg des Konzernbereichs CIB (zum Beispiel Ergebnis vor Steuern), auch im Verhältnis zu Wettbewerbern und den gesetzten Zielen, sowie Risikoaspekte und die individuelle Leistung.

Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung. Die variablen Vergütungselemente, die die Mitglieder des Vorstands für das Jahr 2009 erhielten (Bonus, MTI und gegebenenfalls Division Incentive), wurden in wesentlich größerem Ausmaß als in früheren Jahren aufgeschoben gewährt (für jedes einzelne Vorstandsmitglied mehr als 60 % seiner variablen Vergütung). Die Gewährung der aufgeschobenen Vergütung erfolgte als Restricted Incentive Awards und als Restricted Equity Awards. Beide aufgeschobenen Vergütungskomponenten erzielen eine langfristige Anreizwirkung und können verfallen. Der Verfall der Zusagen tritt unter bestimmten Umständen ein, zum Beispiel bei Nichterreichen definierter Parameter, beim Verstoß gegen Regularien oder bei Verschlechterung der Finanzlage.

Die Restricted Incentive Awards wurden im Rahmen des DB Restricted Incentive Plan zugeteilt. Deren endgültiger Wert wird unter anderem von der Entwicklung der Eigenkapitalrendite innerhalb der nächsten drei Jahre (2010 – 2012) abhängen. Die Awards werden in drei gleichen Tranchen jeweils Anfang 2011, 2012 und 2013 unverfallbar.

Die Restricted Equity Awards wurden im Rahmen des DB Equity Plan zugeteilt. Deren endgültiger Wert wird unter anderem vom Wert der Deutsche Bank-Aktie bei Zuteilung bestimmt. Unter Einhaltung oben genannter Bedingungen wird ein Teil dieser Aktienanwartschaften in neun gleichen Tranchen zugeteilt, wobei die letzte Tranche im November 2013 ausgeliefert wird. Der überwiegende Teil der Aktienanwartschaften wird grundsätzlich als Einmaltranche im November 2013 ausgeliefert, das heißt erst nach fast vier Jahren. Im Februar 2010 wurden den Vorstandsmitgliedern für ihre Leistung im Geschäftsjahr 2009 insgesamt 405.349 Aktien in Form von Restricted Equity Awards nach dem DB Equity Plan gewährt (2008: 0).

Weitere Informationen zu dem DB Restricted Incentive Plan und dem DB Equity Plan sind in Note [31] und Note [32] des Konzernabschlusses enthalten.

Der Aufsichtsrat überprüft das System der Vorstandsvergütung regelmäßig und entwickelt es entsprechend weiter. Die bis Ende des letzten Jahres neu implementierten verschiedenen gesetzlichen und regulatorischen Regelungen hat der Aufsichtsrat zum Anlass genommen, sich erneut mit der Vergütungsstruktur zu befassen und diese – ohne die Gesamtzielvergütung zu ändern – unter Berücksichtigung und Einbeziehung der nachfolgenden Aspekte für die Zukunft wie folgt zu gestalten.

Im Vordergrund des fortentwickelten Systems steht, die Vergütung des Vorstands an einer nachhaltigen und auf Langfristigkeit ausgerichteten Unternehmensführung und -entwicklung zu orientieren, eine angemessene Zusammensetzung von festen und variablen Vergütungsbestandteilen darzustellen, noch umfangreicher mehrjährige Bemessungsgrundlagen für die variable Vergütung zu etablieren, große Teile der variablen Vergütung aufgeschoben zu gewähren, in Aussicht gestellte variable Vergütungselemente beim Eintreten definierter Ereignisse auch wieder entfallen lassen zu können sowie weiterhin die Interessen der Mitglieder des Vorstands durch dauerhafte Beteiligung am Unternehmen mit denen des Unternehmens zu verbinden.

Um die geforderte Angemessenheit der Zusammensetzung von festen und variablen Vergütungsbestandteilen zu unterstreichen, wird das Grundgehalt bei einem einfachen Mitglied des Vorstands auf 1.150.000 € pro Jahr und bei Herrn Dr. Ackermann auf 1.650.000 € pro Jahr erhöht. Die Zielgröße des Bonus wird entsprechend reduziert.

Um eine mehrjährige Bemessungsgrundlage zu erreichen, wird der Bonus zukünftig anhand der zwei wie folgt ausgestalteten gleichgewichtigen Faktoren berechnet. Der erste Faktor wird von dem zweijährigen Durchschnitt der erreichten Eigenkapitalrendite im Vergleich zu der geplanten Eigenkapitalrendite bestimmt. Der zweite Faktor errechnet sich nach dem zweijährigen Durchschnitt der erreichten Eigenkapitalrendite (mit Ausnahme für das Geschäftsjahr 2010, für das nur die Eigenkapitalrendite für das Jahr 2010 berücksichtigt wird). Zusätzlich kann der danach ermittelte Betrag durch den Aufsichtsrat entsprechend der persönlichen Leistung und anderer Aspekte nach Ermessen um bis zu 50 % erhöht oder gekürzt werden. Der auf den jeweiligen Faktor bezogene Teil des Bonus entfällt, wenn vorab definierte Parameter unterschritten werden. Generell wird jeder Bonus in Teilen aufgeschoben vergütet.

Als weiterer Bestandteil der variablen Vergütung wird der MTI durch den Long-Term Performance Award („LTPA“), eine Vergütungskomponente mit langfristiger Anreizwirkung, ersetzt. Der LTPA wird (auf Basis einer Zielgröße) – bezogen auf einen rollierenden Dreijahreszeitraum – aus dem Verhältnis der Aktienrendite der Bank zum entsprechenden Durchschnittswert einer ausgewählten Gruppe vergleichbarer Unternehmen abgeleitet. Unterschreitet der so für die Deutsche Bank errechnete Durchschnitt im Verhältnis zur Vergleichsgruppe einen bestimmten Schwellenwert, entfällt die Zahlung eines LTPA. Alle Zahlungen, die sich aus dem LTPA ergeben, werden grundsätzlich überwiegend aufgeschoben vergütet.

Weiterhin ist für Vorstandsmitglieder, die für den Konzernbereich CIB verantwortlich sind, unverändert eine unternehmensbereichsbezogene Vergütungskomponente („Division Incentive“) vorgesehen. Diese berücksichtigt den Erfolg des Konzernbereichs CIB (zum Beispiel Ergebnis vor Steuern), auch im Verhältnis zu Wettbewerbern und zu den gesetzten Zielen, sowie Risikoaspekte und die individuelle Leistung.

Generell werden mehr als 60 % der Summe aller variablen Vergütungskomponenten (Bonus, LTPA und gegebenenfalls Division Incentive) aufgeschoben vergütet. Die aufgeschobenen Komponenten können als Barvergütung und/oder in Aktien beziehungsweise in aktienbasierten Vergütungselementen gewährt werden. Als weitere generelle Regel werden mehr als 50 % der aufgeschobenen Vergütung in Aktien beziehungsweise in aktienbasierten Vergütungsinstrumenten gewährt. Der aufgeschobene Teil des Bonus wird grundsätzlich als Restricted Incentive Award gewährt, wogegen die aufgeschobenen Teile des LTPA und des Division Incentive in der Regel in Form von Restricted Equity Awards oder aktienbasierter Vergütung gewährt werden. Restricted Incentive Awards werden in drei gleichen Tranchen, beginnend nach einem Jahr und insgesamt über einen Zeitraum von drei Jahren gestreckt, unverfallbar. Restricted Equity Awards werden in mehreren Tranchen unverfallbar. Die erste Tranche wird nach einem Jahr unverfallbar, die letzte Tranche erst nach fast vier Jahren. Der Wert dieser Aktienanwartschaften oder aktienbasierten Vergütungsinstrumente unterliegt der Aktienkursentwicklung.

Alle aufgeschobenen Vergütungsbestandteile unterliegen Verfallbestimmungen, die auf dem Erfolg des Konzerns und dem individuellen Verhalten beziehungsweise dem individuellen Erfolgsbeitrag beruhen, um die Risikoorientierung der Vergütung abzubilden und sicherzustellen. Den Mitgliedern des Vorstands wird es nicht gestattet sein, diese Risikoorientierung mit Absicherungsgeschäften oder anderen Gegenmaßnahmen einzuschränken oder aufzuheben. Auch für den Fall außergewöhnlicher Entwicklungen kann die Gesamtvergütung, einschließlich aller variablen Komponenten, auf einen Maximalbetrag begrenzt werden.

Eine Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile erfolgt nicht, wenn die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht die Auszahlung variabler Vergütungsbestandteile im Einklang mit bestehenden gesetzlichen Regelungen untersagt beziehungsweise einschränkt.

Die Vorstandsmitglieder erhalten auch in Zukunft die eingangs beschriebenen sonstigen Leistungen sowie – bis auf die Mitglieder des Vorstands, die einen Division Incentive erhalten – die nachfolgend beschriebenen Beiträge zur Altersversorgung.

Es besteht – auch zukünftig – eine Vorgabe für unsere Vorstandsmitglieder bezüglich des Besitzes von Aktien. Sie sind verpflichtet, während ihrer Mitgliedschaft im Vorstand 45 % der Deutsche Bank-Aktien, die ihnen seit dem Jahr 2008 während ihrer Zugehörigkeit zum Vorstand ausgeliefert wurden oder werden, zu behalten. Wenn in einem Jahr der Anteil der aktienbasierten Vergütung mehr als 50 % der variablen Vergütung ausmacht, wird diese Verpflichtung für den Teil, der 50 % übersteigt, entfallen.

Um die Vergütungsstruktur weiterzuentwickeln, wurde – ebenso wie für die Festlegung der variablen Vergütung für das Geschäftsjahr 2009 – durch den Aufsichtsrat ein externer unabhängiger Vergütungsberater eingebunden.

Vergütung der Mitglieder des Vorstands

Die Vorstandsmitglieder erhielten für die Jahre 2009 und – soweit zutreffend – 2008 die nachstehenden Vergütungskomponenten für ihre Tätigkeit im Vorstand. Alle im Jahr 2008 tätigen Vorstandsmitglieder haben unwiderruflich auf ihnen für das Geschäftsjahr 2008 zustehende Ansprüche auf Zahlung einer variablen Vergütung verzichtet.

Mitglieder des Vorstands		Erfolgsunabhängige Komponenten		Erfolgsabhängige Komponenten			Gesamtvergütung
		Grundgehalt	Sonstige Leistungen	ohne langfristige Anreizwirkung (nicht aufgeschoben) ¹	mit langfristiger Anreizwirkung (aufgeschoben) ²		
					Restricted Incentive Award	Restricted Equity Award	
in €							
Dr. Josef Ackermann	2009	1.150.000	154.030	1.575.000	1.925.000	4.747.500	9.551.530
	2008	1.150.000	239.586	–	–	–	1.389.586
Dr. Hugo Bänziger	2009	800.000	51.388	1.231.425	268.575	1.657.500	4.008.888
	2008	800.000	62.160	–	–	–	862.160
Michael Cohrs ³	2009	600.000	39.661	905.428	130.210	1.546.575	3.221.874
	2008	–	–	–	–	–	–
Jürgen Fitschen ³	2009	600.000	131.111	923.569	201.431	1.243.125	3.099.236
	2008	–	–	–	–	–	–
Anshuman Jain ³	2009	600.000	52.697	1.565.428	691.210	4.884.525	7.793.860
	2008	–	–	–	–	–	–
Stefan Krause ⁴	2009	800.000	58.267	1.231.425	268.575	1.657.500	4.015.767
	2008	600.000	107.306	–	–	–	707.306
Hermann-Josef Lamberti	2009	800.000	102.123	1.231.425	268.575	1.657.500	4.059.623
	2008	800.000	92.893	–	–	–	892.893
Rainer Neske ³	2009	600.000	260.069	923.569	201.431	1.243.125	3.228.194
	2008	–	–	–	–	–	–

1 Unmittelbar ausgezahlt.

2 Erfolgsabhängige Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung beinhalten Restricted Incentive Awards und Restricted Equity Awards, die für das entsprechende Jahr gewährt wurden. Die Anzahl der im Jahr 2010 für das Geschäftsjahr 2009 den Mitgliedern des Vorstands in Form von Restricted Equity Awards gewährten Aktien wurde mittels Division der jeweiligen Euro-beträge durch den Betrag von 45.978 €, dem durchschnittlichen Schlusskurs der Deutsche Bank-Aktie an den letzten zehn Handelstagen vor dem 1. Februar 2010 im Xetra-Handel, ermittelt. Hieraus ergab sich die folgende Anzahl gewählter Aktienrechte: Herr Dr. Ackermann 103.255, Herr Dr. Bänziger 36.049, Herr Cohrs 33.637, Herr Fitschen 27.037, Herr Jain 106.236, Herr Krause 36.049, Herr Lamberti 36.049 und Herr Neske 27.037.

3 Mitglied des Vorstands seit 1. April 2009.

4 Mitglied des Vorstands seit 1. April 2008.

Aus Mandaten für konzerneigene Gesellschaften erhielten die Mitglieder des Vorstands keine Vergütung.

Die Mitglieder des Vorstands (mit Ausnahme der Vorstandsmitglieder, die einen Division Incentive erhalten) haben eine beitragsorientierte Versorgungszusage, die in ihrer Struktur einem allgemeinen Pensionsplan für Mitarbeiter der Bank entspricht. Im Rahmen dieses beitragsorientierten Pensionsplans wurde für jedes Vorstandsmitglied nach Berufung in den Vorstand ein persönliches Versorgungskonto eingerichtet, in das jedes Jahr ein Versorgungsbaustein eingestellt wird. Der Versorgungsbaustein wird mit einem individuellen Beitragssatz auf Basis des Grundgehalts sowie des Bonus bis zu einer Obergrenze errechnet und enthält durch einen altersabhängigen Faktor eine Vorabverzinsung von durchschnittlich 6 % pro Jahr bis zum Alter von 60. Ab einem Alter von 61 wird das Versorgungskonto jährlich mit 6 % bis zum Pensionierungszeitpunkt verzinst. Die jährlichen Versorgungsbausteine bilden zusammen das Versorgungskapital, das im Versorgungsfall zur Verfügung steht. Die Versorgungsleistung kann nach Ausscheiden aus dem Vorstand aber vor Eintritt eines der Versorgungsfälle (Altersgrenze, Invalidität oder Tod) fällig werden. Die Versorgungsanwartschaft ist von Beginn an unverfallbar.

Die folgende Tabelle zeigt den Dienstzeitaufwand für die Geschäftsjahre 2009 und 2008 sowie den Stand der Versorgungskonten zum 31. Dezember 2009 beziehungsweise 31. Dezember 2008.

Mitglieder des Vorstands ¹ in €		Dienstzeitaufwand	Stand des Versorgungskontos
Dr. Josef Ackermann	2009	318.006	4.459.769
	2008	317.893	4.098.838
Dr. Hugo Bänziger	2009	405.530	1.583.668
	2008	429.167	1.379.668
Jürgen Fitschen ²	2009	62.984	60.000
	2008	-	-
Stefan Krause ³	2009	407.171	492.000
	2008	100.691	216.000
Hermann-Josef Lamberti	2009	260.217	4.302.174
	2008	273.192	4.166.174
Rainer Neske ²	2009	114.385	225.000
	2008	-	-

1 Andere Mitglieder des Vorstands erhielten keine Pensionszusage nach ihrer Bestellung in den Vorstand.

2 Mitglied des Vorstands seit 1. April 2009.

3 Mitglied des Vorstands seit 1. April 2008.

Die unterschiedliche Höhe der Beträge resultiert aus der unterschiedlichen Dauer der Vorstandstätigkeit, den jeweiligen altersabhängigen Faktoren, den unterschiedlichen Beitragssätzen sowie den individuellen versorgungsfähigen Bezügen. Den Herren Dr. Ackermann und Lamberti steht daneben grundsätzlich nach ihrem Ausscheiden aus dem Vorstand ein monatliches Ruhegeld von 29.400 € aus einer abgelösten Pensionszusage zu.

Scheidet ein Vorstandsmitglied, dessen Bestellung zu Beginn des Jahres 2008 bestand, aus dem Amt aus, so steht ihm für die Dauer von sechs Monaten eine Übergangszahlung zu. Ausgenommen ist beispielsweise der Fall, dass das Vorstandsmitglied durch sein Verschulden einen Grund zur fristlosen Entlassung gibt. Die Übergangszahlung, die ein Vorstandsmitglied für diesen Zeitraum von sechs Monaten erhalten hätte, wenn es zum 31. Dezember 2009 oder 31. Dezember 2008 aus dem Vorstand ausgeschieden wäre, belief sich für Herrn Dr. Ackermann auf 2.825.000 € sowie für Herrn Dr. Bänziger und Herrn Lamberti auf jeweils 1.150.000 €.

Sofern ein Vorstandsmitglied, dessen Bestellung zu Beginn des Jahres 2006 bestand (Herr Dr. Ackermann und Herr Lamberti), nach Vollendung des 60. Lebensjahres ausscheidet, steht ihm grundsätzlich im Anschluss an die sechsmonatige Übergangszeit die Zahlung von zunächst 75 % und dann 50 % der Summe aus Grundgehalt und Bonus (letzte Zielgröße) für die Dauer von jeweils 24 Monaten zu. Die Übergangszahlung endet spätestens sechs Monate nach Ablauf der Hauptversammlung des Jahres, in dem das Vorstandsmitglied das Alter von 65 erreicht.

Nach Maßgabe der mit den jeweiligen Vorstandsmitgliedern geschlossenen Anstellungsverträgen haben diese bei vorzeitiger Beendigung der Bestellung auf Veranlassung der Bank, ohne dass diese berechtigt ist, die Bestellung aus wichtigem Grund zu widerrufen oder den Anstellungsvertrag fristlos zu kündigen, Anspruch auf eine Abfindung. Diese wird vom Aufsichtsrat nach billigem Ermessen festgelegt. Sie beläuft sich in der Regel auf den jeweils niedrigeren Betrag von zwei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags (als Basis für die Berechnung der Vergütung dient die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr).

Sofern das Vorstandsmitglied im Zusammenhang mit einem Kontrollerwerb ausscheidet, hat es Anspruch auf eine Abfindung. Diese wird vom Aufsichtsrat nach billigem Ermessen festgelegt. Sie beträgt in der Regel den jeweils niedrigeren Betrag von drei Jahresvergütungen beziehungsweise der Vergütung für die Restlaufzeit des Anstellungsvertrags (als Basis für die Berechnung der Vergütung dient die Jahresvergütung für das vorangegangene Geschäftsjahr).

Aktienbesitz der Mitglieder des Vorstands

Am 19. Februar 2010 beziehungsweise 27. Februar 2009 hielten die derzeitigen Vorstandsmitglieder die folgende Anzahl an Aktien und Aktienanwartschaften.

Mitglieder des Vorstands		Anzahl Aktien	Anzahl Aktienanwartschaften ¹
Dr. Josef Ackermann	2010	355.474	197.260
	2009	334.577	133.789
Dr. Hugo Bänziger	2010	36.116	89.402
	2009	24.101	77.441
Michael Cohrs ²	2010	144.537	268.708
	2009	–	–
Jürgen Fitschen ²	2010	98.339	86.747
	2009	–	–
Anshuman Jain ²	2010	338.717	433.046
	2009	–	–
Stefan Krause	2010	–	36.049
	2009	–	–
Hermann-Josef Lamberti	2010	97.740	78.190
	2009	88.373	59.973
Rainer Neske ²	2010	42.547	75.395
	2009	–	–
Insgesamt	2010	1.113.470	1.264.797³
Insgesamt	2009	447.051	271.203

¹ Einschließlich der Aktienanwartschaften von Herrn Dr. Bänziger, Herrn Cohrs, Herrn Fitschen, Herrn Jain und Herrn Neske, die diese jeweils im Zusammenhang mit dem vor der Bestellung zum Vorstandsmitglied bestehenden Anstellungsverhältnis erhalten haben. Die in der Tabelle erfassten Aktienanwartschaften haben unterschiedliche Unverfallbarkeits- und Zuteilungsdaten. Die letzten Aktienanwartschaften werden im November 2013 fällig und zugeteilt.

² Kein Mitglied des Vorstands am 27. Februar 2009.

³ Davon 138.405 unverfallbar.

Die Mitglieder des Vorstands hielten zum 19. Februar 2010 insgesamt 1.113.470 Aktien, was rund 0,18 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entsprach. Zum 27. Februar 2009 hielten sie insgesamt 447.051 Aktien, was rund 0,08 % der an diesem Stichtag ausgegebenen Aktien entsprach.

Die Anzahl der den Mitgliedern des Vorstands im Geschäftsjahr 2009 aus in früheren Jahren gewährten aufgeschobenen Vergütungszusagen zugeteilten Aktien betrug 633.531.

Der Aufwand im Geschäftsjahr 2009 für ihre Tätigkeit als Vorstand in Vorjahren gewährte Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung betrug für Herrn Dr. Ackermann 2.013.402 €, für Herrn Dr. Bänziger 810.967 € und für Herrn Lamberti 902.559 €. Herr Cohrs, Herr Fitschen, Herr Jain und Herr Neske wurden erst im April 2009 Mitglieder des Vorstands, sodass im Geschäftsjahr 2009 kein Aufwand für Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung aus Vorstandstätigkeit entstand. Im Geschäftsjahr 2008 betrug der entsprechende Aufwand für diese Komponenten für Herrn Dr. Ackermann 3.368.011 €, für Herrn Dr. Bänziger 1.103.939 € und für Herrn Lamberti 1.509.798 €. Herr Krause wurde erst im April 2008 Mitglied des Vorstands, sodass in den Geschäftsjahren 2009 und 2008 kein Aufwand für Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung aus Vorstandstätigkeit entstand.

Weitere Informationen zu den zugrunde liegenden Plänen der in der vorstehenden Tabelle aufgeführten Aktienanwartschaften sind in Note [31] des Konzernabschlusses enthalten.

Grundzüge des Vergütungssystems für die Mitglieder des Aufsichtsrats

Die Vergütung des Aufsichtsrats ist in der Satzung geregelt, die bei Bedarf durch die Hauptversammlung angepasst werden kann. Neue Vergütungsregelungen wurden zuletzt in der Hauptversammlung am 24. Mai 2007 beschlossen.

Derzeit gelten die folgenden Regelungen: Die Vergütung besteht aus einer festen Vergütung in Höhe von 60.000 € pro Jahr und einem dividendenabhängigen Bonus in Höhe von 100 € pro Jahr je 0,01 € ausgeschüttete Dividende, die 1,00 € je Aktie übersteigt. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ferner eine auf den langfristigen Unternehmenserfolg bezogene jährliche Vergütung. Diese Vergütung beträgt 100 € für jede 0,01 €, um die der Durchschnitt der im Finanzbericht der Gesellschaft im Einklang mit den jeweils anwendbaren Rechnungslegungsvorschriften für den Konzern ausgewiesenen Ergebnisse je Aktie (verwässert) aus dem Jahresüberschuss nach Steuern für die letzten drei abgelaufenen Geschäftsjahre den Betrag von 4,00 € übersteigt.

Diese Beträge erhöhen sich um 100 % je Mitgliedschaft in einem Ausschuss des Aufsichtsrats. Für den Vorsitz in einem Ausschuss beträgt der Erhöhungssatz 200 %. Beides gilt nicht für den nach § 27 Absatz 3 MitbestG gebildeten Ausschuss. Der Aufsichtsratsvorsitzende erhält das Vierfache, sein Stellvertreter das Eineinhalbfache der Gesamtvergütung eines ordentlichen Mitglieds. Für den Aufsichtsratsvorsitzenden stellt dies gleichzeitig die Obergrenze dar. Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ein Sitzungsgeld in Höhe von 1.000 € für jede Sitzung des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse, an der sie teilnehmen. Darüber hinaus werden die Mitglieder des Aufsichtsrats in unserem Interesse in angemessener Höhe in eine von der Deutschen Bank abgeschlossene Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung einbezogen, soweit eine solche besteht. Die Prämien hierfür werden von der Bank entrichtet.

Wir erstatten den Mitgliedern des Aufsichtsrats sämtliche Barauslagen sowie etwaige Umsatzsteueraufwendungen (derzeit 19 %), die ihnen in Verbindung mit ihren Aufgaben als Mitglied des Aufsichtsrats entstehen. Die bei der Deutschen Bank angestellten Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrats erhalten außerdem ihre Mitarbeitervergütung. Die Vergütung für Aufsichtsratsmitglieder, die dem Aufsichtsrat nicht während des ganzen Geschäftsjahres angehören, wird im Verhältnis zur Amtsdauer berücksichtigt, wobei eine Aufrundung auf volle Monate erfolgt.

Die Mitglieder des Nominierungsausschusses, der sich im Anschluss an die Hauptversammlung 2008 konstituiert hat, haben wie schon in den Vorjahren auf sämtliche Vergütungen für den Nominierungsausschuss für 2009 und die Folgejahre, einschließlich des Sitzungsgelds, verzichtet.

Vergütung der Mitglieder des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2009

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten ihre Vergütung nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres. Im Januar 2010 haben wir jedem Aufsichtsratsmitglied für seine Tätigkeit im Jahr 2009 die feste Vergütung und die Sitzungsgelder überwiesen. Zusätzlich erhält jedes Aufsichtsratsmitglied nach der Hauptversammlung im Mai 2010 für seine Tätigkeit im Jahr 2009 die an unseren langfristigen Unternehmenserfolg geknüpfte Vergütung sowie die dividendenabhängige Vergütung. Unter der Annahme, dass die Hauptversammlung im Mai 2010 der vorgeschlagenen Dividende von 0,75 € pro Aktie zustimmen wird, erhält der Aufsichtsrat eine Gesamtvergütung von 2.561.316 € (2008: 2.478.500 €).

Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289a HGB

Die vollständige Erklärung zur Unternehmensführung ist auf der Webseite der Bank unter http://www.deutschebank.de/ir/de/content/corporate_governance_berichte.htm zu finden.

Sonstige Angaben

Angaben nach § 289 Absatz 4 HGB und erläuternder Bericht

Zusammensetzung des Gezeichneten Kapitals

Zum 31. Dezember 2009 betrug das Grundkapital der Deutschen Bank AG 1.589.399.078,40 €, eingeteilt in 620.859.015 Stammaktien ohne Nennwert. Die Aktien sind voll eingezahlt und in Form von Namensaktien begeben. Jede Aktie gewährt eine Stimme.

Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen

In den Fällen des § 136 AktG ist das Stimmrecht aus den betroffenen Aktien von Gesetzes wegen ausgeschlossen. Soweit die Bank zum 31. Dezember 2009 Eigene Aktien in ihrem Bestand hielt, konnten daraus gemäß § 71b AktG keine Rechte ausgeübt werden. Sonstige Beschränkungen, die Stimmrechte oder die Übertragung von Aktien betreffen, sind uns nicht bekannt.

Beteiligungen am Kapital, die mehr als 10 % der Stimmrechte überschreiten

Nach dem Wertpapierhandelsgesetz muss jeder Anleger, der durch Erwerb, Veräußerung oder auf sonstige Weise bestimmte Anteile an Stimmrechten erreicht, überschreitet oder unterschreitet, dies uns und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin“) anzeigen. Der niedrigste Schwellenwert für diese Anzeigepflicht beträgt 3 %. Uns sind hiernach keine direkten oder indirekten Beteiligungen am Kapital bekannt, die 10 % der Stimmrechte erreichen oder überschreiten.

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen

Aktien mit Sonderrechten, die Kontrollbefugnisse verleihen, wurden nicht ausgegeben.

Art der Stimmrechtskontrolle, wenn Arbeitnehmer am Kapital beteiligt sind und ihre Kontrollrechte nicht unmittelbar ausüben

Die Arbeitnehmer, die Aktien der Deutschen Bank halten, üben ihre Kontrollrechte wie andere Aktionäre nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften und der Satzung aus.

Bestimmungen über die Ernennung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern

Nach dem Aktiengesetz (§ 84 AktG) und der Satzung der Deutschen Bank (§ 6) werden die Mitglieder des Vorstands vom Aufsichtsrat bestellt. Die Zahl der Vorstandsmitglieder wird vom Aufsichtsrat bestimmt. Nach der Satzung besteht der Vorstand mindestens aus drei Mitgliedern. Der Aufsichtsrat kann ein Vorstandsmitglied zum Vorsitzenden des Vorstands ernennen. Vorstandsmitglieder dürfen für höchstens fünf Jahre bestellt werden. Eine wiederholte Bestellung oder Verlängerung der Amtszeit, jeweils für höchstens fünf Jahre, ist zulässig. Nach dem Mitbestimmungsgesetz (§ 31) ist für die Bestellung von Vorstandsmitgliedern eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der Mitglieder des Aufsichtsrats erforderlich. Kommt hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat der Vermittlungsausschuss innerhalb eines Monats dem Aufsichtsrat einen Vorschlag für die Bestellung zu machen. Der Aufsichtsrat bestellt dann die Mitglieder des Vorstands mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder. Kommt auch hiernach eine Bestellung nicht zustande, so hat bei einer erneuten Abstimmung der Aufsichtsratsvorsitzende zwei Stimmen. Fehlt ein erforderliches Vorstandsmitglied, so hat in dringenden Fällen das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag eines Beteiligten das Mitglied zu bestellen (§ 85 AktG).

Nach dem Kreditwesengesetz muss der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und der Deutschen Bundesbank vor der beabsichtigten Bestellung von Vorstandsmitgliedern nachgewiesen werden, dass diese in ausreichendem Maße theoretische und praktische Kenntnisse in den Geschäften der Bank sowie Leitungserfahrung haben (§§ 24 Absatz 1 Nr. 1, 33 Absatz 2 KWG).

Der Aufsichtsrat kann die Bestellung zum Vorstandsmitglied und die Ernennung zum Vorsitzenden des Vorstands widerrufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Solche Gründe sind namentlich grobe Pflichtverletzung, Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung oder Vertrauensentzug durch die Hauptversammlung – es sei denn, dass das Vertrauen aus offensichtlich unsachlichen Gründen entzogen worden ist.

Besteht Gefahr für die Erfüllung der Verpflichtungen eines Kreditinstituts gegenüber seinen Gläubigern oder besteht der begründete Verdacht, dass eine wirksame Aufsicht über das Kreditinstitut nicht möglich ist, kann die BaFin zur Abwendung dieser Gefahr einstweilige Maßnahmen treffen. Sie kann dabei auch Mitgliedern des Vorstands die Ausübung ihrer Tätigkeit untersagen oder beschränken (§ 46 Absatz 1 KWG). In diesem Fall hat das Amtsgericht Frankfurt am Main auf Antrag der BaFin die erforderlichen Vorstandsmitglieder zu bestellen, wenn infolge der Untersagung der Vorstand nicht mehr über die für die Führung der Geschäfte erforderliche Anzahl von Mitgliedern verfügt (§ 46 Absatz 2 KWG).

Bestimmungen über die Änderung der Satzung

Jede Änderung der Satzung bedarf eines Beschlusses der Hauptversammlung (§ 179 AktG). Die Befugnis zu Änderungen, die nur die Fassung betreffen, wie zum Beispiel Änderungen des Grundkapitals infolge Ausnutzung von genehmigtem Kapital ist in der Satzung der Deutschen Bank dem Aufsichtsrat übertragen worden (§ 20 Absatz 3). Die Beschlüsse der Hauptversammlung werden gemäß der Satzung mit einfacher Stimmen-

mehrheit und, soweit eine Kapitalmehrheit erforderlich ist, mit einfacher Kapitalmehrheit gefasst, falls nicht das Gesetz oder die Satzung zwingend etwas anderes vorschreibt (§ 20 Absatz 1). Satzungsänderungen werden mit der Eintragung in das Handelsregister wirksam (§ 181 Absatz 3 AktG).

Befugnis des Vorstands, Aktien auszugeben oder zurückzukaufen

Der Vorstand ist ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen, in einigen Fällen auch gegen Sacheinlagen, zu erhöhen. Zum 31. Dezember 2009 verfügte die Deutsche Bank über ein genehmigtes Kapital von 485.480.000 €, das in Teilbeträgen mit unterschiedlichen Befristungen bis zum 30. April 2014 begeben werden kann. Die näheren Einzelheiten ergeben sich aus § 4 der Satzung.

Genehmigtes Kapital	Befristet bis
30.600.000 €	30. April 2012
140.000.000 € ¹	30. April 2013
314.880.000 €	30. April 2014

¹ Kapitalerhöhungen können zum Erwerb von Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen gegen Sacheinlagen vorgenommen werden.

Die Hauptversammlung am 26. Mai 2009 hat den Vorstand ergänzend ermächtigt, das Grundkapital durch Ausgabe neuer Aktien gegen Geldeinlagen um bis zu 128.000.000 € und gegen Geld- oder Sacheinlagen um bis zu 176.640.000 € zu erhöhen. Diese genehmigten Kapitalien wurden im Februar 2010 in einem Verfahren nach § 246a AktG freigegeben und können bis zum 30. April 2014 ausgenutzt werden.

Von der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 30. April 2013 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsrechte beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 150.000.000 € bedingt erhöht. Dieses bedingte Kapital wurde am 25. Juni 2009 mit der Eintragung ins Handelsregister wirksam.

Von der Hauptversammlung am 26. Mai 2009 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 30. April 2014 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine, denen Inhaberoptionsrechte beigefügt oder die mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden können, sowie Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen zu begeben. Zu diesem Zweck wurde das Grundkapital um bis zu 256.000.000 € bedingt erhöht. Dieses bedingte Kapital wurde am 9. September 2009 mit der Eintragung ins Handelsregister wirksam.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 26. Mai 2009 nach § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2010 zum Zweck des Wertpapierhandels Eigene Aktien zu Preisen, die den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den jeweils drei vorangehenden Börsentagen nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten, zu kaufen und zu verkaufen. Dabei darf der Bestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende keines Tages 5 % des Grundkapitals der Deutschen Bank AG übersteigen.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 26. Mai 2009 nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2010 Eigene Aktien bis zu 10 % des derzeitigen Grundkapitals zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien (ohne Erwerbsnebenkosten) darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 10 % über- oder unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Gesellschaft je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde auch ermächtigt, eine Veräußerung der erworbenen Aktien sowie etwa aufgrund vorangehender Ermächtigungen nach § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG erworbener Aktien in anderer Weise als über die Börse oder durch Angebot an alle Aktionäre vorzunehmen, soweit dies gegen Sachleistung unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck erfolgt, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben. Darüber hinaus wird der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung solcher Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Gesellschaft ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandlungsrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wurde das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen.

Der Vorstand wurde weiter unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt, solche Eigenen Aktien als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben oder zur Bedienung von Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Gesellschaft zu verwenden, die Mitarbeitern oder Organmitgliedern der Gesellschaft und verbundener Unternehmen eingeräumt wurden.

Ferner wurde der Vorstand ermächtigt, unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre solche Eigenen Aktien an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zusammen zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung 10 % des vorhandenen Grundkapitals der Gesellschaft nicht übersteigt. Auf die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder indirekter Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden. Ebenfalls anzurechnen sind Aktien, die zur Bedienung von Options- und/oder Wandlungsrechten aus Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder

-genussrechten auszugeben sind, sofern diese Schuldverschreibungen oder Genussrechte während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund dieser Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf.

Der Vorstand wurde von der Hauptversammlung am 29. Mai 2008 ergänzend ermächtigt, den Aktienerwerb unter der beschlossenen Ermächtigung auch unter Einsatz von Put- und Call-Optionen durchzuführen. Die Gesellschaft kann danach auf physische Belieferung gerichtete Put-Optionen an Dritte verkaufen und Call-Optionen von Dritten kaufen, wenn durch die Optionsbedingungen sichergestellt ist, dass diese nur mit Aktien beliefert werden, die ihrerseits unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes erworben wurden. Alle Aktienerwerbe unter Einsatz von Put- und Call-Optionen sind dabei auf Aktien im Umfang von höchstens 5 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung der Hauptversammlung über diese Ermächtigung vorhandenen Grundkapitals beschränkt. Die Laufzeiten der Optionen müssen spätestens am 31. Oktober 2009 enden.

Der bei Ausübung der Optionen zu zahlende Kaufpreis für die Aktien darf den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutsche Bank-Aktien im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor Abschluss des betreffenden Optionsgeschäfts nicht um mehr als 10 % über- oder unterschreiten, jeweils ohne Erwerbsnebenkosten, aber unter Berücksichtigung der erhaltenen beziehungsweise gezahlten Optionsprämie.

Für die Veräußerung und Einziehung von Aktien, die unter Einsatz von Derivaten erworben wurden, gelten die von der Hauptversammlung festgesetzten allgemeinen Regeln.

[Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen](#)

Wesentliche Vereinbarungen, die unter der Bedingung eines Kontrollwechsels infolge eines Übernahmeangebots stehen, wurden nicht getroffen.

[Entschädigungsvereinbarungen für den Fall eines Übernahmeangebots](#)

Sofern ein Mitglied des Vorstands im Rahmen eines Kontrollerwerbs ausscheidet, erhält es eine einmalige Vergütung ausgezahlt, die im vorhergehenden Vergütungsbericht näher dargestellt ist.

Sofern das Anstellungsverhältnis bestimmter Führungskräfte mit globaler oder strategisch bedeutender Verantwortung im Rahmen eines Kontrollerwerbs innerhalb einer definierten Frist beendet wird, ohne dass ein von den Führungskräften zu vertretender Grund vorliegt, oder diese Führungskräfte ihr Anstellungsverhältnis kündigen, weil das Unternehmen bestimmte Maßnahmen ergriffen hat, die zu einer Einschränkung der Verantwortlichkeiten führen, steht den Führungskräften eine Abfindungszahlung zu. Die Berechnung der Abfindung bemisst sich grundsätzlich nach dem 1,5- bis 2,5-Fachen der letzten Jahresgesamtvergütung (Grundgehalt und variable – bar und aktienbasierte – Vergütung) vor dem Kontrollerwerb. Dabei findet die Entwicklung der Gesamtvergütung in den drei Kalenderjahren vor dem Kontrollerwerb entsprechende Berücksichtigung.

Internes Kontrollsystem im Hinblick auf die Rechnungslegung

Allgemeine Informationen

Das Management der Deutschen Bank AG ist für die Einrichtung, Anwendung und Weiterentwicklung eines angemessenen internen Kontrollsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess („IKSRL“) verantwortlich. Unser rechnungslegungsbezogenes internes Kontrollsystem ist ein unter Aufsicht unseres Vorstandsvorsitzenden und unseres Chief Financial Officer ausgestaltetes System, das hinreichende Sicherheit gewährt, dass die Aufstellung des Jahresabschlusses im Einklang mit dem Handelsgesetzbuch (HGB) erfolgt und die externe Finanzberichterstattung zuverlässig ist. Unser IKSRL umfasst alle durchzuführenden Kontrollen und Prozesse, um Fehler im Jahresabschluss und im Lagebericht zu verhindern.

Risiken im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess

Die Hauptrisiken im Rechnungslegungsprozess bestehen darin, dass Abschlüsse aufgrund unbeabsichtigter Fehler oder vorsätzlichen Handelns (Betrug) nicht ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage vermitteln oder dass ihre Veröffentlichung verspätet erfolgt. Diese Risiken können das Vertrauen der Investoren oder die Reputation der Bank beeinträchtigen und gesetzliche Sanktionen wie Interventionen der Bankenaufsicht nach sich ziehen. Die Rechnungslegung vermittelt dann kein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, wenn in den Abschlüssen enthaltene Zahlen oder Anhangangaben wesentlich von einem korrekten Ausweis abweichen. Abweichungen werden als wesentlich eingestuft, wenn sie einzeln oder insgesamt die auf Basis der Abschlüsse getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen der Abschlussadressaten beeinflussen könnten.

Das Management des Konzerns hat das IKSRL eingerichtet, um diesen Risiken zu begegnen. Ein solches System kann eine angemessene, nicht aber absolute Sicherheit bieten, dass Fehler in Abschlüssen vermieden werden. Die Ausgestaltung des Kontrollsystems basiert auf dem Rahmenwerk für interne Kontrollsysteme des Committee of Sponsoring Organizations of the Treadway Commission („COSO“). COSO empfiehlt die Festlegung von spezifischen Zielen, die die Konzeption eines Kontrollsystems fördern und die Überwachung seiner Wirksamkeit ermöglichen. Im Rahmen der Einrichtung des internen Kontrollsystems hat das Management die nachstehenden Kontrollziele für die Rechnungslegung festgelegt:

- **Existenz** – Bilanzierte Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten sind vorhanden und erfasste Transaktionen wurden durchgeführt.
- **Vollständigkeit** – Sämtliche Transaktionen wurden erfasst und alle Kontensalden sind in den Abschlüssen berücksichtigt.
- **Bewertung** – Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und Transaktionen sind mit dem zutreffenden Wert in den Finanzberichten ausgewiesen.
- **Verbuchung** – Wirtschaftliches Eigentum an Vermögensgegenständen oder bestehende Verpflichtungen werden zutreffend als Vermögensgegenstände beziehungsweise Verbindlichkeiten abgebildet.
- **Darstellung und Berichterstattung** – Der Ausweis, die Präsentation und Gliederung sowie die Anhangangaben der Finanzberichte entsprechen den gesetzlichen Anforderungen.
- **Sicherung von Vermögensgegenständen** – Nicht autorisierte Käufe, Nutzung oder Verkäufe von Vermögensgegenständen werden verhindert oder zeitnah festgestellt.

Wie jedes interne Kontrollsystem kann das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem unabhängig davon, wie sorgfältig es ausgestaltet ist und betrieben wird, nur eine angemessene, jedoch keine absolute Sicherheit bezüglich des Erreichens der entsprechenden Ziele geben. Im Rahmen des IKSRL durchgeführte Kontrollen, aufgesetzte Prozesse oder eingerichtete Systeme können daher grundsätzlich nicht allen Fehlern oder Betrugsfällen vorbeugen. Darüber hinaus ist bei der Einrichtung eines IKSRL die Wirtschaftlichkeit zu beachten, das heißt, der Nutzen von Kontrollen ist im Verhältnis zu den anfallenden Kosten zu beurteilen. Aufgrund der inhärent eingeschränkten Wirksamkeit eines Systems von internen Kontrollen kann eine Beurteilung der Wirksamkeit von Kontrollen keine absolute Sicherheit geben, dass sämtliche Fehler im Kontrollsystem oder eventuelle Betrugsfälle in der Bank aufgedeckt wurden.

Organisation des internen Kontrollsystems

In das interne Kontrollsystem eingebundene Funktionen

Da die Führung der Handelsbücher die Grundlage für die Abschlüsse bildet, werden im Rahmen des IKSRL Kontrollen von allen Geschäftsbereichen sowie den Infrastrukturfunktionen durchgeführt, die die Verlässlichkeit der Handelsbücher sicherstellen. Aus diesem Grund sind an der Ausführung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems zahlreiche Mitarbeiter beteiligt, die überwiegend in den nachstehenden Funktionen tätig sind: Finance, Group Technology and Operations, Legal, Risk and Capital sowie Tax.

Finance ist für die regelmäßige Erstellung der Abschlüsse verantwortlich und operiert unabhängig von den Geschäftsbereichen. Im Bereich Finance sind verschiedene Abteilungen für Kontrollen verantwortlich, die den übergreifenden Prozess der Konzern- und Einzelabschlusserstellung unterstützen:

- Für bestimmte Geschäftsbereiche oder Konzerngesellschaften verantwortliche Mitarbeiter von Finance stellen durch Validierungs- und Kontrollmaßnahmen sicher, dass die Finanzdaten den Qualitätsanforderungen entsprechen. Sie stehen in engem Kontakt mit dem Management des betreffenden Geschäftsbereichs, der Infrastrukturfunktionen oder der Niederlassungen und adressieren auf Basis ihres Fachwissens bei Produkten und Transaktionen eventuelle Schwächen in der Finanzberichterstattung. Darüber hinaus validieren sie Bewertungsanpassungen und andere auf Schätzungen basierende Anpassungen. Sie überprüfen ferner die Durchführung von Kontrollen über einzelne Transaktionen und Kontensalden. Für die betreffende Gesellschaft beziehungsweise den Geschäftsbereich verantwortliche Mitarbeiter stimmen ihre jeweiligen Sichtweisen miteinander ab und zeichnen die Einzelabschlüsse der Gesellschaften frei.
- Finance Group verantwortet die Konzern- und Einzelberichterstattung, einschließlich der Erstellung unternehmensweiter Finanz- und Managementinformationen, Prognosen und Planung sowie der Risikoberichterstattung. Finance Group legt den Zeitplan für die Berichterstattung fest, aggregiert die Einzelabschlüsse der Gesellschaften, führt Konsolidierungsmaßnahmen durch, eliminiert konzerninterne Transaktionen und überwacht die ordnungsgemäße Umsetzung und Genehmigung von Korrekturprozessen. Kommentare der Geschäftsleitung, von Mitgliedern des SOx and Disclosure Steering Committee und von externen Beratern zu Inhalt und Darstellung werden von Finance Group bei der Erstellung der Konzernberichte berücksichtigt und verarbeitet.

- Die Accounting Policy and Advisory Group („APAG“) ist für die Erarbeitung der unternehmensweiten Bilanzierungsrichtlinien auf Basis des Handelsgesetzbuchs sowie für deren einheitliche Anwendung zuständig. APAG berät Finance sowie die Geschäftsbereiche, insbesondere in Bilanzierungsfragen, und stellt sicher, dass bank- und transaktionsspezifische Bilanzierungsfragen zeitnah gelöst werden.
- Die Global Valuation Oversight Group („GVO“) sowie Bewertungsexperten für die einzelnen Geschäftsbereiche sind für die Entwicklung von Richtlinien und Mindeststandards für die Bewertung sowie von entsprechenden Leitlinien zur Durchführung von Bewertungskontrollen verantwortlich. Ferner prüfen und beurteilen sie Ergebnisse von Bewertungskontrollen und fungieren als zentrale Ansprechpartner für Bewertungsfragen externer Dritter (wie Aufsichtsbehörden und Wirtschaftsprüfern).

Der operative Betrieb des IKSRL wird auch durch Group Technology and Operations, Legal, Risk and Capital und Group Tax unterstützt. Obwohl diese Funktionen nicht direkt an der Aufstellung des Abschlusses beteiligt sind, leisten sie einen wichtigen Beitrag zur Kontrolle der Finanzinformationen:

- Group Technology and Operations („GTO“) stimmt Transaktionen mit Kontrahenten ab und ist sowohl für die interne als auch externe Abstimmung von Finanzinformationen zwischen Systemen, Depot- und Börsengeschäften zuständig. GTO wickelt für den Konzern die zum Abschluss von Transaktionen notwendigen Zahlungen ab und stimmt Salden auf Nostrokonten ab.
- Legal, Risk and Capital („LRC“) ist für die Entwicklung von Richtlinien und Mindeststandards in Bezug auf das Management von Kredit- und operationellen Risiken zuständig. Darauf basierend, ermittelt LRC die Rückstellungen für Kreditrisiken und operationelle Risiken und überprüft ihre Angemessenheit.
- Group Tax ist verantwortlich für die korrekte Berechnung ertragsteuerbezogener Daten mit Unterstützung durch Finance. Dies umfasst die Bewertung und Planung von laufenden und latenten Steuern sowie die Erhebung steuerlich relevanter Informationen. Group Tax überwacht die Ertragsteuerposition und die Rückstellungen für Steuerrisiken.

Kontrollen zur Minimierung des Risikos von Fehlern in der Rechnungslegung

Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem umfasst eine Vielzahl von internen Kontrollen und Prozessen, die das Risiko von Fehlern in den Abschlüssen minimieren sollen. Hierzu zählen unter anderem Kontrollen, die

- fortlaufend oder permanent erfolgen, wie beispielsweise Kontrollen zur Einhaltung von internen Richtlinien und Anweisungen oder zur Funktionstrennung;
- regelmäßig durchgeführt werden, wie beispielsweise die Kontrollen im Rahmen der jährlichen Abschlusserstellung;
- der präventiven oder nachträglichen Feststellung dienen;
- direkte oder indirekte Auswirkungen auf den Einzelabschluss haben. Kontrollen, die indirekte Auswirkungen auf den Einzelabschluss haben, sind unter anderem allgemeine IT-Kontrollen, zum Beispiel Kontrollen über den Zugang zu und die Einführung von EDV-Systemen. Zu den Kontrollen mit direkten Auswirkungen zählt beispielsweise die Verifizierung einer spezifischen Bilanzposition;

- automatisierte und/oder manuelle Komponenten umfassen. Automatisierte Kontrollen sind in der Regel in einen Kontrollprozess eingebunden wie zum Beispiel eine im System hinterlegte Funktionstrennung, automatisierte Datenschnittstellen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit von Eingabedaten sicherstellen, oder ein automatisierter Datenabgleich zwischen verschiedenen Systemen, der Unstimmigkeiten hervorhebt. Manuelle interne Kontrollen wie die Genehmigung von Transaktionen werden von einem Mitarbeiter oder einem Team durchgeführt.

Die sich daraus ergebende Gesamtheit individueller Kontrollen umfasst alle nachfolgenden Aspekte des IKSRL:

- **Erstellung und Anwendung von Bilanzierungsrichtlinien.** Sicherstellung einer weltweit konsistenten Berichterstattung über die Geschäftsaktivitäten des Konzerns und der entsprechenden Berichterstattung im Einklang mit genehmigten Bilanzierungsrichtlinien.
- **Referenzdaten.** Kontrollen der für das Hauptbuch, die bilanziellen und außerbilanziellen Positionen sowie für die Produkte benötigten Referenzdaten.
- **Transaktionsgenehmigung, -erfassung und -bestätigung.** Kontrollen, die die Vollständigkeit und Richtigkeit erfasster Transaktionen sowie deren ordnungsgemäße Genehmigung sicherstellen. Dazu zählt die Kontrolle von Transaktionsbestätigungen, die von und an Kontrahenten gesendet werden, um zu gewährleisten, dass die Transaktionsdaten extern bestätigt sind.
- **Kontrollen externer und interner Abstimmungen.** Abstimmungen erfolgen zwischen relevanten Systemen für alle Geschäfte, Transaktionen, Positionen oder relevante Parameter. Im Rahmen externer Abstimmungen werden unter anderem die Nostrokonten, Depot- und Börsengeschäfte geprüft.
- **Bewertung, einschließlich unabhängiger Bewertungskontrollen.** Finance führt mindestens einmal im Monat Bewertungskontrollen durch, um sich von der Angemessenheit der Bewertung durch das Front Office zu überzeugen. Die Ergebnisse dieser Bewertungskontrollen werden durch die vom Front Office unabhängige Global Valuation Oversight Group geprüft und einmal pro Monat im Valuation Control Oversight Committee beurteilt. Bewertungsspezialisten für einen Geschäftsbereich befassen sich insbesondere mit Bewertungsansätzen und -methoden für verschiedene Klassen von Vermögensgegenständen und führen unabhängige Bewertungskontrollen für komplexe Derivate und strukturierte Produkte durch.
- **Steuerberechnung.** Diese Kontrollen stellen sicher, dass die Berechnungen der Steuern angemessen und genehmigt sind und Steuerpositionen im Abschluss korrekt erfasst werden.
- **Bewertungsanpassungen und andere Schätzungen.** Kontrollprozesse, die sicherstellen sollen, dass Bewertungsanpassungen und auf Schätzungen basierende Anpassungen autorisiert wurden und gemäß den genehmigten Richtlinien berichtet werden.
- **Nachweis von Bilanzposten.** Um die Vollständigkeit von Bilanzposten zu garantieren, sind die zugrunde liegenden Salden auf den Hauptbuchkonten nachzuweisen.
- **Berichterstattung und Darstellung.** Bearbeitung und Zertifizierung von Checklisten zu den Offenlegungspflichten. Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss und Lagebericht unterliegt der Überprüfung und Genehmigung durch den Aufsichtsrat und dessen Prüfungsausschuss.

Die vorgenannten Kontrollen werden primär für Abschlüsse nach International Financial Reporting Standards (IFRS) durchgeführt und nach HGB gleichermaßen angewandt. Darüber hinaus wurden spezifische HGB-bezogene Kontrollen eingerichtet, die folgende Aspekte umfassen:

- **Eliminierung von unternehmensinternen Transaktionen.** Abstimmung und Eliminierung unternehmensinterner Transaktionen zwischen Filialen der Bank für HGB-spezifische Bilanzpositionen.
- **Analytische Prüfung.** Prüfung von nach HGB erforderlichen Neubewertungen und von Reklassifizierungen zwischen IFRS und HGB auf Ebene der Filialen und der Muttergesellschaft.

Überwachung der Wirksamkeit des internen Kontrollsystems

Der Vorstand der Deutschen Bank AG überprüft jedes Jahr die Angemessenheit und Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems. Diese Überwachung umfasst eine Bewertung der Wirksamkeit des Kontrollumfelds sowie einzelner Kontrollen und schließt folgende Faktoren ein:

- Das Risiko eines Fehlers in einer der im Abschluss ausgewiesenen Positionen unter Berücksichtigung von Faktoren wie Wesentlichkeit und Fehleranfälligkeit dieser Position;
- Fehleranfälligkeit der Kontrolle unter Berücksichtigung von Faktoren wie Automatisierungsgrad, Komplexität, Risiko der Außerkraftsetzung durch das Management, Kompetenz der Mitarbeiter und Grad der erforderlichen subjektiven Beurteilung.

Diese Faktoren bestimmen in ihrer Gesamtheit Art und Umfang der Nachweise, die das Management benötigt, um zu beurteilen, ob das eingerichtete IKSRL wirksam ist oder nicht. Die Nachweise selbst ergeben sich entweder aus im normalen Geschäftsbetrieb verankerten Prozessen oder aus Prozessen, die speziell für die Beurteilung der Wirksamkeit des IKSRL aufgesetzt wurden. Daneben sind Informationen aus anderen Quellen eine wichtige Komponente der Managementbewertung, da sie dem Management Kontrollmängel aufzeigen oder die Kontrollergebnisse bestätigen können. Zu diesen Informationsquellen gehören:

- Berichte von Konzernrevision;
- Berichte zu Prüfungen, die von Aufsichtsbehörden oder in deren Auftrag durchgeführt wurden;
- Berichte externer Prüfer;
- Berichte, die in Auftrag gegeben wurden, um die Wirksamkeit von an Dritte ausgelagerten Prozessen zu beurteilen.

Die vom Management durchgeführte fokussierte Überprüfung, die Informationen aus anderen Quellen einbezieht, führt zu der Feststellung, dass das IKSRL angemessen aufgebaut und wirksam ist.

Zur Gewährleistung der Funktionalität des IKSRL erfolgt zusätzlich eine Aufbau- und Funktionsprüfung der Kontrollen im Rahmen regelmäßiger oder eigens zu diesem Zweck von der Konzernrevision durchgeführten risikoorientierten Prüfungen. Für alle von der Konzernrevision durchgeführten Prüfungen werden Berichte mit zusammengefassten Prüfungsergebnissen erstellt. Diese Berichte werden zusammen mit den Ergebnissen weiterer Prüfungshandlungen der Konzernrevision dem Management zur Kenntnisnahme vorgelegt, um dieses bei der jährlichen Beurteilung der operativen Funktionalität des IKSRL zu unterstützen.

Risikobericht

Risiko- und Kapitalmanagement

Vor dem Hintergrund der breit gefächerten Geschäftsaktivitäten des Konzerns ist es unerlässlich, Risiken effektiv zu identifizieren, zu messen, zu aggregieren und zu steuern sowie die verschiedenen Geschäftsaktivitäten angemessen mit Eigenkapital zu unterlegen. Die Bedeutung einer starken Fokussierung auf das Risikomanagement und der kontinuierliche Bedarf zur Weiterentwicklung der Risikomanagementpraxis wurden insbesondere während der Finanzmarktkrise deutlich. Obwohl das Risiko- und Kapitalmanagement der Deutschen Bank AG kontinuierlich weiterentwickelt und verbessert wird, kann es keine Garantie dafür geben, dass alle Marktentwicklungen, insbesondere der extremeren Art, jederzeit und in vollem Umfang vorhergesehen werden können.

Arten von Risiken

Die Deutsche Bank AG ist einer Vielzahl von Risiken ausgesetzt, darunter Kredit-, Markt-, operationellen, Liquiditäts-, Reputations- und allgemeinen Geschäftsrisiken.

Die Risiken der Deutschen Bank AG im Konzernverbund

Die Wirkung der beschriebenen Risiken auf die Deutsche Bank AG lässt sich nicht von den Auswirkungen auf die anderen rechtlich selbstständigen Einheiten der Deutschen Bank isolieren. Dafür sind folgende Gründe ausschlaggebend:

- Die interne Gliederung des Konzerns nach Konzernbereichen orientiert sich an den Kundenbedürfnissen, das heißt an den vom Markt vorgegebenen Rahmenbedingungen. Die externe rechtliche Gliederung hat sich an lokalrechtlichen Vorgaben zu orientieren und folgt daher nicht zwangsläufig der internen Struktur. Beispielsweise kann es von der lokalen Gesetzgebung abhängen, ob das Geschäft des Konzerns in einem Land von einer Filiale der Deutschen Bank AG oder einer selbstständigen Tochtergesellschaft geführt wird. Die Geschäftsleitung muss aber die Risiken des Geschäfts betrachten – unabhängig davon, ob es sich um eine Filiale oder eine Tochtergesellschaft handelt.
- Eine angemessene Risikoüberwachung und -steuerung erfordern die Kenntnis der Abhängigkeit der Ertragslage des Konzerns von der Entwicklung einzelner Risikofaktoren, das heißt der Bonität einzelner Kunden oder Wertpapieremittenten beziehungsweise der Änderung von Marktpreisen. Daher ist eine die rechtlichen Einheiten übergreifende Analyse der entsprechenden Geschäfte vorzunehmen. Insbesondere für das Kreditrisiko, das von einem Kreditnehmer ausgeht, ist es weitgehend unerheblich, ob sich das Kreditengagement gegenüber einem Unternehmen auf mehrere Konzerngesellschaften verteilt oder auf die Deutsche Bank AG konzentriert. Eine separate Betrachtung des nur die Deutsche Bank AG betreffenden Risikoanteils würde die Gefahr vernachlässigen, die im Fall der Insolvenz des Unternehmens auf den Konzern und damit indirekt auf die AG als Konzernmutter ausgeht.
- Zwischen den einzelnen Risikofaktoren bestehen zum Teil Abhängigkeiten, zum Teil sind sie unabhängig voneinander. Liegen Abschätzungen über Art und Ausmaß dieser Zusammenhänge vor, kann das Management des Konzerns durch Streuung der Geschäfte über Kundengruppen, Emittenten und Länder eine deutliche Senkung des Gesamtrisikos herbeiführen (Diversifikation). Diese Zusammenhänge zwischen den Risiken sind ebenfalls von den rechtlichen und divisionalen Strukturen des Konzerns unabhängig. Daher kann das Management die risikomindernden Diversifikationseffekte nur dann optimal ausnutzen, wenn es diese konzernweit und die rechtlichen Einheiten übergreifend steuert.

Risikomanagement der Deutschen Bank AG im Konzernverbund

Aus den dargelegten Gründen sind die Identifikation, Überwachung und Steuerung aller Risiken der Deutschen Bank AG in das konzernweite Risikomanagement integriert. Alle rechtlichen und bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften werden dabei auch von der Deutschen Bank AG eingehalten. Die ausführliche Darstellung des Risikomanagements im Konzernverbund ist dem Risikobericht im Konzern-Finanzbericht zu entnehmen.

Organisation des Risikomanagements

Der Vorstand gibt den Rahmen für das Risiko- und Kapitalmanagement des Konzerns vor. Der Chief Risk Officer, Mitglied des Vorstands, ist insbesondere für die Risikomanagementaktivitäten zu Kredit-, Markt-, operationellen, Liquiditäts-, Rechts-, Geschäfts- und Reputationsrisiken sowie das Kapitalmanagement im Konzern verantwortlich. Ferner leitet er die integrierte Legal, Risk & Capital-Funktion. Zwei funktionale Komitees sind von zentraler Bedeutung für die Legal, Risk & Capital-Funktion.

- Das Risk Executive Committee ist für die Steuerung und Kontrolle der zuvor genannten Risiken im Konzern zuständig. Um dieses Mandat zu erfüllen wird das Risk Executive Committee von Unterkomitees unterstützt, die für dedizierte Bereiche des Risikomanagements verantwortlich sind. Dazu gehören einige Komitees für Grundsätze und das Group Reputational Risk Committee.
- Die Verantwortlichkeiten des Capital and Risk Committee beinhalten die Risikoprofil- und Kapitalplanung, die Überwachung der Kapitaltragfähigkeit und die Optimierung der Refinanzierung.

Risikosteuerungsinstrumente

Zur Überwachung und Steuerung der Risiken wendet die Deutsche Bank ein umfassendes Instrumentarium an quantitativen Kenngrößen und Messinstrumenten an. Einige dieser Instrumente lassen sich auf mehrere Risikoarten anwenden, während andere auf die besonderen Merkmale bestimmter Risikokategorien zugeschnitten sind. Diese quantitativen Kenngrößen und Messinstrumente stellen unter anderem die folgenden Informationen bereit:

- Informationen, die eine Abhängigkeit des Marktwerts einzelner Positionen beziehungsweise Portfolios von Änderungen der Marktparameter beziffern (sogenannte Sensitivitätsanalysen);
- Informationen, die aggregierte Risiken unter Berücksichtigung gegenseitiger Abhängigkeiten und Korrelationen zwischen den einzelnen Risikoarten auf Basis statistischer Verfahren messen;
- Informationen, die Verlustrisiken aus extremen Bewegungen in Marktpreisen oder Kursänderungen (Krisensituationen) unter Verwendung von Szenarioanalysen quantifizieren.

Die Grundsätze und Risikolimits der Deutschen Bank beziehen sich auf diese quantitativen Steuerungsinstrumente und Kenngrößen über alle Konzernbereiche hinweg, um Risiken zielgerecht zu steuern.

Angaben zu Risikoarten

Die folgenden Abschnitte enthalten Ausführungen zu den einzelnen Risikoarten.

Kreditrisiko

Das Kreditrisiko entsteht im Zusammenhang mit Transaktionen, aus denen sich tatsächliche, eventuelle oder künftige Ansprüche gegenüber einem Geschäftspartner, Kreditnehmer oder Schuldner ergeben, und manifestiert sich, wenn diese ihre vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen. Alle Konzernbereiche der Deutschen Bank AG gehen Kreditrisiken ein. Das Kreditrisiko des Konzerns wird über das Risk Executive Committee und die für das Risikomanagement in den Konzernbereichen Verantwortlichen gesteuert.

Kreditrisiken werden unter anderem auch dann eingegangen, wenn die Bank hohe Zusagen mit der Absicht abgibt, einen Großteil der zugrunde liegenden Risiken an Dritte weiterzuverkaufen oder zu streuen. Diese Zusagen umfassen die Verpflichtung zur Finanzierung von Bankkrediten und die Bereitstellung von Überbrückungskrediten für die Emission öffentlicher Anleihen.

Das Kreditrisikoengagement umfasst nach unserer Definition alle Transaktionen, bei denen Verluste entstehen könnten, falls Geschäftspartner ihren vertraglichen Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Kreditlimite legen die Obergrenze für Kreditengagements fest, die wir für bestimmte Zeiträume einzugehen bereit sind. Sie beziehen sich auf Produkte, Konditionen des Engagements und andere Faktoren. Kreditlimite werden von der Kreditrisikomanagement-Funktion in Ausübung von erteilten Kreditgenehmigungskompetenzen eingerichtet. Eine anhaltende aktive Überwachung und Verwaltung der Kreditrisikopositionen ist integraler Bestandteil des Kreditrisikomanagements. Die Überwachung erfolgt vorwiegend durch die divisionalen Risikomanagementeinheiten in enger Kooperation mit der Portfolio Management-Funktion. Wir vereinbaren in Verträgen mit Kunden, die ein Kreditrisiko beinhalten, regelmäßig das Stellen von Sicherheiten. Diese Sicherheiten werden in Form von Vermögenswerten oder Drittverpflichtungen gestellt, die das inhärente Risiko von Kreditausfällen mindern, indem sie das Ausfallrisiko des Kreditnehmers abdecken oder bei Ausfällen die Rückflüsse optimieren. Während Sicherheiten eine alternative Rückzahlungsquelle bilden können, ersetzen sie nicht die Notwendigkeit hoher Standards im Kreditgeschäft.

Marktrisiko

Das Marktrisiko kann aus ungünstigen Veränderungen von Zinsen, Credit Spreads, Wechselkursen, Aktienkursen, Rohwarenpreisen und anderen relevanten Parametern wie zum Beispiel der Volatilität entstehen. Die Deutsche Bank geht Marktrisiken sowohl im Handelsbuch als auch im Bankbuch ein. Die Bank nutzt eine Kombination aus Risikosensitivitäten, Value-at-Risk, Stresstests und Messgrößen zum Ökonomischen Kapital, um Marktrisiken zu steuern und Limite zu setzen. Das Ökonomische Kapital ist eine Messgröße, mit der die Bank alle Marktrisiken sowohl in den Handels- als auch Nichthandelsportfolios beschreibt und aggregiert. Das handelsbuchbezogene Marktrisiko des Konzerns wird über das Risk Executive Committee und die für das Marktrisikomanagement in den Konzernbereichen Verantwortlichen gesteuert. Dabei kommt eine umfangreiche Risikolimitstruktur nach Geschäftsbereichen und Regionen zum Einsatz, die in ihren wesentlichen Teilen vom Market Risk Management festgelegt wird. Das Capital and Risk Committee überwacht unsere nicht handelsbuchbezogenen Marktrisikoaktivitäten und wird in dieser Funktion von dedizierten Teams unterstützt, die solche Risiken steuern.

Während der auf täglicher Basis bestimmte Value-at-Risk eine Prognose für potenzielle große Verluste unter normalen Marktbedingungen liefert, ist er kein adäquates Maß für die in Extremszenarien auftretenden Risiken unserer Portfolios. Daher führen wir auch regelmäßig Stresstests durch, bei denen die Handelsportfolios unter extremen Marktszenarien, die nicht durch das Konfidenzintervall des Value-at-Risk-Modells abgedeckt sind, bewertet werden.

Diese Stresstests bilden die Basis der Einschätzung des Ökonomischen Kapitalbedarfs zur Abdeckung von Marktrisiken der Positionen der Deutschen Bank. Die Entwicklung der Methodik des Ökonomischen Kapitals wird überwacht durch das Regulatory Capital Steering Committee, dessen Vorsitz der Chief Risk Officer innehat.

Wir entwickeln die diesen Stresstests zugrunde liegenden Szenarien aus historisch beobachteten extremen Schocks dieser Risikofaktoren, angereichert mit subjektiven Einschätzungen, wenn nur begrenzte historische Informationen zur Verfügung stehen oder wenn Marktentwicklungen so eingeschätzt werden, dass die historischen Informationen schlechte Indikatoren möglicher zukünftiger Entwicklungen darstellen. Während des Jahres 2009 wurden diese Schocks neu kalibriert, um die extremen Marktbewegungen zum Jahresende 2008 zu reflektieren. Dies beinhaltet die Verlängerung der Halteperiode von Kreditpositionen sowie eine erhebliche Verschärfung der Schocks auf Aktienindizes und Credit Spreads, insbesondere für Verbriefungspositionen.

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko bezeichnet den potenziellen Eintritt von Verlusten im Zusammenhang mit Mitarbeitern, vertraglichen Vereinbarungen und deren Dokumentation, Technologie, Versagen oder Zusammenbruch der Infrastruktur, externen Einflüssen und Kundenbeziehungen. Das Operational Risk Management ist eine unabhängige Risikomanagementfunktion der Deutschen Bank. Der Global Head of Operational Risk Management ist ein Mitglied im Risk Executive Committee und berichtet an den Chief Risk Officer. Das Operational Risk Management Committee, ein ständiger Unterausschuss des Risk Executive Committee, bildet das Hauptentscheidungsgremium für alle Fragen des operationellen Risikomanagements. Während das tägliche operationelle Risikomanagement in den Händen unserer Konzernbereiche und Infrastrukturfunktionen liegt, steuert das Operational Risk Management die divisions- und regionsübergreifenden operationellen Risiken und stellt eine konsistente Umsetzung der Risikomanagementstrategie für das operationelle Risiko im Konzern sicher. Dieses Business-Partnership-Modell führt zu einer engen Überwachung und zu einem hohen Bewusstsein für operationelle Risiken.

Wir steuern das operationelle Risiko auf Basis eines konzernweiten konsistenten Rahmenwerks, mit dem wir unser operationelles Risikoprofil im Vergleich zu unserer Risikoneigung bestimmen und operationelle Risiken systematisch identifizieren, um Maßnahmen wie auch Prioritäten zur Risikominderung definieren zu können. Wir berechnen und messen das operationelle Risiko mittels des Ökonomischen Kapitals, das für ökonomische und aufsichtsrechtliche Zwecke mittels unseres Advanced-Measurement-Approach-Kapitalmodells ermittelt wird. Das Ökonomische Kapital für operationelle Risiken wird dabei aus dem 99,98 %-Quantil abgeleitet, den Geschäftsbereichen zugeordnet und zur Performancemessung sowie Ressourcenallokation genutzt. Das operationelle Risiko des aufsichtsrechtlichen Kapitals errechnet sich weltweit in allen Geschäftsbereichen aus dem 99,9 %-Quantil.

Liquiditätsrisiko

Das Liquiditätsrisiko umschreibt das Risiko, dass die Bank möglicherweise nicht oder nur zu überhöhten Kosten in der Lage ist, ihre Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit zu erfüllen. Unsere Treasury-Funktion ist für das Liquiditätsrisikomanagement verantwortlich. Die Steuerung basiert auf einer Analyse aller zukünftigen Cashflows nach Geschäftsbereich, Produkt, Währung und Lokation. Der Steuerungsprozess beinhaltet die Überwachung und Limitierung aggregierter Mittelabflüsse und Mittelaufnahmen. Diversifikationseffekte und Kundenkonzentration werden beobachtet. Die Deutsche Bank verwendet Stresstests und Szenarioanalysen zur Untersuchung des Einflusses von plötzlich auftretenden Stressereignissen auf ihre Liquiditätsposition. Die Szenarien beruhen entweder auf historischen Ereignissen, Fallstudien von Liquiditätskrisen oder hypothetischen Modellen. Diese Szenarien beinhalten jetzt auch die neuen Treiber des Liquiditätsrisikos, die sich in der letzten Finanzmarktkrise ergeben haben: verlängerte Dysfunktionalität des Geldmarkts, Ablehnung von Sicherheiten, fehlende Fungibilität von Währungen, nicht absetzbare Syndizierungen, systemische Dominoeffekte und weitere Liquiditätsrisikotreiber, zum Beispiel das untertägige Liquiditätsrisiko.

Reputationsrisiko

Für die Risikomanagementprozesse wird das Reputationsrisiko als die Gefahr definiert, dass durch die öffentliche Berichterstattung über eine Transaktion, einen Geschäftspartner oder eine Geschäftspraxis, an der ein Kunde beteiligt ist, das Vertrauen in die Deutsche Bank negativ beeinflusst wird. Das Group Reputational Risk Committee ist ein ständiges Unterkomitee des Risk Executive Committee und wird vom Chief Risk Officer geleitet. Es prüft und entscheidet endgültig alle das Reputationsrisiko betreffenden Fragen, deren Eskalation von der Geschäftsleitung und dem Regional Management als notwendig erachtet wird oder aufgrund anderer Konzernrichtlinien und -verfahren erforderlich ist.

Allgemeines Geschäftsrisiko

Das allgemeine Geschäftsrisiko bezeichnet die Risiken, die durch veränderte Rahmenbedingungen entstehen. Dazu gehören beispielsweise das Marktumfeld, das Kundenverhalten und der technische Fortschritt. Wenn die Deutsche Bank sich nicht rechtzeitig auf die veränderten Bedingungen einstellt, können diese Risiken die Ertragslage beeinträchtigen.

Von der Bankaufsicht vorgeschriebene Kenngrößen

Mit dem Inkrafttreten der 7. KWG-Novelle Anfang 2007 hat die Bank von der Möglichkeit des § 2a Absatz 6 KWG Gebrauch gemacht, auf eine Solvabilitätsberechnung und Gewährleistung anderer aufsichtsrechtlicher Auflagen auf Einzelinstitutsebene zu verzichten. Die aufsichtsrechtliche Beurteilung der Solvabilität (auch als Kapitaladäquanz bezeichnet) und damit der Risikotragfähigkeit erfolgt auf Ebene des Deutsche Bank-Konzerns. Seit 2008 veröffentlicht die Deutsche Bank Kapitalquoten auf Konzernebene gemäß KWG und Solvabilitätsverordnung, durch die das überarbeitete Kapitalregelwerk des Baseler Ausschusses von 2004 („Basel II“) in Deutschland umgesetzt wurde. Die Kapitalquoten repräsentieren die maßgeblichen Kenngrößen zur Beurteilung der Kapitaladäquanz und werden als aufsichtsrechtliches Eigenkapital geteilt durch risikogewichtete Aktiva (auch „RWA“) definiert.

Risikogewichtete Aktiva

Die risikogewichteten Aktiva geben das nach bankaufsichtsrechtlichen Vorschriften ermittelte Risiko an, bestehend aus Kredit-, Markt- und operationellen Risiken. Bei der Berechnung der RWA verwendet der Konzern für alle drei Risikoarten interne von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) genehmigte Modelle. Mehr als 90 % der Engagements des Konzerns, die sich auf bilanzwirksame und bilanzunwirksame Kreditrisiken beziehen, werden mithilfe interner Ratingmodelle im Rahmen des sogenannten fortgeschrittenen Internal Ratings Based Approach („Advanced IRBA“) bewertet. Die Marktrisikokomponente des Konzerns ist ein Mehrfaches des ermittelten Value-at-Risk, der für aufsichtsrechtliche Zwecke auf Grundlage von internen Modellen berechnet wird. Für die Ermittlung des operationellen Risikos wendet der Konzern den fortgeschrittenen Messansatz (Advanced Measurement Approach, auch „AMA“) an.

Die folgende Tabelle zeigt die RWA für die Deutsche Bank-Gruppe.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Kreditrisiko	217.003	247.611
Marktrisiko ¹	24.880	23.496
Operationelles Risiko	31.593	36.625
RWA insgesamt	273.476	307.732

1 Ein Vielfaches des Value-at-Risk des Konzerns, mit einem Konfidenzniveau von 99 % und einer Haltedauer von 10 Tagen.

Eigenmittel

Das aufsichtsrechtliche Kapital einer Bank, auch Eigenmittel genannt, wird in drei Komponenten unterteilt: Tier-1-Kapital, Tier-2-Kapital und Tier-3-Kapital. Die Summe aus Tier-1-Kapital und Tier-2-Kapital wird auch haftendes Eigenkapital genannt. Das aufsichtsrechtliche Eigenkapital setzt sich für die Deutsche Bank-Institutgruppe wie folgt zusammen.

in Mio € (sofern nicht anders angegeben)	31.12.2009	31.12.2008
Tier-1-Kapital	34.406	31.094
davon: Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente	23.790	21.472
Tier-2-Kapital	3.523	6.302
Tier-3-Kapital	–	–
Aufsichtsrechtliches Eigenkapital insgesamt	37.929	37.396
Tier-1-Kapitalquote	12,6 %	10,1 %
Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente	8,7 %	7,0 %
Gesamtkapitalquote	13,9 %	12,2 %

Mit einer Gesamtkapitalquote von 13,9 % am 31. Dezember 2009 lag der Deutsche Bank-Konzern deutlich über der aufsichtsrechtlich geforderten Mindestquote von 8 %.

Das Tier-1-Kapital des Konzerns lag am 31. Dezember 2009 bei 34,4 Mrd € und am 31. Dezember 2008 bei 31,1 Mrd €. Die Tier-1-Kapitalquote betrug 12,6 % am 31. Dezember 2009 und 10,1 % am 31. Dezember 2008, mit beiden Werten über dem Ziel des Konzerns von 10 %. Das Tier-1-Kapital ohne Hybridinstrumente belief sich auf 23,8 Mrd € am 31. Dezember 2009 und 21,5 Mrd € am 31. Dezember 2008. Daraus resultiert eine Tier-1-Kapitalquote ohne Hybridinstrumente von 8,7 % beziehungsweise 7,0 %.

Das Tier-2-Kapital des Konzerns lag am 31. Dezember 2009 bei 3,5 Mrd € und am 31. Dezember 2008 bei 6,3 Mrd €. Dies entspricht 10 % beziehungsweise 20 % des Tier-1-Kapitals.

Basel II verlangt den Abzug des Goodwill vom Tier-1-Kapital. Für eine Übergangszeit ist es jedoch gemäß § 64h Absatz 3 KWG zulässig, bestimmte Goodwillkomponenten teilweise in das Tier-1-Kapital einzubeziehen. Solche Goodwillkomponenten sind zwar nicht im vorgenannten aufsichtsrechtlichen Eigenkapital und in den Kapitaladäquanzquoten enthalten, die Bank nutzt diese Übergangsregelung jedoch für die Meldung ihrer Kapitaladäquanzquoten an die deutschen Aufsichtsbehörden.

Am 31. Dezember 2009 betrug der Übergangsposten 462 Mio €. Für aufsichtsrechtliche Meldezwecke in Deutschland wurden das Tier-1-Kapital, das aufsichtsrechtliche Eigenkapital und die risikogewichteten Aktiva um diesen Betrag erhöht. Dementsprechend beliefen sich am 31. Dezember 2009 die Tier-1-Kapitalquote und Gesamtkapitalquote des Konzerns, die an die deutschen Aufsichtsbehörden gemeldet wurden, unter Berücksichtigung dieses Postens auf 12,7 % beziehungsweise 14,0 %.

Die Nichteinhaltung der Mindestkapitalanforderungen kann Verfügungen und weitere Maßnahmen seitens der BaFin nach sich ziehen, wie beispielsweise Dividendenzahlungen sowie andere Gewinnausschüttungen auf das aufsichtsrechtliche Eigenkapital zu reduzieren oder auszusetzen. Diese könnten erhebliche Auswirkungen auf die Geschäftsaktivitäten des Konzerns haben. Der Deutsche Bank-Konzern hat 2009 die aufsichtsrechtlichen Kapitaladäquanzvorschriften eingehalten.

Ausblick

Die Weltwirtschaft

Die Aussichten für die Weltwirtschaft haben sich in den letzten Monaten beträchtlich verbessert. In den USA, Lateinamerika und den asiatischen Schwellenländern lassen die kurzfristigen Konjunkturindikatoren eine deutlich positivere Entwicklung erwarten. In Japan und Europa verläuft die Erholung jedoch weniger dynamisch. Nach dem schweren Einbruch in 2009 sollte die Weltwirtschaft in diesem Jahr bei anhaltend starker Unterstützung durch die Geld- und Fiskalpolitik um knapp 4 % wachsen. Das Wachstum wird sich 2011 auch bei einem Nachlassen staatlicher Konjunkturmaßnahmen voraussichtlich nur unwesentlich verlangsamen. Die Wachstumsraten der einzelnen Regionen dürften allerdings deutlich unterschiedlich ausfallen, wie nachfolgend dargelegt.

Die US-amerikanische Wirtschaft hat im dritten Quartal des letzten Jahres die Talsohle der Rezession durchschritten. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresverlauf sinken und somit den privaten Konsum stützen. Die wieder steigenden Preise für Wohnimmobilien lassen erwarten, dass Wohnungsbauinvestitionen in 2010 erstmals seit vier Jahren wieder zunehmen. Die expansive Fiskalpolitik dürfte die Konjunktur insbesondere im ersten Halbjahr 2010 weiterhin stützen. Insgesamt ist zu erwarten, dass sich die US-Wirtschaft vergleichsweise dynamisch erholt und nach einem Rückgang um 2,4 % in 2009 in diesem Jahr ein Wachstum von durchschnittlich rund 3,75 % erreicht. Ohne Begünstigung durch sinkende Energiepreise könnte die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt voraussichtlich auf 2 % steigen. Der Anstieg der Kerninflationsrate dürfte aber aufgrund der Unterauslastung der Kapazitäten auf 1,5 % begrenzt bleiben. Dies bedeutet, dass die US-Notenbank bei der Verringerung monetärer Impulse wohl ohne Druck agieren kann.

In den asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländern konnten die Regierungen dank ihrer vergleichsweise günstigen fiskalischen Ausgangslage entschlossen auf die Finanzkrise reagieren. Das trifft insbesondere auf China zu, von dessen Wachstumsdynamik die asiatischen Nachbarländer stark profitieren. China wird im laufenden Jahr voraussichtlich ein Wirtschaftswachstum von rund 9 % erzielen. In Asien dürfte sich das Wachstum von 5,5 % in 2009 auf 7,75 % in 2010 beschleunigen. Es ist damit zu rechnen, dass Lateinamerika nach dem Rückgang im letzten Jahr wieder um rund 3,75 % wachsen wird. In Osteuropa verläuft die Erholung langsamer. Nach einem Einbruch von rund 5,5 % dürfte die Region in diesem Jahr ein Wachstum von 2,5 % erzielen.

Die Wirtschaft des Euroraums hat im dritten Quartal des letzten Jahres die Rezession überwunden. Allerdings lassen die aktuellen Frühindikatoren darauf schließen, dass die Erholung in diesem Jahr schwächer verlaufen wird als in den USA. Trotz weiterer fiskalischer Entlastungen dürfte ein Anstieg der Arbeitslosenquote auf knapp 10,5 % in Verbindung mit nur geringen Lohnzuwächsen den privaten Konsum dämpfen. Der deutliche Anstieg der Lohnstückkosten in 2009 könnte zusammen mit einer Aufwertung des Euro den Export belasten. Die Investitionstätigkeit wird durch die deutliche Unterauslastung der Kapazitäten gedrückt. Insgesamt dürfte das BIP des Euroraums in 2010 nach einem Rückgang von rund 4 % im vergangenen Jahr um 1,5 % steigen. In Ländern wie Spanien, Irland und Griechenland, die vor besonderen strukturellen Anpassungen stehen, wird die Wirtschaftsleistung 2010 vermutlich erneut sinken. Die Defizite der öffentlichen Haushalte dürften infolge staatlicher Konjunkturprogramme und rückläufiger Einnahmen 2010 zunehmen. Aufgrund höherer Energiepreise könnte die Gesamtinflation im Jahresdurchschnitt auf 1,25 % steigen. Da die Kerninflationsrate voraussichtlich unter 1 % sinken wird, würde seitens der EZB kein unmittelbarer Handlungsbedarf bestehen, sodass die Geldpolitik in der Eurozone weiterhin expansiv bleiben dürfte.

Nach dem überdurchschnittlich starken Konjunkturrückgang im vergangenen Jahr ist in Deutschland für 2010 mit einem Wirtschaftswachstum von etwa 2 % zu rechnen. Die Arbeitslosenquote wird sich dank der verlängerten Förderung der Kurzarbeit auch im laufenden Jahr voraussichtlich nur leicht auf 8,5 % erhöhen. Zusammen mit steuerlichen Entlastungen der privaten Haushalte dürfte dies den privaten Konsum stützen. Die Exporte werden 2010 nach einem Einbruch um 20 % im vergangenen Jahr voraussichtlich um 7,5 % steigen. Die Investitionstätigkeit dürfte sich nicht zuletzt aufgrund öffentlicher Bauinvestitionen stabilisieren. Allerdings könnte die wirtschaftliche Dynamik im Jahresverlauf an Schwung verlieren und damit zu einer leichten Verlangsamung des Wachstums in 2011 führen.

Risiken für die Weltwirtschaft könnten sich aus der bedenklichen Situation der Geld- und Fiskalpolitik infolge der Krise ergeben. Ein reibungsloser Ausstieg aus der stark expansiven Politik wäre zwar wünschenswert, um Inflationsrisiken zu begegnen, stellt allerdings eine große Herausforderung dar, solange große Unsicherheiten über die zugrunde liegende wirtschaftliche Situation und die Reaktionen der Märkte auf konkrete Ausstiegsmaßnahmen bestehen. Die Kreditwürdigkeit einzelner Staaten könnte 2010 zu einem wichtigen Thema werden, sollte es den Regierungen nicht gelingen, die Finanzmärkte zu überzeugen, dass sie ihre Staatshaushalte langfristig stabilisieren und die Maßnahmen zur Konjunkturbelebung weiterhin finanzieren können. In China und einigen anderen Schwellenländern besteht die Gefahr, dass die staatlichen Konjunkturprogramme über das Ziel hinausschießen und zu Preisblasen im Immobiliensektor, aber auch zu einer generellen Beschleunigung der Inflation führen. Diese Faktoren könnten Verwerfungen an den Finanzmärkten zur Folge haben, die wiederum das Tempo der weltweiten Konjunkturerholung in den nächsten beiden Jahren schwächen würden.

Die Bankenbranche

Die Bankenbranche dürfte 2010 und 2011 allmählich zu einer gewissen Normalität zurückkehren, allerdings in einem grundlegend veränderten aufsichtsrechtlichen Umfeld, mit neuen Marktstrukturen und geänderten Anlegerpräferenzen.

Die Banken haben die Verluste aus den Marktverwerfungen und Wertberichtigungen während der Finanzkrise größtenteils verkraftet. Die Verluste aus dem traditionellen Kreditgeschäft, die 2009 in Europa wie auch in den USA Rekordstände erreicht hatten, dürften zunächst hoch bleiben und erst im Laufe der nächsten beiden Jahre deutlich zurückgehen. Die Erträge im Investment Banking könnten unter Druck geraten, wenn Regierungen und Notenbanken ihre beispiellosen Stützungsmaßnahmen schrittweise zurücknehmen. Bei der Emission von Unternehmens- und Staatsanleihen kann das hohe Niveau des Jahres 2009 wohl nicht auf Dauer gehalten werden. Im Vergleich zum Jahresdurchschnitt 2009 dürften die Margen an den Finanzmärkten zurückgehen. Bei einer hinreichenden Stabilisierung der Wirtschaft sollte die Nachfrage der Unternehmen nach M&A-Beratungsleistungen und dem zugehörigen Emissionsgeschäft zunehmen, die in 2009 einen zyklischen Tiefpunkt erreicht hatte. Die Vorschläge für eine stärkere Regulierung dürften in den kommenden Jahren die Erträge im Investment Banking negativ beeinflussen.

Auch im Kreditgeschäft scheinen die Wachstumsaussichten begrenzt. Nachdem in den Jahren vor der Finanzkrise das Verschuldungsniveau der privaten Haushalte stark gestiegen war, wird nun der in einigen Ländern begonnene Entschuldungsprozess – der vor dem Hintergrund gestiegener Arbeitslosigkeit sogar noch dringlicher wird – voraussichtlich auf Jahre hinaus für eine relativ schwache Nachfrage der Privatkunden nach Bankkrediten sorgen. Aufgrund immer noch erheblicher unausgelasteter Kapazitäten in vielen Industrie-sektoren dürfte die Kreditnachfrage von Unternehmen dies nicht kompensieren können.

Bei der Vermögensverwaltung wird eine Fortsetzung der jüngsten positiven Entwicklung davon abhängen, ob das relativ freundliche Kapitalmarktumfeld anhält. Angesichts der zuletzt wieder gewachsenen Unsicherheit hat sich die im Frühjahr 2009 begonnene Erholung allerdings verlangsamt. Darüber hinaus dürfte das Anlagemanagement weiter vom langfristigen Trend hin zu privaten Altersvorsorgeprodukten, einer besseren Gesundheitsvorsorge und höheren Bildungsaufwendungen profitieren, wobei der Wettbewerb mit Anbietern innerhalb und außerhalb der Branche intensiv bleiben dürfte.

Die Bankenbranche dürfte auch weiterhin im Mittelpunkt aufsichtsrechtlicher Diskussionen stehen, da Regierungen und Aufsichtsbehörden eine Wiederholung der Finanzkrise zu verhindern suchen. Entsprechende Diskussionen laufen und in einigen Fällen wurden bereits konkrete Vorschläge unterbreitet. Der Fokus dieser Überlegungen dürfte dabei auf den folgenden Themen liegen: Angemessenheit und Qualität der Kapitalausstattung, insgesamt und in Bezug auf spezifische Aktivitäten im Handelsbuch; Verhältnis von Eigenkapital zur Bilanzsumme; Liquidität und Refinanzierung, einschließlich der Quantität und Qualität der Refinanzierungsbasis von Banken; Aktivitäten in spezifischen Geschäftsfeldern, darunter Eigenhandel und internes Private-Equity-Geschäft sowie Hedgefondsaktivitäten; Handel mit und Abwicklung von derivativen Finanzinstrumenten; spezifische Steuern oder Abgaben auf Gewinne oder Vermögenswerte sowie erhöhte Governanceanforderungen an die Managementvergütung bei Banken. Ein Großteil der Maßnahmen wird derzeit noch diskutiert. Eine endgültige Version der meisten unterbreiteten Vorschläge ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Berichts noch nicht bekannt und darüber hinaus auch schwer vorhersehbar. Obwohl

viele der Änderungen voraussichtlich in nächster Zeit noch nicht offiziell umgesetzt werden, dürften Banken frühzeitig Maßnahmen einleiten, um mögliche neue Vorschriften einzuhalten.

Die Deutsche Bank

Die Deutsche Bank AG als Muttergesellschaft des Konzerns bestimmt die Strategie und Planung der Konzernbereiche. Sie partizipiert an den Ergebnissen der Konzernbereiche durch eigene Geschäftsaktivitäten und Ausschüttungen von Tochtergesellschaften. Daher umfasst der nachfolgende Ausblick alle Konzernbereiche und ist nicht auf die Muttergesellschaft beschränkt.

Im Jahresverlauf 2009 hat die Deutsche Bank die Eckpunkte der vierten Phase ihrer 2002 eingeleiteten Management Agenda definiert. Die Phase 4 legt die strategischen Ziele der Deutschen Bank für die Ära nach der Krise fest und berücksichtigt dabei die sich verändernden Prioritäten im Wettbewerbs-, Markt- und aufsichtsrechtlichen Umfeld ebenso wie die Stärken, die wir während der Finanzkrise gezeigt haben und die uns Ansatzpunkte und Chancen für unseren weiteren Erfolg eröffnen. Die Phase 4 unserer Management Agenda enthält die folgenden vier strategischen Elemente:

- Steigerung der Profitabilität im Konzernbereich Corporate and Investment Bank (CIB) bei anhaltender Risiko- und Bilanzdisziplin,
- Fokussierung auf unsere Kerngeschäftsfelder in Private Clients and Asset Management (PCAM) sowie Ausbau unserer führenden Stellung im Heimatmarkt,
- Fokussierung auf Asien als wichtigen Treiber für Ertragswachstum,
- Neubelebung unserer Leistungsorientierung.

Vor dem Hintergrund eines verbesserten, doch nach wie vor unsicheren Umfelds hat der Vorstand der Deutschen Bank eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um eine gute Aufstellung der Bank sicherzustellen, wenn die Wirtschaft die Rezession hinter sich gelassen hat und sich daraus Geschäftsmöglichkeiten ergeben. Insbesondere in den Geschäftsbereichen von CIB haben wir nicht nur die Bilanzsumme reduziert, sondern auch Risiken in wichtigen Geschäftsfeldern abgebaut und gleichzeitig die Profitabilität und Ergebnisqualität gesteigert. Im Konzernbereich PCAM haben wir unsere Marktposition gefestigt, um uns als unangefochtener Marktführer in unserem Heimatmarkt positionieren zu können, und unsere Plattform dem veränderten Umfeld angepasst. Wir haben unser Engagement in Asien erhöht, wo wir in all unseren Kerngeschäftsfeldern bereits gut positioniert waren. Ebenso wollen wir unsere Kultur der Leistungsorientierung und Verantwortung neu beleben, die die Bedeutung von Kostendisziplin, effizienter Infrastruktur und klarer Verantwortung widerspiegelt.

Das sich verändernde Wettbewerbsumfeld und neue aufsichtsrechtliche Entwicklungen werden die Deutsche Bank weiterhin beeinflussen. Die nach der Krise zu beobachtende „Flucht in Qualität“ bietet der Deutschen Bank die Möglichkeit, Marktanteile zu gewinnen. Gleichzeitig sind wir uns des unsicheren aufsichtsrechtlichen Umfelds bewusst. Wie oben erwähnt, dürften insbesondere die Kapitalanforderungen steigen und die aufsichtsrechtlichen Kontrollen von Risiko- und Liquiditätsmanagementfähigkeiten verschärft werden. Das Kapital- und Risikomanagement sowie die Bilanzeffizienz dürften eine zunehmend wichtigere Rolle als Differenzierungsfaktor im Wettbewerb für die Deutsche Bank spielen. Die Deutsche Bank hat

darüber hinaus ihr Vergütungsmodell überarbeitet und dabei die Richtlinien sowohl der Regierungen der G-20-Staaten wie auch von Regulierungsbehörden, einschließlich der Federal Reserve, der FSA und der BaFin, berücksichtigt.

Die erfolgreiche Umsetzung der Ziele dieser Phase unserer Management Agenda hängt von bestimmten Faktoren hinsichtlich des Wettbewerbsumfelds ab. Darunter sind ein Ausbleiben weiterer größerer Marktverwerfungen, eine Normalisierung der Bewertung von Vermögenswerten, ein hohes einstelliges Wachstum des globalen Provisionsaufkommens, eine Stabilisierung der Margen auf höherem Niveau als vor der Krise und ein leichtes, aber positives Wachstum des globalen BIP von mindestens 2 % innerhalb der kommenden zwei Jahre zu nennen. Auf der Grundlage dieser Annahmen kann der Deutsche Bank-Konzern in seinen Kerngeschäftsfeldern (ohne Berücksichtigung von Corporate Investments und Consolidations & Adjustments) ein Ergebnis vor Steuern von 10 Mrd € erreichen. Dies würde einer Eigenkapitalrendite vor Steuern (basierend auf dem durchschnittlichen Active Equity) von 25 % über diesen Zeitraum entsprechen. Wir erwarten daher auch für die Muttergesellschaft eine positive Ertragsentwicklung. Nachfolgend werden die Auswirkungen auf unsere Geschäftsbereiche im Einzelnen erläutert.

Corporate and Investment Banking

Das Umfeld für das Investment-Banking-Geschäft dürfte sich in 2010 uneinheitlich präsentieren. Die Kapitalmärkte sollten weiterhin eine höhere Liquidität und geringere Volatilität aufweisen als während der Krise. Trotz Unsicherheit über das Ausmaß der wirtschaftlichen Erholung wird für 2010 mit einer weiteren Steigerung des Provisionsaufkommens in Corporate Finance gerechnet. Die Handelsvolumina werden voraussichtlich stabil bleiben. Die Margen dürften sich auf einem höheren Niveau als vor der Finanzkrise konsolidieren, die zu Jahresbeginn 2009 beobachteten Höchstwerte allerdings nicht mehr erreichen. Die kundenbezogenen Geschäftsfelder sollten bei fortgesetzter wirtschaftlicher Erholung und zurückkehrendem Vertrauen der Anleger wachsen können. Der vorher beschriebene Ausblick auf mögliche aufsichtsrechtliche Veränderungen, insbesondere in Bezug auf die Handelsaktivitäten, könnte sich negativ auf Risikoneigung und Erträge auswirken.

Im Bereich Sales & Trading sollten sich die Erträge im kundenbezogenen Geschäft, unter anderem mit Devisen-, Geldmarkt- und Zinsprodukten, auf einem niedrigeren Niveau einpendeln als auf dem Höhepunkt der Krise. Ursächlich hierfür sind geringere Geld-Brief-Spannen, eine verringerte Volatilität und gesunkene Volumina. Dieser Effekt dürfte allerdings durch den Wegfall von negativen Marktwertanpassungen und Verlusten auf Altbestände in 2009 sowie durch Geschäftswachstum kompensiert werden. Wir erwarten hohe Erträge dank unserer führenden Marktposition im kundenbezogenen Geschäft bei diesen Produkten, einer erfolgreichen Neuorientierung unserer Handelsaktivitäten mit Kreditprodukten und Aktienderivaten hin zu liquiderem kundenbezogenem Geschäft sowie dank unserer früheren Investitionen in das Anleihegeschäft in Schwellenländern, den Rohstoffhandel und das Aktienkassageschäft. Als Folge der Finanzkrise haben wir den designierten Eigenhandel mit Kreditprodukten eingestellt und den mit Aktien erheblich reduziert. Daher sollten, auch wenn die Auswirkungen aufsichtsrechtlicher Anforderungen an den Eigenhandel noch nicht bekannt sind, eventuelle Beschränkungen des Eigenhandels keine wesentlichen Auswirkungen auf unsere Erträge im Bereich Sales & Trading in 2010 haben.

Mit zunehmender wirtschaftlicher Erholung dürfte sich auch das Umfeld für Unternehmensfinanzierungen stabilisieren. Der Anstieg des Provisionsaufkommens wird von höheren Volumina bei den Aktienemissionen angeführt, da Unternehmen weiter ihre Bilanzen umbauen und über Börsengänge neues Kapital aufnehmen beziehungsweise, im Fall von Finanzinstituten, auf aufsichtsrechtliche Veränderungen reagieren. Generell dürfte die Nachfrage nach Rekapitalisierungshilfen und Restrukturierungsberatung hoch bleiben. Auf den Anleihemärkten sollten die Volumina sowohl bei Investment-Grade- als auch bei High-Yield-Anleihen voraussichtlich zumindest in der ersten Jahreshälfte stabil bleiben, da die Emittenten ein weiterhin niedriges Zinsniveau und verbesserte Margen nutzen. M&A-Aktivitäten befinden sich angesichts der Neuausrichtung von Unternehmen nach der Krise noch im frühen Stadium einer zyklischen Erholung; die Volumina werden sich voraussichtlich aber gegenüber 2009 erhöhen. Die Aktivitäten im Geschäft mit gewerblichen Immobilien dürften hinter dem übrigen Markt zurückbleiben, sollten mit einer zunehmenden Stabilisierung und Verbesserung der Bewertungen jedoch wieder anziehen.

Der Ausblick für das Transaction Banking wird 2010 voraussichtlich durch negative wie positive Faktoren beeinflusst. Das extrem niedrige Zinsniveau, das die Märkte in 2009 geprägt hatte, dürfte die Zinserträge auch mittelfristig weiter belasten, während eine vergleichsweise langsame wirtschaftliche Erholung im Euro-Raum und auf anderen wichtigen Märkten die Wachstumschancen im Bereich Trade Finance möglicherweise einschränken könnte. Eine Abschwächung des Euro könnte dem Transaction Banking zugutekommen, da Exporte aus der Eurozone angekurbelt würden. Die Wachstumsdynamik in Asien, die Stabilisierung der US-amerikanischen Wirtschaft und eine mögliche Erhöhung der Zinsen in den USA würden den Ausblick für die Erträge positiv beeinflussen.

Das beschriebene schwierige Marktumfeld dürfte sich ebenfalls auf unseren Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB) auswirken. Dank des anhaltenden profitablen Wachstums und der Ausweitung der Kundenbasis in den vergangenen Jahren sowie der führenden Position des Bereichs in wichtigen Märkten ist GTB gut aufgestellt, um auch unter schwierigen Marktbedingungen neue Kunden zu gewinnen. Darüber hinaus ist der Bereich gut positioniert, um von einer Expansion in neue Märkte und einer stärkeren Durchdringung des Kundenstamms in bestehenden Kernmärkten zu profitieren. Die Übernahme von Teilen des Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO in den Niederlanden würde die Position von GTB in Europa weiter stärken, da der Bereich seine Kundenbetreuung intensivieren und komplementäre Produkte anbieten könnte. Zusätzlich kann GTB zu kleineren mittelständischen Unternehmen vordringen und auf bestehende Technologien zurückgreifen, um seine Angebotspalette auszuweiten. Auch die Entwicklungen im Produktangebot von GTB wie beispielsweise Supply Chain Finance und „FX4Cash“ (eine Plattform für den währungsübergreifenden Massenzahlungsverkehr) wirken sich positiv auf den Ausblick aus.

Private Clients and Asset Management

Der Ausblick für das Vermögensverwaltungsgeschäft wird 2010 durch verschiedene Faktoren beeinflusst. Die einsetzende Erholung der Aktienmärkte im Jahresverlauf 2009 und das 2010 wiederkehrende weltweite Wirtschaftswachstum dürften zu einer Zunahme der Erträge aus erfolgs- und volumenabhängigen Provisionen beitragen. Das Bestreben der Marktteilnehmer, die Verluste der vergangenen Jahre wieder wettzumachen, dürfte das Anlegerinteresse an Multi-Asset-Produkten, alternativen Anlagen und Aktienprodukten stimulieren. Ferner sollten die ersten Anzeichen einer umfassenden Erholung des Immobilienmarkts die Aussichten für alternative Anlagen verbessern. Langfristige Trends, einschließlich der Verschiebung von der Abhängigkeit von staatlichen Rentenversicherungssystemen hin zu privat finanzierter Altersvorsorge, der demografische Wandel in den entwickelten Volkswirtschaften und der steigende Wohlstand in Schwellenländern werden sich ebenfalls positiv auf die Erträge auswirken und neue Möglichkeiten für Vermögensanlagen schaffen. Allerdings könnten die Erträge kurzfristig unter Druck geraten, falls die Märkte wieder volatil werden oder die Flucht der Kunden in liquide Mittel oder einfachere Produkte mit niedrigen Provisionserträgen anhält.

Der Unternehmensbereich Asset and Wealth Management (AWM) der Deutschen Bank ist auch weiterhin ein führender und gut diversifizierter Dienstleister mit globaler Präsenz, der dank seiner starken Position von den genannten Marktindikatoren profitieren sollte. Der Geschäftsbereich Asset Management (AM) hat mit seiner 2008 begonnenen und 2009 fortgesetzten Restrukturierung der Geschäftsplattform sowie seinen Bemühungen um Kosteneffizienz und Umsatzrentabilität seine Fähigkeit gestärkt, die verbesserte Kapitalmarktlage und das Wirtschaftswachstum zu nutzen und das Risiko von Schwankungen an den Märkten beziehungsweise eines verstärkten Anlegerinteresses an Rentenfonds und anderen Produkten mit niedrigen Provisionserträgen aufzufangen. Darüber hinaus ist der Geschäftsbereich AM gut aufgestellt, um von den vorgenannten langfristigen Branchentrends profitieren zu können.

Im Geschäftsbereich Private Wealth Management (PWM) könnten die Invested Assets mit einer Markterholung, einer Zunahme der Nettomittelzuflüsse in Asien und einem weiteren Anstieg des Marktanteils in den USA wachsen. Auch im Fall einer Schwankungen unterworfenen Markterholung und bei zeitweise rückläufigen Entwicklungen könnten die Erträge von einer kurzfristigen Zunahme der Kundentransaktionen profitieren.

Der jüngste Trend im Kundenverhalten hin zu einfacheren Produkten mit niedrigeren Provisionserträgen und zu Produkten mit Kapitalgarantien wird sich im Zeitverlauf voraussichtlich umkehren. Gleichzeitig dürfte die Einführung des dynamischen Vermögensallokationsmodells von PWM zu einer Verlagerung hin zu Vermögensverwaltungsmandaten führen. Anlagethemen wie Rohstoffe und die wachsende Nachfrage der Anleger nach alternativen Investments dürften die Bewertung globaler Vermögenswerte stützen. Obwohl diese Entwicklungen PWM gute Chancen bieten, seine Bruttomargen im Verlauf dieses Jahres und darüber hinaus zu verbessern, dürfte auf den Onshore-Märkten und in den etablierten Marktregionen der Druck auf die Bruttomargen weiter anhalten. Die 2009 eingeleiteten Maßnahmen zur Kostensenkung und Produktivitätssteigerung sollten zu einer Verbesserung der Aufwand-Ertrag-Relation führen. Der Abschluss des Erwerbs von Sal. Oppenheim im ersten Quartal 2010 und die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Integration dieses Geschäfts könnten die Bank kurzfristig beeinflussen.

PWM sollte eine Diversifizierung seiner Ertragsquellen durch anhaltende Fokussierung auf das Segment der sehr vermögenden Kunden sowie die Bereitstellung erstklassiger Dienstleistungen über integrierte Produktplattformen und -angebote mit dem Unternehmensbereich CIB für bestehende und neue Kundenbeziehungen erreichen. Änderungen des aufsichtsrechtlichen Umfelds für Banken und die Unsicherheiten in Bezug auf Offshore-Banking-Modelle könnten in Anbetracht der jüngsten politischen Diskussionen die Geschäftsaussichten von PWM beeinträchtigen.

Das Produkt- und Leistungsangebot im Privat- und Firmenkundengeschäft basiert auf einem soliden Geschäftsmodell mit einer führenden Stellung auf unserem Heimatmarkt Deutschland, einer guten Positionierung auf anderen wichtigen europäischen Märkten und Wachstumsoptionen in den asiatischen Kernmärkten. Dank unserer hervorragenden Angebotspalette im Beratungsgeschäft sollten wir in Deutschland durch Kundenakquisition, eine Stärkung unseres Vertriebs durch Einstellung hoch qualifizierter Mitarbeiter und eine gezielte Erweiterung unseres Geschäftsstellennetzes Marktanteile gewinnen können. Unsere Zusammenarbeit mit der Deutschen Postbank eröffnet uns weitere Möglichkeiten, uns als führender Anbieter in Deutschland zu positionieren und zu führenden europäischen Geschäftsbanken aufzuschließen.

Das profitable europäische Geschäft von Private & Business Clients (PBC) wollen wir mittels unserer Stärke im Beratungsgeschäft auf vermögende Kunden in wohlhabenden Regionen ausrichten. Die Erweiterung unseres Filialnetzes in Indien und die Erhöhung unserer Beteiligung an der Hua Xia Bank in China werden die Chancen auf starkes Wachstum in Asien noch verbessern.

PBC wird weiterhin mit Unsicherheiten in seinem Geschäftsumfeld rechnen müssen, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung bei Anlageprodukten. So blieben die Kundenaktivitäten in 2009 trotz steigender Aktienindizes niedrig. Unter makroökonomischen Gesichtspunkten könnten sich eine Zunahme der Insolvenzen und steigende Arbeitslosenquoten trotz der 2009 eingeleiteten Maßnahmen zum Abbau von Risiken auf unsere Risikovorsorge im Kreditgeschäft negativ auswirken. Anhaltend niedrige Zinsen könnten die Erträge in PBC ebenfalls weiterhin beeinträchtigen.

Die Kostenbasis von PBC dürfte von den Effizienzmaßnahmen im Rahmen des von PBC bekannt gegebenen Wachstums- und Effizienzprogramms, das 2010 abgeschlossen wird, sowie von den Abfindungszahlungen, die merklich geringer als in 2009 ausfallen dürften, profitieren. Darüber hinaus erwarten wir positive Auswirkungen aus unserer Kooperationsvereinbarung mit der Deutschen Postbank, die unter anderem eine Zusammenarbeit im IT-Bereich sowie den Einkauf und die Vermarktung von komplementären Produkten vorsieht.

Bilanz

Aktivseite in Mio €			31.12.2009	31.12.2008
Barreserve				
a) Kassenbestand			24	18
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			24.988	29.851
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	20.485			(24.594)
			25.012	29.869
Schuldtitle öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitle öffentlicher Stellen			1.660	1.006
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	644			(238)
b) Wechsel			0	1
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-			(-)
			1.660	1.007
Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig			131.589	120.673
b) andere Forderungen			100.129	121.195
darunter: durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	56.363			241.868
			231.718	(37.916)
Forderungen an Kunden			357.558	405.850
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	9.501			(3.878)
Kommunalkredite	7.995			(8.105)
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	59.569			(70.176)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		4.256		2.248
ab) von anderen Emittenten		11.218		7.120
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	9.223			(9)
			15.474	9.368
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		36.968		34.541
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	18.113			(10.385)
bb) von anderen Emittenten		86.427		93.984
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	35.629			(31.638)
			123.395	128.525
c) Eigene Schuldverschreibungen			5.946	3.358
Nennbetrag	5.296			3.785
			144.815	141.251
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			82.175	68.468
Beteiligungen			3.128	2.964
darunter: an Kreditinstituten	637			(502)
an Finanzdienstleistungsinstituten	29			(112)
Anteile an verbundenen Unternehmen			42.212	37.071
darunter: an Kreditinstituten	8.682			(6.106)
an Finanzdienstleistungsinstituten	1.263			(1.495)
Treuhandvermögen			882	757
darunter: Treuhandkredite	78			(291)
Immaterielle Anlagewerte			417	406
Sachanlagen			909	892
Eigene Aktien (rechnerischer Wert 2 Mio €)			28	227
Sonstige Vermögensgegenstände			644.287	1.317.648
Steuerabgrenzungsposten			2.380	1.477
Rechnungsabgrenzungsposten			1.442	910
Summe der Aktiva			1.538.623	2.250.665

Passivseite in Mio €			31.12.2009	31.12.2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		229.242		199.235
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		117.614		168.458
			346.856	367.693
darunter:				
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	26.729			(20.234)
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) Spareinlagen				
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten		5.281		3.402
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten		4.171		4.936
			9.452	8.338
b) andere Verbindlichkeiten				
ba) täglich fällig		200.566		225.899
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		121.221		142.643
			321.787	368.542
darunter:			331.239	376.880
durch Wertpapiere unterlegte Geldgeschäfte	38.119			(33.433)
Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		41.892		54.974
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		144.521		125.709
			186.413	180.683
darunter:				
Geldmarktpapiere	13.532			(9.514)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	305			(169)
Treuhandverbindlichkeiten				
darunter: Treuhandkredite	78		882	757
Sonstige Verbindlichkeiten				
			622.125	1.276.950
Rechnungsabgrenzungsposten				
			889	968
Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		3.311		3.190
b) Steuerrückstellungen		1.141		1.162
c) andere Rückstellungen		5.321		4.402
			9.773	8.754
Nachrangige Verbindlichkeiten				
			17.682	17.038
Fonds für allgemeine Bankrisiken				
			-	-
Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		1.589		1.461
bedingtes Kapital 406 Mio € (31.12.2008: 154 Mio €)				
b) Kapitalrücklage		15.921		15.091
c) Gewinnrücklagen				
ca) gesetzliche Rücklage		13		13
cb) Rücklage für eigene Anteile		28		227
cc) andere Gewinnrücklagen		4.420		3.840
			4.461	4.080
d) Bilanzgewinn		793		310
			22.764	20.942
Summe der Passiva			1.538.623	2.250.665
Eventualverbindlichkeiten				
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-	0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen (im Übrigen siehe Seite 60)		56.871		52.836
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		42		55
			56.913	52.891
Andere Verpflichtungen				
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-	-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-	-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		104.725		113.321
			104.725	113.321

Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Aufwendungen in Mio €			2009	2008
Zinsaufwendungen			14.030	34.153
Provisionsaufwendungen			1.610	1.530
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			–	6.201
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	4.732			3.743
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.292	6.024		958
darunter: für Altersversorgung	372			(419)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		5.124		4.459
			11.148	9.160
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			252	257
Sonstige betriebliche Aufwendungen			2.853	1.941
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			1.912	2.938
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			297	1.551
Aufwendungen aus Verlustübernahme			–	0
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			– 823	– 1.387
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen			61	75
Jahresüberschuss			1.173	–
Summe der Aufwendungen			32.513	56.419
			2009	2008
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag (–)			1.173	– 2.185
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			1	113
			1.174	– 2.072
Entnahme aus Gewinnrücklagen				
– aus der Rücklage für eigene Anteile	199			2.382
– aus anderen Gewinnrücklagen	–			–
			199	2.382
Einstellungen in Gewinnrücklagen				
– in die Rücklage für eigene Anteile	–			–
– in andere Gewinnrücklagen	580			–
			580	–
Bilanzgewinn			793	310

Erträge in Mio €		2009	2008
Zinserträge aus			
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	13.592		29.517
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	4.407		5.638
		17.999	35.155
Laufende Erträge aus			
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	1.539		2.616
b) Beteiligungen	66		121
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	1.171		2.165
		2.776	4.902
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		680	2.218
Provisionserträge		6.656	6.361
Nettoertrag aus Finanzgeschäften		3.598	–
Sonstige betriebliche Erträge		804	2.123
Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken		–	3.475
Jahresfehlbetrag		–	2.185
Summe der Erträge		32.513	56.419

Anhang

Der Jahresabschluss der Deutschen Bank AG für das Geschäftsjahr 2009 ist nach den Vorschriften des Bankbilanzrichtlinie-Gesetzes (§§ 340 ff. HGB, RechKredV) aufgestellt worden; aktienrechtliche Vorschriften wurden beachtet. Zum Zweck der Übersichtlichkeit sind die Werte in Millionen € ausgewiesen.

Grundlagen und Methoden

Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze für:

Forderungen

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag oder den Anschaffungskosten ausgewiesen und werden um erforderliche Wertberichtigungen gekürzt. Zur Veräußerung bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft werden zum niedrigeren Wert aus Buch- oder Marktwert ausgewiesen. In Handelsportfolios enthaltene Forderungen werden, wie im separaten Abschnitt Handelsaktivitäten beschrieben, bewertet.

Wertpapiere

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sowie Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind, sofern sie zu Handelszwecken gehalten werden, wie im separaten Abschnitt Handelsaktivitäten beschrieben, bewertet.

Bestimmte Bestände an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, die dauerhaft gehalten werden sollen, sind als Finanzanlagen nach dem gemilderten Niederstwertprinzip entsprechend § 253 Absatz 1 und 2 HGB bilanziert. Dies bedeutet, dass die betreffenden Wertpapiere zu Anschaffungskosten abzüglich voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen ausgewiesen sind.

Falls Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere weder dazu bestimmt sind, dauerhaft dem Geschäftsbetrieb zu dienen, noch dem Handelsbestand zugeordnet sind, sind sie als Umlaufvermögen nach dem strengen Niederstwertprinzip gemäß § 253 Absatz 1 und 3 HGB mit ihren Anschaffungskosten beziehungsweise mit den niedrigeren Börsenwerten oder den niedrigeren beizulegenden Werten bilanziert. Dasselbe gilt für Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die, wenn sie nicht Teil des Handelsbestands sind, grundsätzlich wie Umlaufvermögen zu bewerten sind.

Eingebettete Derivate

Einige hybride Verträge enthalten sowohl eine derivative als auch eine nicht derivative Komponente. In diesen Fällen wird die derivative Komponente als eingebettetes Derivat und die nicht derivative Komponente als Basisvertrag bezeichnet. Sind die wirtschaftlichen Merkmale und die Risiken eingebetteter Derivate nicht eng mit denjenigen des Basisvertrags verknüpft und wird der betreffende hybride Vertrag nicht als zum Fair Value bewertet erfasst, wird das eingebettete Derivat vom Basisvertrag getrennt. Wertänderungen, soweit sie zu vereinnahmen sind, werden im Nettoertrag beziehungsweise Nettoaufwand aus Finanzgeschäften ausgewiesen. Der Basisvertrag wird zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet.

Handelsaktivitäten

Die Handelsportfolios werden seit dem Geschäftsjahr 2005 nach dem risikoadjustierten Marktwertansatz bewertet, dessen Ausgangspunkt die Marktwerte (Fair Values) der Finanzinstrumente des Handelsbestands sind. Im Rahmen der Bewertung von Finanzinstrumenten zum Fair Value werden Wertanpassungen für Close-out-Kosten, Liquiditätsrisiken und Kontrahentenrisiken berücksichtigt. Die positiven und negativen Marktwerte von derivativen Finanzinstrumenten des Handelsbereichs sind unter den sonstigen Vermögensgegenständen und sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen. Um etwaig verbliebenen Realisierungsrisiken Rechnung zu tragen, wird das aus der Marktbewertung resultierende Ergebnis um einen Value-at-Risk-Abschlag reduziert, der unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen wird. Der Berechnung des Value-at-Risk-Abschlags liegen eine Haltedauer von zehn Tagen und ein Konfidenzniveau von 99 % zugrunde.

Der Fair Value ist definiert als der Preis, zu dem ein Finanzinstrument im Rahmen einer Transaktion zwischen sachverständigen und vertragswilligen Geschäftspartnern (ausgenommen im Rahmen eines Zwangsverkaufs oder einer Notabwicklung) zum jetzigen Zeitpunkt ausgetauscht werden könnte. Sofern verfügbar, basiert der Fair Value auf beobachtbaren Börsenpreisen oder wird aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Die Verfügbarkeit beobachtbarer Daten variiert je nach Produkt und Markt und kann sich im Zeitablauf ändern. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen vorhanden, wird der Fair Value anhand von Bewertungsmodellen, die für das jeweilige Instrument angemessen sind, ermittelt.

Wenn der Fair Value mithilfe von Modellen ermittelt oder aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet wird, sind in erheblichem Umfang Einschätzungen erforderlich. Diese sind mit Unsicherheiten verbunden und können Änderungen unterliegen, sodass die tatsächlichen Ergebnisse von diesen Einschätzungen abweichen können.

Umwidmungen

Für die Zuordnung von Forderungen und Wertpapieren zu den Handelsaktivitäten, zur Liquiditätsreserve oder zu den wie Anlagevermögen bewerteten Vermögensgegenständen ist jeweils die Zweckbestimmung zum Erwerbszeitpunkt maßgebend (§ 247 Absatz 1 und 2 HGB). Eine Umwidmung zwischen den genannten Kategorien wird vorgenommen, wenn sich die vom Management festgelegte Zweckbestimmung seit deren erstmaligem Ansatz geändert hat und dies dokumentiert ist. Die Umwidmung der Forderungen beziehungsweise Wertpapiere erfolgt zum Zeitpunkt der Änderung der Zweckbestimmung.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden seit 2006 mit ihren Anschaffungskosten oder unter Ausnutzung des Wahlrechts gemäß § 253 HGB mit dem niedrigeren Zeitwert angesetzt. Sowohl bei den Wertpapieren als auch bei den Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen werden Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot (§ 280 HGB) vorgenommen. Von der gemäß § 340c Absatz 2 HGB zulässigen Aufrechnung wurde Gebrauch gemacht.

Sachanlagen sowie entgeltlich erworbene immaterielle Anlagewerte werden mit ihren Anschaffungs- oder Herstellungskosten, gegebenenfalls vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Zugangsjahr voll abgeschrieben.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit ihrem Rückzahlungs- beziehungsweise Nominalbetrag bewertet. Abgezinst begebene Schuldverschreibungen und ähnliche Verbindlichkeiten werden mit dem Barwert ausgewiesen.

Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sind gemäß versicherungsmathematischen Grundsätzen angesetzt; im Inland werden Pensionsrückstellungen nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a Einkommensteuergesetz unter Verwendung eines Rechnungszinssatzes von 6 % ermittelt.

Für fondsbezogene Kapitalkontenpläne, die aus den Beiträgen für die Mitarbeiter aufgebaut werden, werden die Pensionsrückstellungen mit der Summe aus dem Zeitwert des Fondsvermögens aus den Beiträgen für die Mitarbeiter und dem Barwert der Risikozusatzleistung angesetzt. Falls dieser Wert niedriger ist als der Teilwert nach § 6a Einkommensteuergesetz, wird die Rückstellung auf den Teilwert angehoben.

Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen, bei denen es sich entweder um Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten oder für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften handelt, werden in Übereinstimmung mit § 253 Absatz 1 HGB gemäß den Grundsätzen vernünftiger kaufmännischer Beurteilung gebildet.

Risikovorsorge

Die Vorsorge für Risiken im Kreditgeschäft umfasst Wertberichtigungen und Rückstellungen für alle erkennbaren Bonitäts- und Länderrisiken, für latente Ausfallrisiken und die Vorsorge für allgemeine Bankrisiken. Für Bonitätsrisiken werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen in Höhe des erwarteten Ausfalls gebildet.

Das Transferrisiko für Kredite an Kreditnehmer in ausländischen Staaten (Länderrisiko) wird auf der Basis eines Ratingsystems, das die wirtschaftliche, politische und regionale Situation berücksichtigt, bewertet. Für grenzüberschreitende Engagements gegenüber bestimmten Staaten werden nach vorsichtigen Maßstäben Vorsorgen gebildet.

Dem latenten Kreditrisiko wird in Form der Pauschalwertberichtigung nach handelsrechtlichen Grundsätzen Rechnung getragen. Außerdem besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB. Das Wahlrecht zur Aufrechnung gemäß § 340f Absatz 3 HGB wurde in Anspruch genommen.

Währungsumrechnung

Die Währungsumrechnung folgt den in § 340h HGB vorgegebenen Grundsätzen.

Auf fremde Währungen lautende und wie Anlagevermögen behandelte Vermögensgegenstände, die nicht in derselben Währung besonders gedeckt sind, werden zu historischen Anschaffungskosten angesetzt. Andere auf Fremdwährung lautende Vermögensgegenstände und Schulden sowie noch nicht abgewickelte Kassageschäfte sind zum Kassamittelkurs des Bilanzstichtags umgerechnet, Devisentermingeschäfte zum Terminkurs am Bilanzstichtag.

Aufwendungen und Erträge aus der Währungsumrechnung wurden entsprechend § 340h Absatz 2 HGB in der Gewinn-und-Verlust-Rechnung berücksichtigt.

Die Posten der Bilanz sowie die Posten der Gewinn-und-Verlust-Rechnung von Auslandsfilialen sind zu Mittelkursen des jeweiligen Bilanzstichtags in Euro umgerechnet (Stichtagsmethode). Kursdifferenzen aus der Währungsumrechnung von Bilanzposten innerhalb der Bank werden – mit Ausnahme von Währungskursverlusten aus der Umrechnung des unseren Auslandsfilialen zur Verfügung gestellten Dotationskapitals (einschließlich Ergebnisvorträgen) – erfolgsneutral den sonstigen Vermögensgegenständen beziehungsweise sonstigen Verbindlichkeiten zugeordnet.

Erläuterungen zur Bilanz

Umwidmungen

Im ersten Quartal des Geschäftsjahrs wurden zum Umwidmungszeitpunkt Schuldverschreibungen mit einem Buchwert von 2,4 Mrd € und Forderungen an Kunden mit einem Buchwert von 300 Mio € aus dem Handelsbestand in das Anlagevermögen umgegliedert und damit wie Anlagevermögen bewertet. Der Substanzwert der Vermögensgegenstände überstieg zum Umwidmungszeitpunkt den geschätzten Fair Value.

Die Umwidmung erfolgte, da für diese Vermögensgegenstände bei stark verringerter Liquidität auf den entsprechenden Märkten keine kurzfristige Verkaufs- oder Handelsabsicht mehr bestand. Umgliederungen wurden mit dem niedrigeren Zeitwert am Umwidmungsstichtag vorgenommen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Buchwerte und Fair Values der in 2008 und 2009 umgewidmeten Vermögensgegenstände.

in Mio €	Buchwert zum Umwidmungszeitpunkt	31.12.2009	
		Buchwert ¹	Fair Value
Forderungen an Kunden	10.699	10.001	9.659
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere – Handel	8.919	8.227	6.878
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere – Liquiditätsreserve	781	683	566
Summe der umgewidmeten Vermögensgegenstände²	20.399	18.911	17.103

¹ Der Rückgang der Buchwerte seit Umwidmung ist im Wesentlichen auf Rückzahlungen, Wertberichtigungen und Wechselkursänderungen zurückzuführen.

² Die Zuordnung sowie der Buchwert verschiedener in 2008 umgewidmeter Vermögensgegenstände wurden angepasst.

Wertpapiere

Die nachfolgende Tabelle gliedert die in den Bilanzpositionen enthaltenen börsenfähigen Wertpapiere auf.

in Mio €	börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	96.201	103.894	48.614	37.357
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	70.163	55.655	11.036	7.055
Beteiligungen	742	452	0	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	–	–	–	203

Die Bilanzposition Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (82.175 Mio €) enthält an einen unabhängigen Vermögenstreuhänder übertragene Fondsanteile in Höhe von 232 Mio € (31.12.2008: 3.441 Mio €), die ausschließlich für die Erfüllung von Pensions- und Altersteilzeitverpflichtungen gegenüber derzeitigen und ehemaligen Mitarbeitern in Deutschland verwendet werden dürfen. Der größte Teil der im Vorjahr hierfür gehaltenen Fondsanteile wurde im Berichtsjahr in eine von einem unabhängigen Vermögenstreuhänder gehaltene Gesellschaft eingebracht. Die Aktivierung erfolgt unter den Anteilen an verbundenen Unternehmen.

In der Bilanzposition Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind zu Handelszwecken gehaltene und zu Marktwerten angesetzte Wertpapiere in Höhe von 93.199 Mio € (31.12.2008: 105.705 Mio €) enthalten. In der Bilanzposition Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sind zu Handelszwecken gehaltene und zu Marktwerten angesetzte Wertpapiere in Höhe von 80.614 Mio € (31.12.2008: 64.268 Mio €) ausgewiesen.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens sind mit den fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Der beizulegende Zeitwert betrug zum Bilanzstichtag 11.144 Mio €. Die Vermögensgegenstände werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert, da der beizulegende Zeitwert den inneren Wert der Position aufgrund der mangelnden Liquidität in den Finanzmärkten momentan nicht wiedergibt und dieser innere Wert bei einer längeren Haltedauer realisiert werden kann.

Sofern verfügbar, wird der beizulegende Wert aus beobachtbaren Preisen oder Parametern abgeleitet. Sind keine beobachtbaren Börsenkurse oder Informationen verfügbar, wird der beizulegende Zeitwert anhand von Bewertungsmodellen ermittelt, die für das jeweilige Instrument angemessen sind. In drei Fällen wurden die seit Auflegung des Geschäfts erfolgten Veränderungen im Liquiditätsspread angesichts der langfristigen Halteabsicht und des Credit Spread aufgrund der bereits erfolgten Berücksichtigung des Kreditrisikos in der Risikovorsorge nicht herangezogen.

Anlagevermögen

Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung des Anlagevermögens.

in Mio €	Anschaffungs-/ Herstellungskosten			Abschreibungen und Wertberichtigungen			Buchwert	
	Stand 1.1.2009	Zugänge	Abgänge	kumuliert	davon lfd. Jahr	davon Abgänge	Stand 31.12.2009	Stand 31.12.2008
Immaterielle Anlagewerte	813	61	27	430	75	27	417	406
Sachanlagen	2.192	177	51	1.409	177	55	909	892
Grundstücke und Gebäude	270	–	2	41	12	1	227	238
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.922	177	49	1.368	165	54	682	654
		Veränderung						
Beteiligungen			+ 164				3.128	2.964
Anteile an verbundenen Unternehmen			+ 5.141				42.212	37.071
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere			+ 7.795				12.736	4.941
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			+ 46				120	74

Von der nach § 34 Absatz 3 RechKredV möglichen Zusammenfassung für Finanzanlagen wurde Gebrauch gemacht. Wechselkursänderungen, die sich aufgrund der Währungsumrechnung zu Stichtagskursen bei Auslandsfilialen ergaben, wurden bei den Anschaffungs-/Herstellungskosten (Stand: 1.1.2009) sowie bei den kumulierten Abschreibungen und Wertberichtigungen berücksichtigt. Grundstücke und Gebäude mit einem Buchwert von insgesamt 226 Mio € wurden im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzt. In der Position Anteile an verbundenen Unternehmen ist die Beteiligung an einer von einem unabhängigen Vermögenstreuhänder gehaltenen Gesellschaft enthalten (3,7 Mrd €), an die im Berichtsjahr Wertpapiere, die ausschließlich für die Erfüllung von Pensionsverpflichtungen in Deutschland verwendet werden dürfen, übertragen worden sind. Die Veränderung der Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere beinhaltet eine Änderung der Zuordnung für das Geschäftsjahr 2008.

Nachrangige Vermögensgegenstände

Die nachfolgende Tabelle bietet einen Überblick über die in den aufgeführten Positionen enthaltenen nachrangigen Vermögensgegenstände.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kreditinstitute	1.072	1.210
Forderungen an Kunden	200	997
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.701	1.360
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	–	0

Immaterielle Anlagewerte

Die unter den immateriellen Anlagewerten ausgewiesenen Firmenwerte werden über die erwartete Nutzungsdauer von fünf bis 15 Jahren abgeschrieben. Diese wird insbesondere durch ökonomische und organisationspezifische Faktoren wie die zukünftigen Wachstums- und Gewinnerwartungen, die Art und Dauer von Synergieeffekten, die Nutzbarkeit von Kundenbeziehungen und den Mitarbeiterstamm des erworbenen Geschäfts bestimmt. Als immaterieller Vermögensgegenstand klassifizierte Software wird entsprechend ihrer betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben.

Sonstige Vermögensgegenstände

Die sonstigen Vermögensgegenstände enthalten im Wesentlichen positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die zu Handelszwecken gehalten werden, in Höhe von 630.995 Mio € (31.12.2008: 1.298.807 Mio €). Darüber hinaus werden nachschüssige Zahlungen aus Swapgeschäften, Edelmetallbestände, Schecks und fällige Schuldverschreibungen sowie Steuererstattungsansprüche an Finanzämter unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

Steuerabgrenzungsposten

Der aktive Steuerabgrenzungsposten gemäß § 274 Absatz 2 HGB beträgt 2.380 Mio €. Er entspricht der zukünftigen Steuerentlastung aus der Umkehrung der Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und den steuerrechtlichen Ergebnissen unter Anwendung der landesspezifischen Ertragsteuersätze.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten enthalten im Wesentlichen negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten, die zu Handelszwecken gehalten werden, in Höhe von 614.866 Mio € (31.12.2008: 1.257.785 Mio €). Darüber hinaus werden der Value-at-Risk-Abschlag, abgegrenzte und noch nicht fällige Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten und der passivische Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung ausgewiesen.

Nachrangige Verbindlichkeiten

Für die nachrangigen Mittelaufnahmen besteht in keinem Fall eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung durch die Deutsche Bank AG. Im Fall der Liquidation oder der Insolvenz gehen die Forderungen und Zinsansprüche aus diesen Verbindlichkeiten den Forderungen aller Gläubiger der Deutschen Bank AG, die nicht ebenfalls nachrangig sind, nach. Diese Bedingungen treffen auch für die nicht einzeln aufgeführten nachrangigen Mittelaufnahmen zu.

Die Aufwendungen für die gesamten nachrangigen Verbindlichkeiten betragen 511 Mio €. Hierin enthaltene abgegrenzte, noch nicht fällige Zinsen in Höhe von 318 Mio € sind unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die wesentlichen nachrangigen Verbindlichkeiten.

Währung	Betrag	Emittent/Art	Zinssatz	Fälligkeit
€	1.100.000.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2003	5,13 %	31.1.2013
€	978.800.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	1,62 %	16.1.2014
€	738.325.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2005	0,91 %	22.9.2015
€	468.034.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	1,01 %	20.9.2016
€	488.548.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2005	3,63 %	9.3.2017
€	1.000.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2003 (von der DB Capital Funding LLC IV, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	5,33 %	19.9.2023
€	300.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2003 (von der DB Capital Funding LLC V, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	6,15 %	2.12.2033
€	900.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2005 (von der DB Capital Funding LLC VI, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	4,94 %	28.1.2035
€	300.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2005 (von der DB Capital Funding LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	4,71 %	27.6.2035
€	1.300.001.000	Deutsche Bank Capital Funding Trust XI, Delaware/USA	9,50 %	31.3.2039
€	1.000.001.000	von der DB Contingent Capital LLC IV, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	8,00 %	unbefristet
GBP	225.000.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	5,25 %	15.12.2015
US-\$	335.400.000	Deutsche Bank AG, Anleihe von 2004	0,57 %	17.2.2015
US-\$	778.040.000	von der Deutschen Bank Financial Inc., Dover/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	5,38 %	2.3.2015
US-\$	800.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2006 (von der DB Capital Funding LLC VII, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	5,63 %	19.1.2016
US-\$	225.000.000	von der DB Capital LLC V, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	2,05 %	unbefristet
US-\$	318.000.000	von der DB Capital LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	5,03 %	unbefristet
US-\$	600.000.000	Deutsche Bank AG, Namensschuldverschreibung von 2006 (von der DB Capital Funding LLC VIII, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse)	6,38 %	unbefristet
US-\$	650.000.000	von der DB Capital Funding LLC I, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	3,25 %	unbefristet
US-\$	800.000.000	von der DB Contingent Capital LLC II, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	6,55 %	unbefristet
US-\$	805.000.000	von der DB Capital Funding LLC X, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,35 %	unbefristet
US-\$	1.150.000.000	von der DB Capital Funding LLC IX, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	6,63 %	unbefristet
US-\$	1.265.000.000	von der DB Contingent Capital LLC V, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	8,05 %	unbefristet
US-\$	1.975.000.000	von der DB Contingent Capital LLC III, Wilmington/USA, durchgeleitete Anleiheerlöse	7,60 %	unbefristet

Eigene Aktien

Verteilt über das Jahr 2009 hat die Bank beziehungsweise haben mit ihr verbundene Unternehmen für Handelszwecke 463.502.282 Deutsche Bank-Aktien zu den jeweiligen Tageskursen erworben und 463.545.289 Deutsche Bank-Aktien zu den jeweiligen Tageskursen veräußert. Der Erwerb Eigener Aktien stützte sich auf die von den Hauptversammlungen am 29. Mai 2008 sowie am 26. Mai 2009 erteilten Ermächtigungen gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG, deren Schranken bei jedem Kauf- und Verkaufsvorgang eingehalten wurden. Die Ermächtigung vom 29. Mai 2008 wurde mit Wirksamwerden der Ermächtigung vom 26. Mai 2009 aufgehoben. Der durchschnittliche Kaufpreis betrug 40,22 €, der durchschnittliche Verkaufspreis 40,28 € je Stückaktie. Das Ergebnis ging in das Betriebsergebnis ein.

Die im Verlauf von 2009 insgesamt für Handelszwecke umgesetzten Eigenen Aktien entsprechen rund 75 % des Grundkapitals. Der höchste Tagesbestand belief sich auf 0,84 %, der tägliche Durchschnittsbestand auf 0,06 % des Grundkapitals.

Die Bank wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. Mai 2009 ermächtigt, bis zum 31. Oktober 2010 Eigene Aktien bis zu 10 % des zum Zeitpunkt der Beschlussfassung bestehenden Grundkapitals gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG zu erwerben. Zusammen mit den für Handelszwecke und aus anderen Gründen erworbenen Eigenen Aktien, die sich jeweils im Besitz der Gesellschaft befinden oder ihr nach §§ 71a ff. AktG zuzurechnen sind, dürfen die aufgrund dieser Ermächtigung erworbenen Aktien zu keinem Zeitpunkt 10 % des Grundkapitals der Gesellschaft übersteigen; die Einhaltung dieser Grenzen wurde zeitnah überwacht. Der Erwerb darf über die Börse oder mittels eines an alle Aktionäre gerichteten öffentlichen Kaufangebots erfolgen. Der Gegenwert für den Erwerb der Aktien darf bei Erwerb über die Börse den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutschen Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor der Verpflichtung zum Erwerb nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Bei einem öffentlichen Kaufangebot darf er den Mittelwert der Aktienkurse (Schlussauktionspreise der Deutschen Bank-Aktie im Xetra-Handel beziehungsweise in einem vergleichbaren Nachfolgesystem an der Frankfurter Wertpapierbörse) an den letzten drei Handelstagen vor dem Tag der Veröffentlichung des Angebots nicht um mehr als 10 % über- beziehungsweise unterschreiten. Sollte bei einem öffentlichen Kaufangebot das Volumen der angebotenen Aktien das vorgesehene Rückkaufvolumen überschreiten, muss die Annahme im Verhältnis der jeweils angebotenen Aktien erfolgen. Eine bevorrechtigte Annahme geringer Stückzahlen bis zu 50 Stück zum Erwerb angebotener Aktien der Bank je Aktionär kann vorgesehen werden.

Der Vorstand wurde ermächtigt, eine Veräußerung der erworbenen Aktien über die Börse, durch Angebot an alle Aktionäre beziehungsweise gegen Sacheinlage unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre zu dem Zweck, Unternehmen oder Beteiligungen an Unternehmen zu erwerben, vorzunehmen. Darüber hinaus wurde der Vorstand ermächtigt, bei einer Veräußerung erworbener Eigener Aktien durch Angebot an alle Aktionäre den Inhabern der von der Bank in ihren verbundenen Unternehmen ausgegebenen Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ein Bezugsrecht auf die Aktien in dem Umfang zu gewähren, wie es ihnen nach Ausübung des Options- beziehungsweise Wandlungsrechts zustehen würde. Für diese Fälle und in diesem Umfang wird das Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen. Der Vorstand wurde weiter unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt, solche Eigenen Aktien als Belegschaftsaktien an Mitarbeiter und Pensionäre der Gesellschaft und mit ihr verbundener Unternehmen auszugeben oder zur

Bedienung von Optionsrechten beziehungsweise Erwerbsrechten oder Erwerbspflichten auf Aktien der Bank zu verwenden, die Mitarbeitern oder Organmitgliedern der Bank und verbundener Unternehmen eingeräumt wurden.

Darüber hinaus wurde der Vorstand unter Ausschluss des Bezugsrechts der Aktionäre ermächtigt, solche Eigenen Aktien an Dritte gegen Barzahlung zu veräußern, wenn der Kaufpreis den Börsenpreis der Aktien zum Zeitpunkt der Veräußerung nicht wesentlich unterschreitet. Von dieser Ermächtigung darf nur Gebrauch gemacht werden, wenn sichergestellt ist, dass die Zahl der aufgrund dieser Ermächtigung veräußerten Aktien zum Zeitpunkt der Ausübung der Ermächtigung 10 % des vorhandenen Grundkapitals der Bank nicht übersteigt. Auf die Höchstgrenze von 10 % des Grundkapitals sind Aktien anzurechnen, die während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in direkter oder entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben oder veräußert werden. Ebenfalls anzurechnen sind Aktien, die zur Bedienung von Options- und/oder Wandlungsrechten aus Wandel- oder Optionsschuldverschreibungen oder -genussrechten auszugeben sind, sofern diese Schuldverschreibungen oder Genussrechte während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Ausschluss des Bezugsrechts in entsprechender Anwendung des § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegeben werden.

Der Vorstand wurde weiter ermächtigt, aufgrund der Ermächtigung erworbene Aktien einzuziehen, ohne dass die Durchführung der Einziehung eines weiteren Hauptversammlungsbeschlusses bedarf. Die durch die Hauptversammlung am 29. Mai 2008 erteilte und bis zum 31. Oktober 2009 befristete Ermächtigung zum Erwerb Eigener Aktien wurde ab Wirksamwerden der Ermächtigung vom 26. Mai 2009 aufgehoben.

Am Jahresende 2009 hatte die Deutsche Bank AG keine Eigenen Aktien gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 7 AktG im Bestand. Der Bestand gemäß § 71 Absatz 1 Nr. 8 AktG belief sich auf 587.665 Stück; das sind 0,09 % des Grundkapitals. Der Gesamtbestand an Eigenen Aktien am Bilanzstichtag erforderte eine Rücklage für eigene Anteile in Höhe des Bilanzwerts der Eigenen Aktien von 27.573.804,96 €. Der Bank und den mit ihr verbundenen Unternehmen waren am 31. Dezember 2009 3.804.043 Stück Deutsche Bank-Aktien als Kreditsicherheit verpfändet (Ende 2008: 3.544.833 Stück), das sind 0,61 % (Ende 2008: 0,62 %) des Grundkapitals.

Entwicklung des gezeichneten, genehmigten und bedingten Kapitals

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 620.859.015 Stückaktien, die Aktien lauten auf den Namen. Im Berichtsjahr wurden 50.000.000 Aktien durch eine Sachkapitalerhöhung unter Ausschluss von Bezugsrechten zum Erwerb von 50 Millionen Aktien der Deutschen Postbank AG ausgegeben.

Ohne den Bestand an Eigenen Aktien beliefen sich die im Umlauf befindlichen Aktien am 31. Dezember 2009 auf 620.271.350 Stück (Ende 2008: 562.706.868 Stück). Die durchschnittliche Zahl umlaufender Aktien betrug im Berichtsjahr 608.591.083 Stück.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung des gezeichneten, genehmigten und bedingten Kapitals.

in €	Gezeichnetes Kapital	Genehmigtes Kapital	Bedingtes Kapital (noch ausübbar)
Stand 31.12.2008	1.461.399.078,40	308.600.000,00	153.815.098,88
Inanspruchnahme für Kapitalerhöhung gegen Sacheinlage gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 1. Juni 2006	128.000.000,00	– 128.000.000,00	
Auslaufen des Hauptversammlungsbeschlusses vom 2. Juni 2004		– 150.000.000,00	– 150.000.000,00
Erhöhung gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 29. Mai 2008		140.000.000,00	150.000.000,00
Erhöhung gemäß Hauptversammlungsbeschluss vom 26. Mai 2009		314.880.000,00	256.000.000,00
Ausgegebene, jedoch verfallene Optionsrechte an Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns aus Global-Partnership-Plänen			– 2.509.166,08
Ausgegebene, jedoch verfallene Optionsrechte an Mitarbeiter des Deutsche Bank-Konzerns aus Global-Share-Plänen			– 1.305.932,80
Stand 31.12.2009	1.589.399.078,40	485.480.000,00	406.000.000,00

Ermächtigungen der Hauptversammlung

Die Hauptversammlung hat dem Vorstand die folgenden Ermächtigungen erteilt, das Grundkapital mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch die Ausgabe neuer Aktien zu erhöhen, und zwar

Genehmigtes Kapital

- bis zum 30. April 2012 gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 30.600.000 €; das grundsätzlich bestehende Bezugsrecht der Aktionäre kann ausgeschlossen werden, wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet (HV-Beschluss vom 24. Mai 2007). Dieses genehmigte Kapital wurde erst am 14. Februar 2008 mit der Eintragung ins Handelsregister wirksam;
- bis zum 30. April 2013 gegen Geld- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 140.000.000 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist; das Bezugsrecht kann jedoch ausgeschlossen werden, wenn eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zweck des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt (HV-Beschluss vom 29. Mai 2008). Dieses genehmigte Kapital wurde erst am 25. Juni 2009 mit der Eintragung ins Handelsregister wirksam;
- bis zum 30. April 2014 gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 314.880.000 €; dabei ist den Aktionären ein Bezugsrecht einzuräumen (HV-Beschluss vom 26. Mai 2009);
- bis zum 30. April 2014 gegen Geldeinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 128.000.000 €; das grundsätzlich bestehende Bezugsrecht der Aktionäre kann ausgeschlossen werden, wenn der Ausgabepreis der neuen Aktien den Börsenpreis der bereits börsennotierten Aktien zum Zeitpunkt der endgültigen Festlegung des Ausgabepreises nicht wesentlich unterschreitet und die gemäß § 186 Absatz 3 Satz 4 AktG ausgegebenen Aktien zum Zeitpunkt der Ausnutzung der Ermächtigung insgesamt 10 % des Grundkapitals nicht übersteigen (HV-Beschluss vom 26. Mai 2009). Dieses genehmigte Kapital war Gegenstand eines Freigabeverfahrens nach § 246a AktG, das am 23. Februar 2010 mit der Freigabe durch das Oberlandesgericht Frankfurt endete. Die Eintragung im Handelsregister wird kurzfristig erfolgen. Dieses genehmigte Kapital wird erst mit der Eintragung wirksam;

- bis zum 30. April 2014 gegen Geld- oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um bis zu insgesamt 176.640.000 €, wobei den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht einzuräumen ist; das Bezugsrecht kann jedoch ausgeschlossen werden, wenn eine Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen zum Zweck des Erwerbs von Unternehmen oder von Beteiligungen an Unternehmen erfolgt (HV-Beschluss vom 26. Mai 2009). Dieses genehmigte Kapital war Gegenstand eines Freigabeverfahrens nach § 246a AktG, das am 23. Februar 2010 mit der Freigabe durch das Oberlandesgericht Frankfurt endete. Die Eintragung im Handelsregister wird kurzfristig erfolgen. Dieses genehmigte Kapital wird erst mit der Eintragung wirksam.

In allen Fällen kann das Bezugsrecht für Spitzenbeträge sowie zur Gewährung von Bezugsrechten an Inhaber ausgegebener Optionsrechte, Wandelschuldverschreibungen und Wandelgenussrechte ausgeschlossen werden.

Bedingtes Kapital

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 29. Mai 2008 ermächtigt, bis zum 30. April 2013 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine zu begeben oder anstelle oder neben Genussscheinen einmalig oder mehrmals Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen mit einer festen Laufzeit von längstens 20 Jahren oder mit unbegrenzter Laufzeit zu begeben. Den Genussscheinen können Inhaberoptionscheine beigefügt oder sie können mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden. Den Inhabern von Optionsschuldverschreibungen können Optionsrechte sowie den Inhabern von Wandelschuldverschreibungen Wandlungsrechte auf neue Aktien der Deutschen Bank AG nach näherer Maßgabe der Options- beziehungsweise Wandelanleihebedingungen gewährt werden. Der Gesamtnennbetrag der im Rahmen dieser Ermächtigung auszugebenden Genussscheine, Options- und Wandelschuldverschreibungen darf insgesamt 9.000.000.000 € nicht übersteigen (bedingtes Kapital 150.000.000 €). Dieses bedingte Kapital wurde erst am 25. Juni 2009 mit der Eintragung ins Handelsregister wirksam.

Der Vorstand wurde durch Beschluss der Hauptversammlung vom 26. Mai 2009 ermächtigt, bis zum 30. April 2014 einmalig oder mehrmals auf den Inhaber oder Namen lautende Genussscheine zu begeben oder anstelle oder neben Genussscheinen einmalig oder mehrmals Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen mit einer festen Laufzeit von längstens 20 Jahren oder mit unbegrenzter Laufzeit zu begeben. Den Genussscheinen können Inhaberoptionscheine beigefügt oder sie können mit einem Wandlungsrecht für den Inhaber verbunden werden. Den Inhabern von Optionsschuldverschreibungen können Optionsrechte sowie den Inhabern von Wandelschuldverschreibungen Wandlungsrechte auf neue Aktien der Deutschen Bank AG nach näherer Maßgabe der Options- beziehungsweise Wandelanleihebedingungen gewährt werden. Der Gesamtnennbetrag der im Rahmen dieser Ermächtigung auszugebenden Genussscheine, Options- und Wandelschuldverschreibungen darf insgesamt 9.000.000.000 € nicht übersteigen (bedingtes Kapital 256.000.000 €).

Die bedingte Kapitalerhöhung kann nur insoweit durchgeführt werden, als von diesen Rechten Gebrauch gemacht wird oder die zur Wandlung verpflichteten Inhaber ihre Pflicht zur Wandlung erfüllen.

Veränderung des Eigenkapitals

in Mio €		
Stand 31.12.2008		20.942
Ausschüttung in 2009		- 309
Gewinnvortrag		- 1
Kapitalerhöhung gegen Sacheinlagen		
- Erhöhung des gezeichneten Kapitals	128	
- Einstellung in die Kapitalrücklage	830	958
Gewinnrücklagen		
- Entnahme aus der Rücklage für eigene Anteile	- 199	
- Einstellung in andere Gewinnrücklagen	580	381
Bilanzgewinn 2009		793
Stand 31.12.2009		22.764

Außerbilanzielle Transaktionen

Eventualverbindlichkeiten

Im Rahmen der üblichen Geschäftstätigkeit übernimmt die Deutsche Bank AG regelmäßig Bürgschaften, Akkreditive und Kredithaftungen. Im Rahmen dieser Verträge ist es für die Deutsche Bank AG erforderlich, Zahlungen an den Begünstigten zu leisten, wenn ein anderer seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder Leistungen gemäß Vertrag nicht erfüllt. In der nachfolgenden Tabelle werden die gesamten potenziellen Zahlungen aus Bürgschaften, Akkreditiven und Kredithaftungen nach Berücksichtigung von gegebenenfalls vorhandenen Barsicherheiten aufgeführt.

in Mio €		
	31.12.2009	31.12.2008
Bürgschaften, Garantien	40.348	34.517
Akkreditive	4.447	5.328
Kredithaftungen	12.076	12.991

Die hier gezeigten Beträge bilden nicht die zukünftig aus diesen Verträgen zu erwartenden Zahlungsströme ab, da viele dieser Vereinbarungen ohne Inanspruchnahme auslaufen. Unter Umständen verlangt die Bank die Stellung von Sicherheiten, um das Kreditrisiko dieser Verpflichtungen zu mindern. Für Eventualverbindlichkeiten erhaltene Barsicherheiten werden als Verbindlichkeiten in der Bilanz ausgewiesen.

Unwiderrufliche Kreditzusagen

Von den unwiderruflichen Kreditzusagen am 31. Dezember 2009 in Höhe von 104.725 Mio € betreffen 93.175 Mio € Zusagen von Buch- und Wechselkrediten an Nichtbanken.

Die Deutsche Bank AG gewährt unwiderrufliche Kreditzusagen, um den Finanzierungsbedürfnissen ihrer Kunden zu entsprechen. Unwiderrufliche Kreditzusagen umfassen die nicht in Anspruch genommenen Anteile der gewährten Zusagen, welche nicht durch die Deutsche Bank widerrufen werden können. Diese Kreditzusagen werden mit dem Nominalwert nach Berücksichtigung von Barsicherheiten gezeigt. Die oben genannten Beträge stellen nicht die zukünftig zu erwartenden Zahlungsströme dar, da viele dieser Verträge ohne Inanspruchnahme auslaufen. Unwiderrufliche Kreditzusagen werden nicht in der Bilanz ausgewiesen, aber bei der Überwachung der Kreditrisiken berücksichtigt.

Die Deutsche Bank AG unterhält verschiedene Geschäftsbeziehungen zu sogenannten Zweckgesellschaften („SPEs“), die einen bestimmten Geschäftszweck erfüllen sollen. SPEs dienen hauptsächlich dazu, Kunden Zugang zu spezifischen Portfolios von Vermögensgegenständen und Risiken zu ermöglichen sowie den Kunden durch die Verbriefung von finanziellen Vermögensgegenständen Zugang zu liquiden Märkten zu verschaffen. In der Regel profitiert die Deutsche Bank AG von Dienstleistungsgebühren oder Provisionserträgen, die sie für die Gründung von SPEs erhält oder weil sie als Investment Manager, Depotbank oder in einer anderen Funktion agiert. SPEs können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet werden. Generell können verschiedenste Arten von Geschäftsbeziehungen zu SPEs bestehen, die Deutsche Bank AG hat primär Liquiditätsfazilitäten ausgereicht, die als unwiderrufliche Kreditzusagen in den Anderen Verpflichtungen unter dem Bilanzstrich ausgewiesen werden. Die Deutsche Bank AG stellt den SPEs finanzielle Unterstützung bereit in Verbindung mit Commercial-Paper-Conduits-Programmen, der Verbriefung von Forderungen (Asset Securitizations), Investmentanteilen und Immobilienleasing. Solche Zweckgesellschaften sind ein wesentlicher Erfolgsfaktor für das Funktionieren etlicher wichtiger Teile der Kapitalmärkte, einschließlich der Märkte für durch Grundpfandrechte und andere Vermögensgegenstände unterlegte Wertpapiere (Asset-backed Securities), da sie Investoren im Rahmen der Verbriefungsprogramme den Zugang zu spezifischen Cashflows und Risiken ermöglichen. Zum 31. Dezember 2009 hatten diese Vereinbarungen keine wesentlichen Auswirkungen auf unsere Kreditvereinbarungen, Kapitalquoten, Ratings sowie Dividenden.

Sonstige Verpflichtungen

Kaufverpflichtungen sind rechtlich durchsetzbare und bindende Vereinbarungen, Waren oder Dienstleistungen zu festgesetzten Konditionen wie Mindestabnahmemengen oder Festpreisen zu erwerben. Aus solchen Verträgen besteht für die Deutsche Bank AG das Risiko, dass die Vertragskonditionen ungünstiger sind als die Konditionen zum Zeitpunkt der Vertragserfüllung oder dass die mit dem Vertrag verbundenen Kosten höher sind als der ökonomische Nutzen. In solchen Fällen wäre eine Rückstellung durch die Deutsche Bank AG für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften zu bilden.

Die Kaufverpflichtungen für Waren und Dienstleistungen beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf 1,8 Mrd € und beinhalten zukünftige Zahlungen unter anderem für Abwicklung, Informationstechnologie und Depotverwaltung.

Leasingverträge liegen vor, wenn der Eigentümer (Leasinggeber) eines Vermögensgegenstands für einen bestimmten Zeitraum das Recht zur Nutzung des Vermögensgegenstands an eine andere Partei (Leasingnehmer) gegen regelmäßige Zahlungen überträgt. Leasingverträge werden als Operating Lease klassifiziert, wenn die Verträge ein begrenztes oder unbegrenztes Recht zur Kündigung durch den Leasingnehmer vorsehen. Die Mehrheit der Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum am Vermögensgegenstand einhergehen, verbleibt beim Leasinggeber; der Leasingnehmer bleibt wirtschaftlicher Eigentümer. Verträge über Operating Lease bieten eine Alternative zum Eigentum, da sie dem Leasingnehmer ermöglichen, einen Vermögensgegenstand zu nutzen, ohne direkt in den Vermögensgegenstand zu investieren. Die bestehenden Verpflichtungen der Deutschen Bank aus Operating Lease schließen Miet- und Pachtverträge für Gebäude und Betriebs- und Geschäftsausstattung ein. Die Mehrheit der Leasingverträge sind Gebäudeleasings, bei denen die Deutsche Bank Leasingnehmer ist. Die Zahlungsverpflichtungen aus Miet- und Pachtverträgen sowie aus Leasingverträgen betragen 978 Mio € bei Restlaufzeiten von bis zu 14 Jahren.

Einzahlungsverpflichtungen aus nicht voll eingezahlten Aktien, GmbH-Anteilen und sonstigen Anteilen beliefen sich Ende 2009 auf 24 Mio €. Mithaftungen gemäß § 24 GmbH-Gesetz bestanden in Höhe von 5 Mio €. Soweit weitere Mithaftungen bestehen, ist die Bonität der Mitgesellschafter in allen Fällen zweifelsfrei.

Aus unserer Beteiligung an der Liquiditäts-Konsortialbank GmbH, Frankfurt am Main, bestehen eine Nachschusspflicht bis zu 70 Mio € und eine quotale Eventualhaftung für die Erfüllung der Nachschusspflicht anderer dem Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin, angehörender Gesellschafter.

Die Nachschusspflichten auf sonstige Anteile beliefen sich am 31. Dezember 2009 auf insgesamt 3 Mio €.

Gemäß § 5 Absatz 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds haben wir uns verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e. V., Berlin, von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten von im Mehrheitsbesitz der Deutschen Bank stehenden oder von durch sie beherrschten Kreditinstituten anfallen.

Des Weiteren hat sich die Deutsche Bank AG gemäß § 3 Absatz 1a des Statuts des Einlagensicherungsfonds für Bank-Bausparkassen verpflichtet, den Fachverband für Bank-Bausparkassen e. V. von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten der Deutschen Bank Bauspar AG, Frankfurt am Main, anfallen.

Verpflichtungen aus Geschäften an Terminbörsen sowie gegenüber Clearingstellen, für die Wertpapiere als Sicherheit hinterlegt wurden, beliefen sich zum 31. Dezember 2009 auf 14 Mrd €.

Im Zusammenhang mit der Weiterveräußerung des Handelshauses Klöckner & Co. AG, Duisburg, bestehen Eventualhaftungen in Höhe von insgesamt 41 Mio €.

Im Dezember 2009 schloss die Deutsche Bank AG eine Vereinbarung ab, Teile des niederländischen Firmenkundengeschäfts von ABN AMRO zu einem Kaufpreis von 0,7 Mrd € zu übernehmen. Die Transaktion ist abhängig von der Zustimmung durch ABN AMRO und den Genehmigungen durch De Nederlandsche Bank, der Europäischen Kommission und anderer Aufsichtsbehörden und soll im zweiten Quartal 2010 vollzogen werden.

Patronatserklärung¹

Die Deutsche Bank AG trägt für die folgenden Gesellschaften, abgesehen vom Fall des politischen Risikos, dafür Sorge, dass sie ihre vertraglichen Verbindlichkeiten erfüllen können:

Berliner Bank AG & Co. KG, Berlin	Deutsche Bank S.A., Buenos Aires
DB Investments (GB) Limited, London	Deutsche Bank S.A. – Banco Alemão, São Paulo
Deutsche Asset Management International GmbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank S.A./N.V., Brüssel
Deutsche Asset Management Investmentgesellschaft mbH, vormals DEGEF Deutsche Gesellschaft für Fondsverwaltung mbH, Frankfurt am Main	Deutsche Bank, Sociedad Anónima Española, Barcelona
Deutsche Australia Limited, Sydney	Deutsche Bank Società per Azioni, Mailand
Deutsche Bank A.Ş., Istanbul	Deutsche Bank (Suisse) S.A., Genf
Deutsche Bank Americas Holding Corp., Wilmington	Deutsche Futures Singapore Pte Ltd., Singapur
Deutsche Bank (China) Co., Ltd., Peking	Deutsche Morgan Grenfell Group plc, London
Deutsche Bank Luxembourg S.A., Luxemburg	Deutsche Securities Asia Limited, Hongkong
Deutsche Bank (Malaysia) Berhad, Kuala Lumpur	Deutsche Securities Limited, Hongkong
Deutsche Bank Polska S.A., Warschau	DWS Holding & Service GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank (Portugal), S.A., Lissabon	DWS Investment GmbH, Frankfurt am Main
Deutsche Bank ZRt., Budapest	DWS Investment S.A., Luxemburg
	VAT Deutsche Bank DBU, Kiew
	OOO Deutsche Bank, Moskau

¹ Gesellschaften, mit denen ein Ergebnisabführungsvertrag besteht, sind im Verzeichnis des Anteilsbesitzes gekennzeichnet.

Laufzeitgliederung der Forderungen

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Andere Forderungen an Kreditinstitute	100.129	121.195
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	55.099	64.359
mehr als drei Monate bis ein Jahr	17.486	27.236
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	13.628	10.386
mehr als fünf Jahre	13.916	19.214
Forderungen an Kunden	357.558	405.850
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	274.718	297.731
mehr als drei Monate bis ein Jahr	24.137	35.526
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	35.585	39.366
mehr als fünf Jahre	20.789	27.599
mit unbestimmter Laufzeit	2.329	5.628

Von den Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren von 144.815 Mio € werden 33.182 Mio € in 2010 fällig.

Laufzeitgliederung der Verbindlichkeiten

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	117.614	168.458
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	49.917	105.114
mehr als drei Monate bis ein Jahr	17.745	31.206
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	21.516	20.782
mehr als fünf Jahre	28.436	11.356
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	4.171	4.936
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	1.873	1.179
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.072	3.490
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.222	263
mehr als fünf Jahre	4	4
Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	121.221	142.643
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	78.630	88.139
mehr als drei Monate bis ein Jahr	16.981	26.690
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	14.222	12.284
mehr als fünf Jahre	11.388	15.530
Andere verbrieftete Verbindlichkeiten	144.521	125.709
mit einer Restlaufzeit von		
bis drei Monate	22.849	17.625
mehr als drei Monate bis ein Jahr	23.353	17.126
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	58.703	56.420
mehr als fünf Jahre	39.616	34.538

Von den begebenen Schuldverschreibungen von 41.892 Mio € werden 9.872 Mio € in 2010 fällig.

Rechnungsabgrenzungsposten

In den aktiven Rechnungsabgrenzungsposten von 1.442 Mio € sind 840 Mio € wegen des Unterschiedsbetrags gemäß § 250 Absatz 3 HGB enthalten. Die passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von 889 Mio € betreffen mit 42 Mio € Unterschiedsbeträge gemäß § 340e Absatz 2 HGB.

Treuhandgeschäfte

in Mio €	Treuhandvermögen		in Mio €	Treuhandverbindlichkeiten	
	31.12.2009	31.12.2008		31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kreditinstitute	–	–	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	23	0
Forderungen an Kunden	78	291	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	859	757
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	587	317			
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	76	29			
Beteiligungen	40	41			
Sonstige Vermögensgegenstände	101	79			
Insgesamt	882	757	Insgesamt	882	757

Angaben zu verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio €	Verbundene Unternehmen		Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	
	31.12.2009	31.12.2008	31.12.2009	31.12.2008
Forderungen an Kreditinstitute	85.573	86.227	9.237	10
Forderungen an Kunden	138.534	152.786	817	982
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	979	54	22	9
Positive Marktwerte aus Handelsderivaten (unter Sonstige Vermögensgegenstände)	40.141	80.189	5.901	2.796 ¹
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	119.284	104.684	15.178	21
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	87.249	92.171	325	508
Verbriefte Verbindlichkeiten	1.530	9.778	–	–
Nachrangige Verbindlichkeiten	11.793	11.076	–	–
Negative Marktwerte aus Handelsderivaten (unter Sonstige Verbindlichkeiten)	41.829	83.704	4.035	3.011 ¹

¹ Die Vorjahreswerte wurden angepasst.

Anteilsbesitz

Die vollständige Aufstellung des Anteilsbesitzes ist im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Sie kann bei der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, kostenlos angefordert werden.

Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände

Für die nachfolgenden Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände im angegebenen Wert übertragen.

in Mio €	31.12.2009	31.12.2008
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	22.091	26.789
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	598	422

Pensionsgeschäfte

Der Buchwert der in der Bilanz ausgewiesenen und in Pension gegebenen Vermögensgegenstände in Höhe von 5.236 Mio € betraf ausschließlich im Rahmen von Repogeschäften verpensionierte Wertpapiere.

Fremdwährung

Der Gesamtbetrag der Vermögensgegenstände in Fremdwährung belief sich am Bilanzstichtag auf umgerechnet 743.203 Mio €, jener der Schulden auf umgerechnet 670.957 Mio €.

Termingeschäfte

Am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelte Termingeschäfte beinhalten vor allem die nachfolgenden Arten von Geschäften:

- Zinssatzbezogene Geschäfte
Termingeschäfte auf Zinstitel, Zinstermingeschäfte, Zinsswaps, Zinsterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Zinsen und Indizes
- Wechselkursbezogene Geschäfte
Devisen- und Edelmetalltermingeschäfte, Währungsswaps, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Devisen und Edelmetalle, Devisen- und Edelmetallterminkontrakte
- Sonstige Geschäfte
Aktientermingeschäfte, Indexterminkontrakte, verbriefte Optionsrechte, Optionsgeschäfte und Optionskontrakte auf Aktien und Indizes

Die oben genannten Geschäfte werden weitestgehend zur Deckung von Zins-, Wechselkurs- oder Marktpreisschwankungen für Handelsgeschäfte abgeschlossen.

Marktwerte von Derivaten

in Mio €	31.12.2009		
	Nominal- betrag	Positive Marktwerte	Negative Marktwerte
OTC-Produkte			
Zinsbezogene Geschäfte	41.188.508	360.977	344.897
Wechselkursbezogene Geschäfte	4.696.035	88.429	93.994
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	612.952	36.364	42.622
Kreditderivate	3.496.687	126.387	115.357
Sonstige Geschäfte	327.921	18.718	18.226
Börsengehandelte Produkte			
Zinsbezogene Geschäfte ¹	108.575	1	1
Wechselkursbezogene Geschäfte ¹	433	0	0
Aktien- und indexbezogene Geschäfte	269.698	2.274	1.766
Sonstige Geschäfte	24.916	72	68
Insgesamt	50.725.725	633.222	616.931

1 Aufgrund von täglichen Ausgleichszahlungen sind die Marktwerte der zins- und wechselkursbezogenen Geschäfte null beziehungsweise annähernd null.

Die positiven Marktwerte von 633.222 Mio € und die negativen Marktwerte von 616.931 Mio € beinhalten Handelsderivate sowie zu Absicherungszwecken gehaltene Derivate. Die positiven und negativen Marktwerte von Handelsderivaten sind in den sonstigen Vermögensgegenständen und den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

Erträge nach geografischen Märkten

Der Gesamtbetrag der Zinserträge, laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen, der Provisionserträge, des Nettoertrags aus Finanzgeschäften und der sonstigen betrieblichen Erträge verteilt sich auf verschiedene Regionen und führt gemäß § 34 Absatz 2 RechKredV zu folgender Übersicht.

in Mio €	2009	2008
Bundesrepublik Deutschland	13.196	19.260
Europa ohne Deutschland	11.138	17.474
Amerika	4.942	6.337
Afrika/Asien/Australien	2.557	5.470
Insgesamt	31.833	48.541

Für Dritte erbrachte Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung

Für Dritte wurden nachstehende Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung erbracht: Depotverwaltung, Vermittlung von Hypotheken, Versicherungen und Bausparverträgen, Verwaltung von Treuhandvermögen und Vermögensverwaltung.

Sonstige betriebliche Erträge

Die Sonstigen betrieblichen Erträge von 804 Mio € schließen 357 Mio € Wertaufholungen für zum Verkauf bestimmte Forderungen aus dem Kreditgeschäft ein.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Der Posten Sonstige betriebliche Aufwendungen von 2.853 Mio € enthält im Wesentlichen 1.550 Mio € Bewertungsanpassungen für zur Veräußerung bestimmte Forderungen. Zu den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen gehören außerdem Aufwendungen aus dem Abschluss eines Vergleichs mit Huntsman Corp. von 316 Mio €, Aufwendungen für Garantieleistungen von 140 Mio € sowie Aufwendungen für Rechtsstreitigkeiten von 106 Mio €.

Sonstige Angaben

Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz

Die Deutsche Bank AG hatte im Juni 2009 ihren ersten Pfandbrief begeben. Nachfolgend werden die Angaben nach § 28 Pfandbriefgesetz („PfandBG“) offengelegt. Die Tabellen enthalten keine Vergleichszahlen, da in 2008 kein Pfandbrief begeben war.

Im Umlauf befindliche Pfandbriefe und dafür verwendete Deckungswerte (§ 28 Absatz 1 Nr. 1 PfandBG)

Im Umlauf befindliche Hypothekendarlehen und Deckungswerte	31.12.2009		
	Nominalwert	Barwert	Risiko-adjustierter Barwert
in Mio €			
Hypothekendarlehen im Umlauf	1.000,0	1.044,0	1.029,4
Deckungsmasse	1.610,3	1.769,8	1.742,0
Deckungswerte	1.575,3	1.731,3	1.703,8
Weitere Deckungswerte nach § 4 Absatz 1 PfandBG	35,0	38,5	38,2
Überdeckung	610,3	725,8	712,6

Die Deckungswerte sind Forderungen an Kunden, welche durch Grundpfandrechte besichert sind. Die weiteren Deckungswerte sind gemäß PfandBG Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere.

Laufzeitstruktur (§ 28 Absatz 1 Nr. 2 PfandBG)

Laufzeitstruktur	31.12.2009				
	Laufzeit > 2 und ≤ 3 Jahre	Laufzeit > 3 und ≤ 4 Jahre	Laufzeit > 4 und ≤ 5 Jahre	Laufzeit > 5 und ≤ 10 Jahre	Insgesamt
in Mio €					
Laufzeitstruktur des Umlaufs	–	–	–	1.000,0	1.000,0
Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse	514,6	72,5	961,7	61,5	1.610,3

Anteil der Derivategeschäfte im Deckungsstockvolumen (§ 28 Absatz 1 Nr. 3 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2009 befanden sich keine Derivate in der Deckungsmasse.

Deckungswerte nach Größenklassen (§ 28 Absatz 2 Nr. 1a PfandBG)

Die im Gesamtbetrag von 1.575,3 Mio € enthaltenen einzelnen Deckungswerte waren jeweils größer als 5 Mio €.

Zur Deckung für Hypothekendarlehen verwendete Forderungen nach Staaten, in denen die beliehenen Grundstücke liegen, und nach Nutzungsart (§ 28 Absatz 2 Nr. 1b und 1c PfandBG)

31.12.2009	Wohnwirtschaftlich					Gewerblich		Insgesamt
	Mehrfamilienhäuser	Bürogebäude	Handelsgebäude	Industriegebäude	sonstige gewerblich genutzte Gebäude	Insgesamt		
in Mio €								
Bundesrepublik Deutschland	504,0	480,7	419,1	–	48,3	948,1	1.452,1	
Großbritannien	–	22,9	10,7	44,9	2,1	80,6	80,6	
Schweiz	–	–	–	27,3	–	27,3	27,3	
Frankreich	–	15,3	–	–	–	15,3	15,3	
Insgesamt	504,0	518,9	429,8	72,2	50,4	1.071,3	1.575,3	

Rückstände aus Hypothekendarlehen, die zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendet wurden (§ 28 Absatz 2 Nr. 2 PfandBG)

Zum 31. Dezember 2009 gab es keine mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen aus Hypothekendarlehen, die zur Deckung von Hypothekendarlehen verwendet wurden.

Weitere Angaben zu Hypothekendarlehen (§ 28 Absatz 2 Nr. 3 PfandBG)

Zum Jahresende 2009 gab es keine anhängigen Zwangsversteigerungen. Im Geschäftsjahr 2009 wurden keine Zwangsversteigerungen durchgeführt und keine Grundstücke zur Verhütung von Verlusten übernommen. Ferner wurden keine Rückstände auf zu leistende Zinsen verzeichnet.

Vorstand und Aufsichtsrat

Die Gesamtbezüge des Vorstands sind im Vergütungsbericht auf den Seiten 12 bis 20 dargestellt. An frühere Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank AG oder deren Hinterbliebene wurden im Jahr 2009 19.849.430 € gezahlt (2008: 19.741.906 €). Der Aufsichtsrat erhielt für 2009 exklusive Umsatzsteuer eine feste Vergütung (inklusive Sitzungsgeld) von 2.436.000 € (2008: 2.478.500 €) und eine variable Vergütung von 125.316 €. Auf eine variable Vergütung hatte der Aufsichtsrat für das Jahr 2008 verzichtet.

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen betrugen am 31. Dezember 2009 insgesamt 171.135.197 € (2008: 167.420.222 €).

Am 31. Dezember 2009 beliefen sich die gewährten Vorschüsse, Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse für Vorstandsmitglieder auf 8.128.645 € (2008: 2.641.142 €) und für Aufsichtsratsmitglieder der Deutschen Bank AG auf 1.166.445 € (2008: 1.396.955 €). Aufsichtsratsmitglieder zahlten 2009 Kredite in Höhe von 23.883 € zurück.

Die Mitglieder des Vorstands und des Aufsichtsrats sind auf den Seiten 73 und 74 aufgeführt.

Das Verzeichnis der Mandate enthält eine Aufstellung aller Mandate im In- und Ausland und ist im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht. Es kann, ebenso wie der Corporate-Governance-Bericht, bei der Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main, kostenlos angefordert werden.

Angaben nach § 160 Absatz 1 Nr. 8 AktG

Zum 31. Dezember 2009 sind uns folgende Aktionäre, die gemäß § 21 Wertpapierhandelsgesetz einen Stimmrechtsanteil von mindestens 3 % halten, gemeldet worden: seit 16. April 2009 – AXA S.A., Paris, hält 4,64 % Deutsche Bank-Aktien. Seit 17. Oktober 2008 – Credit Suisse Group, Zürich, hält 3,86 % Deutsche Bank-Aktien (über Finanzinstrumente). Und seit 1. Dezember 2009 – BlackRock, Inc., New York, hält 4,72 % Deutsche Bank-Aktien.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter (arbeitswirksam) betrug insgesamt 28.497 (2008: 29.434), davon 10.473 Mitarbeiterinnen. Teilzeitkräfte sind in diesen Zahlen entsprechend der geleisteten Arbeitszeit anteilig enthalten. Bei den Auslandsfilialen waren im Durchschnitt 17.066 (2008: 17.973) Mitarbeiter tätig.

Corporate Governance

Die Bank hat die nach § 161 AktG vorgeschriebene Erklärung abgegeben. Die aktuelle Entsprechenserklärung vom 5. Januar 2010 und alle früheren Entsprechenserklärungen sind auf der Website der Deutschen Bank unter www.deutsche-bank.de/corporate-governance veröffentlicht.

Frankfurt am Main, den 3. März 2010

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Der Vorstand



Josef Ackermann



Hugo Bänziger



Michael Cohrs



Jürgen Fitschen



Anshuman Jain



Stefan Krause



Hermann-Josef Lamberti



Rainer Neske

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss der Deutschen Bank AG ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutschen Bank AG vermittelt und im Lagebericht der Deutschen Bank AG der Geschäftsverlauf, einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Deutschen Bank AG so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Deutschen Bank AG beschrieben sind.

Frankfurt am Main, den 3. März 2010



Josef Ackermann



Hugo Bänziger



Michael Cohrs



Jürgen Fitschen



Anshuman Jain



Stefan Krause



Hermann-Josef Lamberti



Rainer Neske

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Deutsche Bank AG, Frankfurt am Main, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2009 bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Deutsche Bank AG. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, den 5. März 2010

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Becker
Wirtschaftsprüfer



Bose
Wirtschaftsprüfer

Vorstand

Dr. Josef Ackermann

Vorsitzender

Dr. Hugo Bänziger

Michael Cohrs

ab 1. April 2009

Jürgen Fitschen

ab 1. April 2009

Anshuman Jain

ab 1. April 2009

Stefan Krause

Hermann-Josef Lamberti

Rainer Neske

ab 1. April 2009

Aufsichtsrat

Dr. Clemens Börsig

– Vorsitzender,
Frankfurt am Main

Karin Ruck*

– Stellvertretende Vorsitzende
Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Wolfgang Böhr*

Deutsche Bank AG,
Düsseldorf

Dr. Karl-Gerhard Eick

Stellvertretender Vorsitzender des
Vorstands der Deutsche Telekom
AG bis 28. Februar 2009;
Vorsitzender des Vorstands der
Arcandor AG ab 1. März 2009
bis 1. September 2009,
Köln

Heidrun Förster*

Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Berlin

Alfred Herling*

Deutsche Bank AG,
Wuppertal

Gerd Herzberg*

Stellvertretender Vorsitzender
der ver.di Vereinte Dienst-
leistungsgewerkschaft,
Hamburg

Sir Peter Job

London

Prof. Dr. Henning Kagermann

Sprecher des Vorstands
der SAP AG bis 31. Mai 2009,
Königs Wusterhausen

Martina Klee*

Deutsche Bank AG,
Frankfurt am Main

Suzanne Labarge

Toronto

Maurice Lévy

Chairman und Chief Executive
Officer, Publicis Groupe S.A.,
Paris

Henriette Mark*

Deutsche Bank AG,
München

Gabriele Platscher*

Deutsche Bank Privat- und
Geschäftskunden AG,
Braunschweig

Dr. Theo Siegert

Geschäftsführender Gesellschafter
der de Haen Carstanjen & Söhne,
Düsseldorf

Dr. Johannes Teysen

Chief Operating Officer und
stellvertretender Vorsitzender
des Vorstands der E.ON AG,
Oberding

Marlehn Thieme*

Deutsche Bank AG,
Bad Soden am Taunus

Tilman Todenhöfer

Persönlich haftender
Gesellschafter der Robert Bosch
Industrietreuhand KG,
Madrid

Werner Wenning

Vorsitzender des Vorstands der
Bayer AG,
Leverkusen

Leo Wunderlich*

Deutsche Bank AG,
Mannheim

* Von den Arbeitnehmern in
Deutschland gewählt.

Aufsichtsratsausschüsse

Präsidialausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Heidrun Förster*

Karin Ruck*

Tilman Todenhöfer

Vermittlungsausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Wolfgang Böhr*

Karin Ruck*

Tilman Todenhöfer

Prüfungsausschuss

Dr. Karl-Gerhard Eick
– Vorsitzender

Dr. Clemens Börsig

Sir Peter Job

Henriette Mark*

Karin Ruck*

Marlehn Thieme*

Risikoausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Sir Peter Job

Prof. Dr. Henning Kagermann

Suzanne Labarge
– Ersatzmitglied

Dr. Theo Siegert
– Ersatzmitglied

Nominierungsausschuss

Dr. Clemens Börsig
– Vorsitzender

Tilman Todenhöfer

Werner Wenning

* Von den Arbeitnehmern in
Deutschland gewählt.

Advisory Boards

European Advisory Board

Professor Dr.-Ing.

Wolfgang Reitzle

– Vorsitzender

Vorsitzender des Vorstands der Linde AG, München

Professor Dr. h.c.

Roland Berger

Vorsitzender des Aufsichtsrats der Roland Berger Strategy Consultants GmbH, München

Dr. Kurt Bock

Mitglied des Vorstands der BASF SE, Ludwigshafen

Lord John Browne of Madingley

ab 1. Dezember 2009

Managing Director und Managing Partner (Europe), Riverstone Holdings LLC; ehemaliger Chief Executive Officer, BP, London

Dr. Karl-Ludwig Kley

Vorsitzender der Geschäftsleitung und persönlich haftender Gesellschafter der Merck KGaA, Darmstadt

Peter Löscher

ab 1. Januar 2009

Vorsitzender des Vorstands der Siemens Aktiengesellschaft, München

Francis Mer

Ehemaliger französischer Minister für Ökonomie, Finanzen und Industrie, Bourg-la-Reine

Alexey A. Mordashov

Vorsitzender des Vorstands, Severstal; Generaldirektor des Severstal-Konzerns, Cherepovets

Dr. h.c. August Oetker

Persönlich haftender Gesellschafter der Dr. August Oetker KG, Bielefeld

Eckhard Pfeiffer

Ehemaliger Chief Executive Officer von Compaq, Kitzbühel

Dr. Bernd Pischetsrieder

Urfahrn

Dr. rer. pol. Michael Rogowski

Vorsitzender des Aufsichtsrats der J. M. Voith AG, Heidenheim

Håkan Samuelsson

Vorsitzender des Vorstands der MAN SE bis 23. November 2009, München

Maria-Elisabeth Schaeffler

Gesellschafterin und Vorsitzende des Aufsichtsrats der INA-Holding Schaeffler KG, Herzogenaurach

Jürgen R. Thumann

Vorsitzender des Gesellschafterausschusses der Heitkamp & Thumann KG, Düsseldorf

Dr. Dieter Zetsche

Vorsitzender des Vorstands der Daimler AG und Leiter Mercedes-Benz Cars, Stuttgart

Americas Advisory Board

Norman Augustine

Ehemaliger Chief Executive Officer und Chairman, Lockheed Martin

John E. Bryson

Ehemaliger Chairman und Chief Executive Officer, Edison International

Michael D. Capellas

Chairman und Chief Executive Officer, First Data Corp.

James Ireland Cash, Jr., Ph. D.

– Emeritus Mitglied
Emeritus Professor und Senior Associate,
Dean Harvard Business School

Anthony W. Deering

Chairman, Exeter Capital LLC

Archie W. Dunham

Ehemaliger Chairman, ConocoPhillips

Benjamin H. Griswold

Chairman, Brown Advisory

The Honorable Chuck T. Hagel

ab 7. Mai 2009
Distinguished Professor, Georgetown Universität und Universität von Nebraska in Omaha;
ehemaliger US-Senator, (R-NE)

William R. Howell

Ehemaliger Chairman und Chief Executive Officer, J.C. Penney, Inc.

Robert L. Johnson

Gründer und Chairman, The RLJ Companies

Edward A. Kangas

Ehemaliger Chairman und Chief Executive Officer, Deloitte

Ellen R. Marram

Präsidentin, The Barnegat Group LLC

The Honorable Lynn M. Martin

Präsidentin, Martin Hall Group LLC;
ehemalige US-amerikanische Arbeitsministerin

Robert P. May

Ehemaliger Chief Executive Officer, Calpine Corp.

Michael E. J. Phelps

Chairman, Dornoch Capital Inc.

The Honorable John W. Snow

Chairman, Cerberus Capital Management LP;
ehemaliger US-amerikanischer Finanzminister

Latin American Advisory Board

Mauricio Novis Botelho

Chairman und ehemaliger
Präsident und Chief Executive
Officer, Embraer

Fernando Henrique Cardoso

Ehemaliger Präsident
der Föderativen Republik
von Brasilien

Armando Garza Sada

Vice Chairman, Alfa

Enrique Iglesias

Generalsekretär der ibero-
amerikanischen Gewerkschaft;
ehemaliger Außenminister
von Uruguay

Pedro Pablo Kuczynski

Partner und Senior Advisor,
The Rohatyn Group;
ehemaliger Premierminister
von Peru

The Honorable Lynn M. Martin

Präsidentin, Martin Hall Group LLC;
ehemalige US-amerikanische
Arbeitsministerin

Luis Alejandro Pagani

Präsident, Arcor Group

Horst Paulmann

Gründer und Präsident,
Cencosud S.A.

Miguel Urrutia Montoya

Professor, Universidad
de los Andes;
ehemaliger Gouverneur der
Zentralbank von Kolumbien

Asia Pacific Advisory Board

Pham Thanh Binh

Chairman und Chief Executive Officer, Vinashin Group, Vietnam

Robert E. Fallon

Assistenzprofessor, Finanz- und Wirtschaftslehre, Columbia Business School International

Toru Hashimoto

Ehemaliger Präsident und Chief Executive Officer sowie ehemaliger Chairman, The Fuji Bank Ltd.; ehemaliger Chairman, Deutsche Securities Inc., Japan

Nobuyuki Idei

Gründer und Chief Executive Officer, Quantum Leaps Corporation; Vorsitzender des Beraterkreises, Sony Corporation, Japan

Gang-Yon Lee

Chairman, Korea Gas Corporation, Korea

Dr. David K.P. Li

Chairman und Chief Executive Officer, The Bank of East Asia, Hongkong/China

Dr. Li Qingyuan

Generaldirektor, Office of Strategy and Development Committee, Chinesische Wertpapieraufsichtsbehörde, China

Subramanian Ramadorai

Vice Chairman, Tata Consultancy Services Limited, Indien

Dr. Tony Tan

Deputy Chairman und Executive Director, The Government of Singapore Investment Corp. Pte. Ltd., Singapur

Sofjan Wanandi

Chairman, Santini Group; Chairman des Arbeitgeberverbands von Indonesien (APINDO), Indonesien

Professor Zhang Yunling

Professor für internationale Ökonomie und Akademiemitglied, Chinese Academy of Social Science, China

Climate Change Advisory Board

Lord John Browne of Madingley

Managing Director und Managing Partner (Europe),
Riverstone Holdings LLC;
ehemaliger Chief Executive Officer, BP

John Coomber

Mitglied des Board of Directors,
Swiss Re;
Chairman, The Climate Group

Fabio Feldmann

Chief Executive Officer,
Fabio Feldmann Consultores;
ehemaliger Vorstandssekretär,
Brazilian Forum on Climate Change

Amory B. Lovins

Chairman und Chief Scientist,
Rocky Mountain Institute

Lord Oxburgh

Mitglied des Beraterkreises,
Climate Change Capital;
ehemaliger Chairman, Shell

Dr. R. K. Pachauri

Chairman, Intergovernment Panel on Climate Change

Professor Hans Joachim Schellnhuber

Gründungsdirektor, Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)

Professor Robert Socolow

Co-Director, The Carbon Mitigation Initiative;
Professor, Princeton University

Professor Dr. Klaus Töpfer

Ehemaliger deutscher Umweltminister

Professor Hongren Zhang

Ehemaliger Präsident,
International Union of Geological Science;
ehemaliger chinesischer Vizeminister für Geologie und Mineralressourcen

2010

- 27. April 2010 Zwischenbericht zum 31. März 2010
- 27. Mai 2010 Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)
- 28. Mai 2010 Dividendenzahlung
- 28. Juli 2010 Zwischenbericht zum 30. Juni 2010
- 28. Oktober 2010 Zwischenbericht zum 30. September 2010

2011

- 03. Februar 2011 Vorläufiges Jahresergebnis für das Geschäftsjahr 2010
- 15. März 2011 Geschäftsbericht 2010 und Form 20-F
- 28. April 2011 Zwischenbericht zum 31. März 2011
- 26. Mai 2011 Hauptversammlung in der Festhalle Frankfurt am Main (Messegelände)
- 27. Mai 2011 Dividendenzahlung
- 27. Juli 2011 Zwischenbericht zum 30. Juni 2011
- 26. Oktober 2011 Zwischenbericht zum 30. September 2011